

75

JAHRE

ÖSTERREICHISCHE  
VOLKSPARTEI

GESCHICHTE  
IN GESCHICHTEN



**JAHRE**  
ÖSTERREICHISCHE  
VOLKSPARTEI

---

GESCHICHTE  
IN GESCHICHTEN

## **Impressum**

© Verlag Noir 2021

ISBN: 978-3-9504382-7-7

Grafik: Österreichische Volkspartei (Grafik), Bertram Könighofer (Buchkern)

Redaktion: Politische Akademie

Foto-Copyrights: APA, Archiv der Österreichischen Nationalbibliothek, Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts, Andi Bruckner, Dragan Tatic, Jakob Glaser, Holzner / Hopi Media, Arno Melicharek, neue Volkspartei, PxHere.com, Wikimedia (Creative Commons): gregoriosz (CC BY-SA 2.0), Medbiker 1965 (CC BY-SA 3.0 AT).

Beigetragen zum Buch mit der Bereitstellung von Texten, wissenschaftlicher Unterstützung und der Bereitstellung von Fotos und Expertise zur Parteigeschichte haben Josef Farda, Gerhard Jelinek, Andreas Kratschmar, Christian Moser-Sollmann, Claus Reitan, Hans Werner Scheidl, Johannes Schöner, Christian Tesch, Herbert Vytiska(+), Helmut Wohnout, Carina Wurz sowie alle Landes- und Teilorganisationen der Volkspartei.

Hinweis: Die Gründung der Österreichischen Volkspartei erfolgte – nach Vorbereitungen von Widerstands-Netzwerken gegen den Nationalsozialismus – im Jahr 1945 maßgeblich durch Verfolgte und Opfer des Nationalsozialismus. Trotzdem waren einzelne Funktionäre und Mitglieder der Volkspartei auch verschiedentlich mit den Nationalsozialisten verstrickt. Die angemessene Darstellung dieser Thematik sprengt nicht nur den Rahmen dieser Publikation, sondern auch ihren Charakter als Sammlung von Anekdoten und Geschichten aus der Geschichte der Volkspartei seit 1945. Die Redaktion verweist deshalb darauf, dass die Volkspartei nationalsozialistische Verstrickungen früherer Mitglieder und Funktionäre in einem großen Forschungsprojekt aufgearbeitet hat. Darin wird aufgearbeitet, in welchen Ausmaß Personen mit einer früheren Mitgliedschaft in der NSDAP als Mandatäre und Politiker in der Volkspartei von 1945 bis 1980 tätig waren. Der Endbericht kann hier kostenlos abgerufen werden:

<http://www.vogelsanginstitut.at/at/wp-content/uploads/2019/05/forschungsbericht.pdf>

# INHALTSVERZEICHNIS

Cover

Titel

Impressum

Vorwort

Bundesparteiobmänner seit 1945

Wie die Volkspartei entstand

Mission Westösterreich

Die Rückkehr zur Demokratie

Abwesender Parteigründer

Ulrich Ilg – der „Vater des heutigen Vorarlbergs“

„Ing. Fiegl“ in Salzburg

Bei der ersten Wahl gleich Kanzlerpartei

Weihnachten 1945 – eine Ansprache schreibt Geschichte

Südtirol – von der verlorenen Heimat zum völkerrechtlichen Vorbild

Fiegl blickt nach Westen – Marshallplan statt Sowjetunion

Der Fall Ottillinger – sieben Jahre Zwangsarbeit

„Ich bin doch so gern Landeshauptmann von Oberösterreich.“

Steirische Reformtradition

Ohne Worte: Der schweigsame Staatsvertragskanzler

Molotows Stimme aus dem KZ

Verhandlungen, Mythen und eine Wette: Das schwierige Verhältnis mit der Sowjetunion

Das Wirtschaftswunderland Österreich: Ergebnis eines konsequenten Kurses

„Österreich ist Europa“: Pro-Europäisch von Anfang an

Politiker *und* Freunde

Der Vater des modernen Österreich

Österreichs erste Ministerin – Grete Rehor schrieb Sozialgeschichte

Mehr als ein „Mailüfterl – Digitalisierung anno 1955

Weltklasseathletin und Spitzenpolitikerin: Eine Pionierin aus Niederösterreich

„Sculpture Truck“ am Springer Schloßl

Aufbruch und Versöhnung mit der Moderne – das Salzburger Programm der Volkspartei

Weckruf von oben

Eine Überraschung aus dem Westen

Das Ende großer Hoffnungen

„Eisern“ auch für die Senioren

Die schwarze Internationale

Bestseller und Chartstürmer

Entscheidung gegen Atomstrom

Das Märchen von den roten Häusern

Zum ersten mal Einkaufen am 8. Dezember

Hainburger Au – Umweltschutz setzt sich durch

Vom Gulasch ohne Saft zur selbstbewussten politischen Kraft

„*Jössas, a Weib!*“ – die Partei der Pionierinnen

Die Geburtsstunde der Ökosozialen Marktwirtschaft

Voll für den Beitritt – die Jungen preschen vor

Der Brief nach Brüssel

Das Bild vom Ende des Eisernen Vorhangs

Grenzland im Herzen Europas

Die Donau und die deutsche Einheit

Der Balkan-Brief

Ein ungewöhnlicher Ungarn-Besuch

Nichts für schwache Nerven: Die letzten 100 Stunden der Beitrittsverhandlungen

Ein Busserl, das Österreich bewegte

Sein schönster Tag – Österreichs Bevölkerung stimmt für Europa

Ein Spiegel ihrer Zeit – Wahlplakate im Wandel

Wolfgang Schüssel am Weg zur Nummer eins

Europas Staatsspitzen am Wörthersee

Lust aufs Land

Das Ende des Mascherls

Pandas für Schönbrunn

Der erste Versuch – die Volkspartei und die Grünen

Urbane Wellen

Vom schwarz-weiß-Druck zum Instagram-Feed

Neue Perspektiven

Maria Rauch-Kallat: Große Tochter

Schlusspunkt unter der Wehrpflichtdebatte

Ein halbes Jahrhundert im Gemeinderat: „Seit Sebastian Kurz gibt es eine Aufbruchstimmung.“

Mutig und nachhaltig – wie Spindelegger Österreich überrascht hat

Im Wandel der Generationen: Schwarz. Grün. Türkis

Mit Sebastian Kurz wurde die Volkspartei zur neuen Volkspartei

Ein neuer Weg für Österreich



Bettina Rausch, Präsidentin der Politischen Akademie der Volkspartei.

# VORWORT

## *Über eine Partei und ihre Persönlichkeiten, die Österreich geprägt und gestaltet haben*

Einen Monat vor dem 75. Geburtstag der Volkspartei trat der erste Corona-Lockdown in Kraft. Die Pandemie hat unser aller Leben durcheinander gebracht, hat menschliches Leid und persönliche Herausforderungen mit sich gebracht.

Wie so viele andere Geburtstage auch, konnte in Zeiten der Pandemie der 75. Geburtstag der Volkspartei nicht gefeiert werden. Mit diesem Buch wollen wir würdigen, wie die Volkspartei und ihre Vertreterinnen und Vertreter die Geschichte Österreichs, die Geschichte der Zweiten Republik, geprägt haben.

Diese Geschichte erzählen wir in Episoden und Anekdoten. Ausgewählte Geschichten fügen sich zu einem Bild der Geschichte einer Partei, die seit 1945 staatstragend Politik für Österreich gestaltet. Und sie erzählen die Geschichte

von Persönlichkeiten, die Österreich geprägt haben – von Leopold Figl und Grete Rehor über Alois Mock und Wolfgang Schüssel bis hin zu Sebastian Kurz.

Die Politische Akademie hat sich der Pflege der Werte und Wurzeln unserer Volkspartei verschrieben – immer mit dem Anspruch, auf diesem Fundament und aus diesen Erfahrungen heraus Zukunft zu gestalten. In diesem Sinne mögen uns die Geschichte unserer Volkspartei und die Leistungen unserer Vorgängerinnen und Vorgänger Anspruch und Ansporn sein, unser Österreich auch in Zukunft im Sinne unserer Werte zu gestalten. ■



Axel Melchior, Generalsekretär der Volkspartei.

# VORWORT

## *Was mich an der Volkspartei fasziniert*

Das sind unsere Werte, aber vor allem auch die vielen, vielen herausragenden Persönlichkeiten, die das Land mitgestaltet haben und weiter mitgestalten, und ihre Geschichten. Es freut mich daher als Generalsekretär der neuen Volkspartei sehr, dass wir in diesem Buch anlässlich 75 Jahre Volkspartei einige dieser Persönlichkeiten vor den Vorhang holen können. Von Leopold Figl über Alois Mock und Wolfgang Schüssel – die Volkspartei hat immer wieder gezeigt, dass sie in schwierigen Zeiten Verantwortung übernimmt, erkennt, was die Menschen beschäftigt und mutig ist, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, wenn diese notwendig sind.

Auch Sebastian Kurz hat das während der Migrationskrise oder auch gerade in der Corona-Krise bewiesen.

Es ist eine wunderbare Aufgabe, in der Volkspartei tätig sein zu können – und ich darf mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die Funktionen tragen, die für die Menschen in diesem Land arbeiten – ob als Mandatar oder ehrenamtlich. Die Volkspartei ist am Ende die Summe all dieser Persönlichkeiten, die tagtäglich ihr Bestes geben. Wir hoffen, dass dieses Buch für manche Erinnerungen an die Zeit in der Volkspartei weckt, vielen zeigt, wie wichtig das Engagement für unser Land ist und vielleicht bei manchen das Interesse weckt, sich für die Volkspartei engagieren zu wollen.

Gerade die Corona-Krise macht deutlich, dass Politik kein Selbstzweck ist, sondern dass wir alle eine große Verantwortung tragen. Ich darf hier ein besonderes Danke an alle aussprechen, die gerade in den letzten Monaten ihren Beitrag geleistet haben, für andere da sind und gemeinsam mit Sebastian Kurz Österreich aus der Krise führen.

In ‚normalen‘ Zeiten hätten wir dieses Buch mit jenen präsentiert, die hier auch Beiträge geschrieben haben und ihre Geschichten mit euch teilen, das war leider nicht möglich - ich wünsche aber umso mehr Freude beim Lesen und bedanke mich bei der Politischen Akademie für das Zusammenstellen dieses Buches. ■

# BUNDESPARTEI- OBMÄNNER

*seit 1945*



**LEOPOLD KUNSCHAK**

FUNKTIONSPERIODE: 1945

Geb. 11. November 1871 in Wien

Gest. 13. März 1953 in Wien



**LEOPOLD FIGL**

FUNKTIONSPERIODE: 1945–1952

Geb. 2. Oktober 1902 in Rust im Tullnerfeld

Gest. 9. Mai 1965 in Wien



**JULIUS RAAB**

FUNKTIONSPERIODE: 1952–1960

Geb. 29. November 1891 in St. Pölten

Gest. 8. Jänner 1964 in Wien

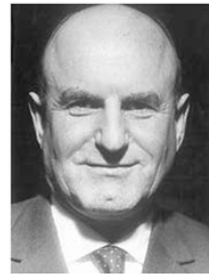


**ALFONS GORBACH**

FUNKTIONSPERIODE: 1960–1963

Geb. 2. September 1898 in Imst

Gest. 31. Juli 1972 in Graz



**JOSEF KLAUS**

FUNKTIONSPERIODE: 1963–1970

Geb. 15. August 1910 in Mauthen

Gest. 25. Juli 2001 in Wien



**HERMANN WITHALM**

FUNKTIONSPERIODE: 1970–1971

Geb. 21. April 1912 in Gaweinstal

Gest. 19. August 2003 in Wolkersdorf



**KARL SCHLEIZER**

FUNKTIONSPERIODE: 1971–1975

Geb. 8. Jänner 1924 in St. Gertraud

Gest. 19. Juli 1975 in Bruck an der Mur



**JOSEF TAUS**

FUNKTIONSPERIODE: 1975–1979

Geb. 8. Februar 1933 in Wien



**ALOIS MOCK**

FUNKTIONSPERIODE: 1979–1989

Geb. 10. Juni 1934 in Euratsfeld

Gest. 1. Juni 2017 in Wien



**JOSEF RIEGLER**

FUNKTIONSPERIODE: 1989–1991

Geb. 1. November 1938 in Judenburg



**ERHARD BUSEK**

FUNKTIONSPERIODE: 1991–1995

Geb. 25. März 1941 in Wien



**WOLFGANG SCHÜSSEL**

FUNKTIONSPERIODE: 1995–2007

Geb. 7. Juni 1945 in Wien



**WILHELM MOLTERER**

FUNKTIONSPERIODE: 2007–2008

Geb. 14. Mai 1955 in Steyr



**JOSEF PRÖLL**

FUNKTIONSPERIODE: 2008–2011

Geb. 14. September 1968 in Stockerau



**MICHAEL SPINDELEGGER**

FUNKTIONSPERIODE: 2011–2014

Geb. 21. Dezember 1959 in Mödling



**REINHOLD MITTERLEHNER**

FUNKTIONSPERIODE: 2014–2017

Geb. 10. Dezember 1955 in Helfenberg

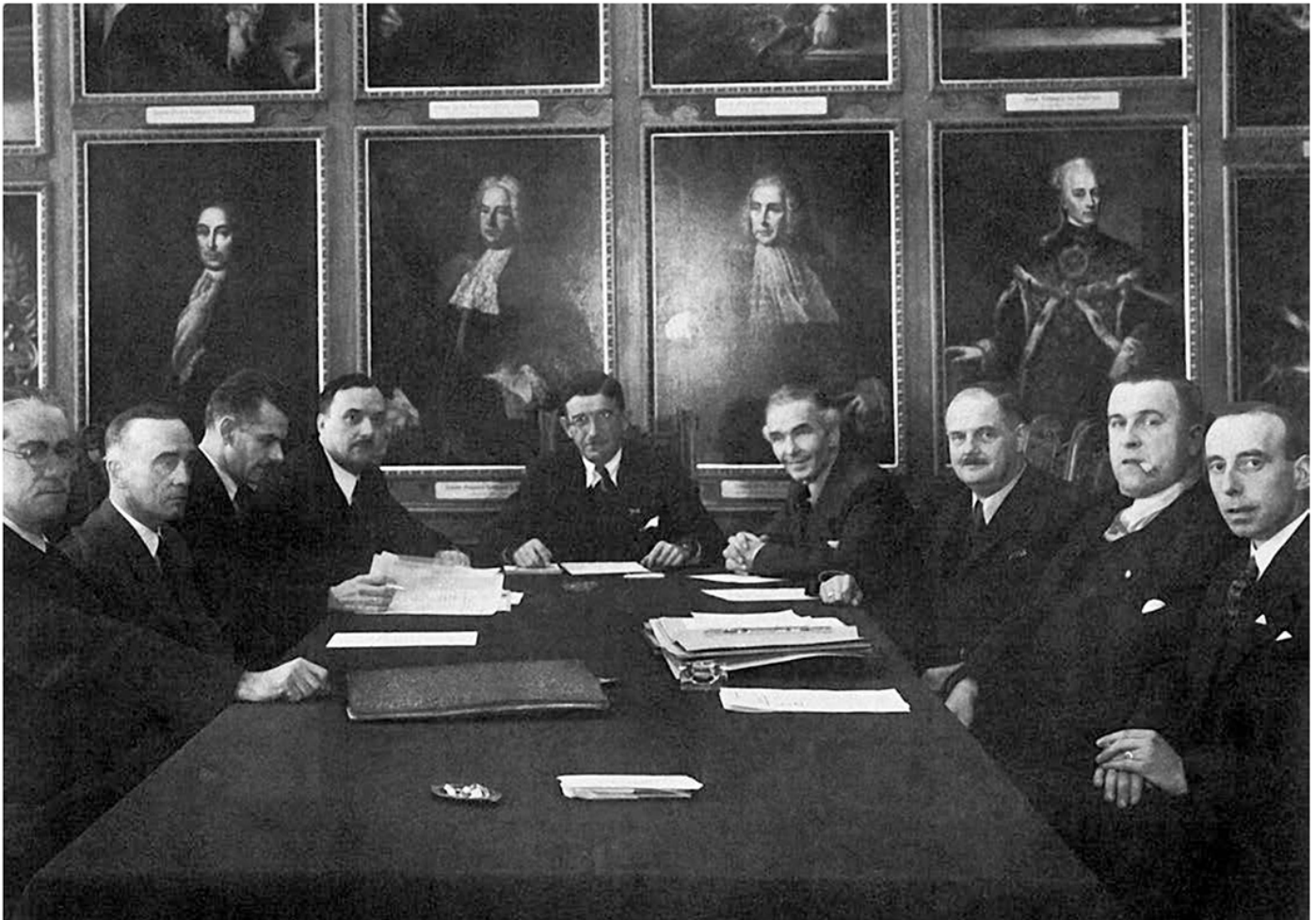


**SEBASTIAN KURZ**

FUNKTIONSPERIODE: SEIT MAI 2017

Geb. 27. August 1986 in Wien

## *Wie die* **VOLKSPARTEI** *entstand*



Eine der ersten Vorstandssitzungen der ÖVP-Bundespartei im Herbst 1945 im Niederösterreichischen Landhaus, Herrengasse 11, Wien 1.

V. l. n. r.: Edmund Weber, Hans Pernter, Felix Hurdes, Lois Weinberger, Leopold Figl, Raoul Bumballa, Julius Raab, Ferdinand Graf, Franz Latzka.

*„Auf der Dachauer Lagerstraße haben wir Österreicher von nichts anderem geredet als was wir machen werden, wenn Österreich frei sein wird, und wir dann Österreich wiederaufbauen.“*

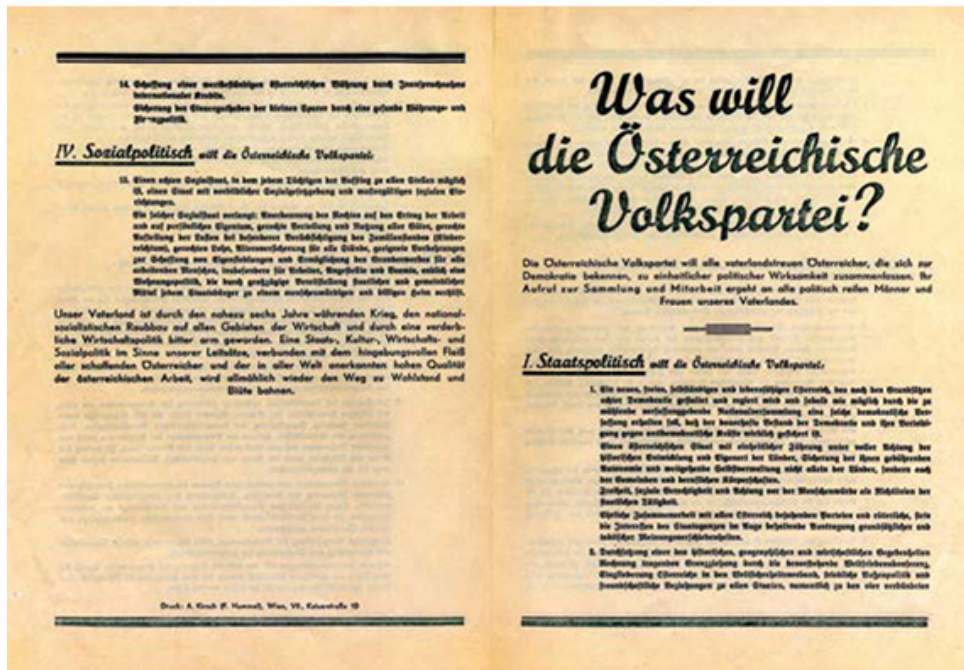
Daran erinnert sich Fritz Bock in seinem Zeitzeugen-Beitrag für das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Und er spricht vom Sommer 1938. Kurz davor ist der 27-Jährige mit dem „Prominententransport“ ins Konzentrationslager Dachau überstellt worden. Den Nazis galt er als prominent, weil er einer der Hauptorganisatoren der geplanten

Volksabstimmung über den „Erhalt der österreichischen Selbstständigkeit“ war. Dass er sieben Jahre später die Österreichische Volkspartei mitbegründen würde, konnte er damals nicht ahnen, allenfalls hoffen.

Und diese Hoffnung teilten viele, so begannen die Vorüberlegungen zur Gründung einer neuen Partei bald Fahrt aufzunehmen. Schon während der NS-Zeit wurde daran in geheimen Missionen gearbeitet; in den Konzentrationslagern, in den alliierten Kriegsgefangenenlagern, aber auch in kleinen Untergrundzirkeln, die nicht einmal in Verbindung zueinander standen.

Viele der späteren Führungsriege der Volkspartei waren dabei – ehemalige Repräsentanten des Ständestaats ebenso wie politische Opfer des Nationalsozialismus, allen voran Leopold Figl. Sie alle hatten unterschiedliche Positionen, die in einer bürgerlich-konservativen und sozialen Integrationspartei mit christlich-abendländischem Gedankengut – offen auch für liberale Grundsätze – auf einen Nenner gebracht werden sollten.

Schon 1940/41 zeichnete sich ab, dass die Wiederbelebung der Christlichsozialen Partei keine Option wäre. Man wollte einen Schlussstrich ziehen und dem politischen Katholizismus der „alten“ Christlichsozialen und der Vaterländischen Front eine klare Absage erteilen. Eine völlig neue Partei sollte entstehen, die den Anforderungen der Zeit Rechnung trägt. Ein Namensvorschlag war bald gefunden: Eine Gruppe um Lois Weinberger und Felix Hurdes plädierte dafür, die neue Partei als „Österreichische Volkspartei“ aus der Taufe zu heben.



Die 15 programmatischen Leitsätze stellten 1945 das erste Parteiprogramm der Österreichischen Volkspartei dar.

Doch der Zuspruch rundum war nicht besonders groß. Es vergingen Jahre, ehe man sich auf diesen Namen einigen konnte. Endgültig fiel die Entscheidung erst 1944, im Haus des erst kurz davor aus dem KZ entlassenen Leopold Figl. Kurz darauf wurde Figl erneut verhaftet und ins KZ Mauthausen verbracht. Formell wurde die „Österreichische Volkspartei“ schließlich am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift von Leopold Kunschak, Hans Pernter, Lois Weinberger, Leopold Figl, Julius Raab und Felix Hurdes gegründet. Keine Frage: Die Partei hatte eine Vorgeschichte. Als Neugründung war sie jedoch eine politische Innovation. Das unterstrich die damals junge Österreichische Volkspartei mit 15 programmatischen Leitsätzen, die sie von Beginn an als soziale und wirtschaftliche Integrationspartei charakterisierten. ■

# Konzentrationslager Dachau 3 K

Folgende Anordnungen sind beim Schriftverkehr mit Gefangenen zu beachten:

1.) Jeder Schutzhaftgefangene darf im Monat zwei Briefe oder zwei Karten von seinen Angehörigen empfangen und an sie absenden. Die Briefe an die Gefangenen müssen gut lesbar mit Tinte geschrieben sein und dürfen nur 15 Zeilen auf einer Seite enthalten. Gestattet ist nur ein Briefbogen normaler Größe. Briefumschläge müssen ungefüllt sein. In einem Briefe dürfen nur 3 Briefmarken à 12 Pf. beigelegt werden. Alles andere ist verboten und unterliegt der Beschlagnahme. Postkarten haben 10 Zeilen. Lichtbilder dürfen als Postkarten nicht verwendet werden.

2.) Geldsendungen sind gestattet.

3.) Es ist darauf zu achten, daß bei Geld- oder Postsendungen die genaue Adresse, bestehend aus Name, Geburtsdatum, und Gefangenennummer, auf die Sendungen zu schreiben ist. Wenn die Adresse fehlerhaft ist, geht die Post an den Absender zurück oder wird vernichtet.

4.) Zeilungen sind gestattet, dürfen aber nur durch die Poststelle des K. L. Dachau bestellt werden.

5.) Pakete dürfen nicht geschickt werden, da die Gefangenen im Lager alles kaufen können.

6.) Entlassungsgesuche aus der Schutzhaft an die Lagerleitung sind zwecklos.

7.) Sprecheraufnahme und Besuche von Gefangenen im Konzentrationslager sind grundsätzlich nicht gestattet.

Der Lagerkommandant

Meine Anschrift:

Name: *Figl Leopold*

geboren am: *2. 5. 1902*

Gef.-Nr. *319* *Buch 5/3*

Dachau 3 K, den: *28. Juli 1940.*

*Meine liebste gute Mami & Tante!*

*Tausend Dank für euren Brief*

*Bitte um 24 d. d. Sag, wann ich abkomme*

*Hi mir 2 Seiten, wo hi doch 4 Seiten*

*schreiben kommt und hi weiß, das ich so wenig auf alle*

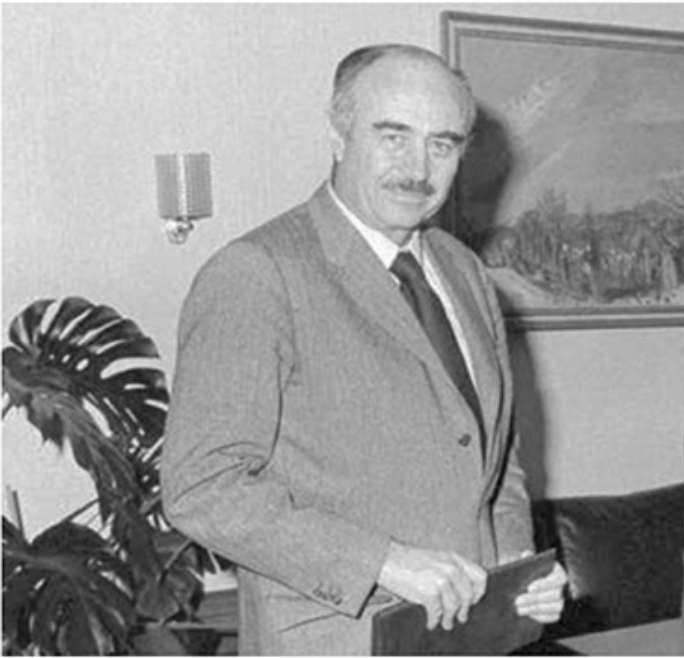
*bin. Gott, hi schreibt, um mehr kommt die Freiheit. Gott mir*

*sch, das hi immer alle gesund seid und hi. 2 aus Tante*

*schon nach Post fahen kommt. Papi & Mami: kommt ich zu Hause*

*Macht alle Gott. Das Trauer schon aus Gymnasium kommt*

Leopold Figl schrieb aus dem KZ berührende Briefe an seine Familie.



# MISSION WESTÖSTERREICH

*Von Tag zu Tag mehrten sich die russischen Übergriffe.*

Fabriken wurden ausgeräumt, Menschen wurden verschleppt, es gab nur wenig Brot und verfaulte Erbsen zu essen. Die Situation war schwer zu ertragen. Tagelang wartete man auf das Eintreffen der westlichen Alliierten. Doch sie kamen nicht. Für die neu gegründete Volkspartei drängte die Zeit. Sie wollte rasch den Anstoß zur österreichweiten Gründung einer einheitlichen bürgerlichen Partei geben und eine Spaltung verhindern.

Also blieb nur eine Möglichkeit: den Weg in den Westen selbst anzutreten. Doch wie das ausgehen würde, war ungewiss. Julius Raab hatte es bereits mit dem Auto versucht. Aber schon knapp nach St. Pölten wurde er von den Russen zurückgewiesen. „*Ich bin der Jüngste und in guter Verfassung*“, bot sich Herbert Braunsteiner an, den Versuch zu wagen. Das Zeug dazu hatte der ehemalige Widerstandskämpfer der Gruppe O5 jedenfalls. Aber die Bedingungen waren schwierig.

Er brauchte jede nur mögliche Unterstützung, um Zugang zu den Politikern Westösterreichs zu bekommen. So unterstützten ihn auch Bischöfe mit einem Empfehlungsschreiben. Am 18. Mai trat Herbert Braunsteiner dann mit dem Auto des Bauernbundes seine Reise an, unter dem Vorwand, die Milchlieferungen nach Wien wieder in Gang bringen zu wollen. Begleitet wurde er von einem russischen Offizier. Erster Halt war ein verlässlicher Bauer in Aschbach (Niederösterreich). Nach einer kurzen Nacht brach Braunsteiner im Morgengrauen zu Fuß Richtung Westen auf.

*„Als ich gegen Abend bei Weyer an die Enns kam, war die Brücke von russischen Posten besetzt. Ich ging stromabwärts, zog meine Schuhe und meinen Rock aus, gab sie in den Rucksack und durchschwamm die Enns an einer günstigen Stelle bei Großraming. Ich zog die nassen Kleider an, die Papiere hatte ich in einem wasserdichten Verschluss, und ging so rasch ich konnte nach Norden“,* berichtete er später. Es war schon dunkel, als er endlich ein schwaches Licht in der Ferne erkennen konnte. Es war ein Bauernhof. Der Bauer gab dem durchnässten Braunsteiner eine grobe Decke und wies ihn in eine Scheune. Er war nicht der erste, der vorbeikam.

*„Am Morgen bekam ich eine Suppe und ein Stück Brot. Dann marschierte ich wieder weiter. Es wurde ein schöner, sonniger Tag. Gegen Mittag war ich in Sierning. Ich legte mich an einer trockenen Stelle unter einen blühenden Baum und schlief tief und fest. Als ich erwachte und dieses fruchtbare, blühende Land um mich sah, war ich glücklich.“*

Von St. Florian erreichte er mit der elektrischen Bahn Linz, wo er zügig das Bischöfliche Palais anstrebte. Am nächsten Tag, gewaschen und rasiert, wurde er zu Bischof Fließner geführt. *„Sein Sekretär führte mich zum Landhaus, wo ich eine ganze Gruppe von Leuten, darunter den ehemaligen Landeshauptmann Gleißner traf. Ich gab meinen Bericht, nannte die Namen, die Gleißner von der gemeinsamen Haft bekannt waren, und sprach mit ihnen über unsere Ängste bezüglich der Spaltung des Landes und der Partei“,* hält Braunsteiner fest. Das Treffen war ein voller Erfolg.

Am nächsten Tag setzte Braunsteiner seine Reise fort: Auf einem Lastzug bis nach Wels fahren, weiter zu Fuß in Richtung Ischl und dann per Autostopp bis Salzburg. Dort lief es weniger glatt: *„Erzbischof Rohrer sagte kaum ein Wort und gab mir auch keine Empfehlung. Ich lernte Rudi Strasser kennen, der gerade fünf Jahre Zuchthaus hinter sich gebracht hatte. Es gibt in Notzeiten Freundschaften auf den ersten Blick“*, erinnert sich Braunsteiner. Über ihn gelangte er zu Hans Becker, der nach seiner Befreiung aus dem KZ Mauthausen Berater des amerikanischen Generals Collins geworden war. Dieser ließ sich genau unterrichten. In Wien hatte den Volkspartei-Gründern die Möglichkeit der Bildung einer Gegenregierung in Salzburg und damit die Spaltung des Landes große Sorgen bereitet. Tatsächlich wurden laut Collins aber nur Ansätze unternommen, die nicht ernst zu nehmen waren.

Mit dem Fahrrad setzte Herbert Braunsteiner seinen Weg – inklusive illegalem Grenzübertritt – bis Kundl, dann mit dem Lastwagen bis Innsbruck fort. Bischof Rusch stellte den Kontakt zu Landeshauptmann Gruber her. *„Gruber machte einen sehr guten Eindruck. Er war jung und ehrgeizig und wusste, dass Innsbruck ihn auf Dauer nicht halten konnte“*, beschrieb Braunsteiner.

Gruber verzichtete auf die Gründung einer Staatspartei und schloss sich der Volkspartei an. Die Reise hatte sich gelohnt.

Damit war es Zeit, die mühsame Rückreise anzutreten, unterwegs schloss sich Hans Becker auf dem Weg nach Wien an. *„Wir kamen am Lager Gusen [Konzentrationslager in Oberösterreich, Anm.] vorbei“*, erinnert sich Braunsteiner an einen längeren Fußmarsch. *„Obwohl sie schon einige Wochen befreit und notdürftig versorgt waren, lagen die ehemaligen Häftlinge noch immer in kläglichem Zustand herum.“* Endlich in Wien überquerten sie die Donau bei Floridsdorf. Stege führten über den Strom und die Trümmer der Floridsdorfer Brücke.

Über zwei Wochen hatte die Mission gedauert, am 4. Juni konnte Braunsteiner den Parteivorstand über das erfolgreiche Ergebnis informieren.

Dazu Braunsteiner: „*Die Parteileitung sprach mir Dank und Anerkennung aus. Es war der 4. Juni, die Universität öffnete ihre Tore und ich verabschiedete mich. Ich habe nie mehr ein politisches Amt ausgeübt. Ich erreichte mein Ziel. Ich studierte Medizin.*“ ■



# DIE RÜCKKEHR ZUR DEMOKRATIE

*Es war ein denkwürdiger Moment.*

Und dennoch war von feierlicher Stimmung nicht allzu viel zu spüren an diesem 17. April 1945 im Wiener Schottenstift. Denn rund um die Stadt tobte nach wie vor die Schlacht, auch wenn die sowjetische Rote Armee Wien bereits wenige Tage zuvor erobert hatte. In einem eilig errichteten Lazarett in der Johanneskapelle und in der Aula des Schottenstifts wurden Bevölkerung und sowjetische Soldaten versorgt. In dieser Situation öffnete Abt Hermann Peichl die Räumlichkeiten der Prälatur für einige christlichsoziale Politiker. Zum Teil waren sie gerade erst von den Sowjets aus der Nazi-Haft befreit worden. Bis

zum heutigen Tag sind nicht einmal alle Teilnehmer bekannt oder zu rekonstruieren. Ungefähr 20 waren es, die an diesem Tag im Schottenstift zusammenkamen, unter ihnen Leopold Kunschak, Hans Pernter, Lois Weinberger, Leopold Figl, Julius Raab und Felix Hurdes. Ihre Absicht war so einfach wie weitreichend: Die Gründung der Volkspartei.

Ein Meilenstein, um zu einer funktionierenden Demokratie und Unabhängigkeit in Österreich zurückzukehren. Zum ersten Obmann wählten die Gründungsmitglieder den gelernten Sattler und späteren Redakteur Leopold Kunschak.

Am 27. April 1945 – der Krieg war immer noch nicht offiziell beendet – setzte Leopold Kunschak den nächsten historischen Akt: Als Mitglied der provisorischen Staatsregierung unterzeichnete er die Gründungsurkunde der Republik – gemeinsam mit den SPÖ-Politikern Karl Renner und Adolf Schärf sowie Johann Koplenig von der KPÖ.

Mit dieser „Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs“ wurde der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich vom 13. März 1938 für null und nichtig erklärt, die Zweite Republik war gegründet.

Leopold Kunschak war als überzeugter Demokrat Gegner der Heimwehr und des NS-Regimes. Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass er sich in der Zwischenkriegszeit antisemitisch geäußert hat – davon distanziert sich die neue Volkspartei heute in aller Form. Kunschak ist unter anderem Träger des Dr.-Karl-Renner-Preises und Ehrenbürger der Stadt Wien. ■



Erster Nationalrat im Parlament (Karl Renner am Rednerpult, rechts von ihm Adolf Schärf, links Leopold Figl, neben Figl Adolf Schärf und Johann Koplenig, hinter Renner Leopold Kunschak).



Die Salzburger Landeshauptleute (v. l.) Hans Lechner (1961–1977), Josef Klaus (1949–1961), Wilfried Haslauer sen. (1977–1989) und Hans Katschthaler (1989–1996) im Jahr 1989.

## ABWESENDER PARTEIGRÜNDER

*Es war eine Zeit, die man sich heute kaum mehr vorstellen kann.*

Als die Salzburger Volkspartei am 7. Mai 1945 im Gebäude des Salzburger Landesgerichts gegründet wurde, waren Versammlungen jeder Art streng verboten. Das Treffen erfolgte also geheim und – offensichtlich – sehr spontan. Denn am Vormittag fand nur die Parteigründung statt, in aller Kürze.

Über die Parteiführung wurde noch nicht entschieden, was ungewöhnlich war. Allerdings wurde dann doch für 14 Uhr die erste Parteiversammlung einberufen, um dort den ersten Obmann der Salzburger Volkspartei zu wählen. Diese – ebenfalls illegale – Zusammenkunft fand im unzerstörten Mozarteum statt.

Reihum wurden die Anwesenden gefragt, ob sie die Obmannschaft übernehmen wollen. Jedoch – einer nach dem anderen lehnte ab. Was also sollte man tun?

Man wählte Adolf Schemel zum ersten Parteiobmann. In Abwesenheit. Schemel weilte nämlich zu jener Stunde bei Kontaktgesprächen mit den Amerikanern, die Salzburg vom Nationalsozialismus befreit hatten. Als er zur Versammlung nachkam, war er schon gewählt. Am 23. Mai 1945 wurde Schemel, der schon 1934 bis 1938 Landeshauptmann-Stellvertreter war und von den Nazis abgesetzt und inhaftiert wurde, schließlich erster Salzburger Landeshauptmann nach dem Zweiten Weltkrieg. ■



## ULRICH ILG DER „VATER DES HEUTIGEN VORARLBERGS“

*Als im Mai 1945 der Zweite Weltkrieg endete, gab es in der Bevölkerung einen innigen Wunsch nach einer demokratischen Regierung.*

Viele Österreicher hatten jedoch Sorge, sich durch parteipolitische Tätigkeit die Finger zu verbrennen. Zu den wenigen, die sich in dieser Zeit parteipolitisch engagierten, gehörte der spätere Vorarlberger Landeshauptmann Ulrich Ilg, der aufgrund seiner bäuerlichen Tätigkeit nicht zum Kriegsdienst eingezogen worden war. Unter der französischen Besatzung wurde eine provisorische Landesregierung mit fünf Vertretern der Volkspartei und drei Sozialisten eingesetzt, deren Präsident Ulrich Ilg wurde.

Während im Osten Österreichs bereits die „Österreichische Volkspartei“ als neue christliche Parteiorganisation ausgerufen worden war, traf sich Ilg erst im Sommer 1945 mit Vertretern der vier westlichen Bundesländer in Salzburg, um Name, Gliederung, Satzung und Programm der Organisation zu besprechen und den von Ostösterreich vorgezeichneten Weg abzusegnen.

Bereits im September 1945 folgte schließlich die erste österreichweite Länderkonferenz in Wien, einberufen von der provisorischen Regierung Karl Renner. Die Delegation aus Vorarlberg machte sich, mit zwei Autos und ausreichend Proviant ausgestattet, auf die zwei Tage dauernde Reise. Die Vorarlberger trafen sich in Innsbruck mit der Abordnung aus Tirol, in Salzburg mussten die Reisenden mangels eines anderen Quartiers in einer Jugendherberge übernachten. Auf der zweiten Etappe gab es kleine Schwierigkeiten beim Schranken in Purkersdorf.

Als eine der letzten Delegationen kamen schließlich auch die Vorarlberger beim Niederösterreichischen Landhaus in der Herrengasse an, wo Kanzler Karl Renner nach der Eröffnung umgehend die Ausschüsse zur Vorberatung bildete. Ulrich Ilg wurde dem politischen Ausschuss zugeteilt und als Vorarlberger Vertreter setzte er sich als Wortführer für die Wiederinkraftsetzung der Verfassung von 1929 ein.

Sein Standpunkt wurde angenommen und Ilg wurde zum Antragsteller des politischen Ausschusses für die Vollversammlung am nächsten Tag bestellt. *„Damit war insbesondere die Erhaltung des föderalistischen Aufbaues in Österreich grundgelegt und wir waren über den Erfolg, der von vornherein nicht selbstverständlich war, sehr erfreut“*, schreibt Ilg in seinen Memoiren darüber. Diese entscheidende Haltung Vorarlbergs hat auch der spätere Bundespräsident Adolf Schärf in seinem historischen Buch über die erste Länderkonferenz besonders hervorgehoben, betont Ilg in seiner Autobiografie *„Meine Lebenserinnerungen“*.

Weniger bekannt sind die Widrigkeiten, mit denen die Vorarlberger auf ihrer Rückreise ins Ländle zu kämpfen hatten. In Linz hatte die Vorarlberger Delegation einen Autounfall und musste von den Landesregierungen in Linz,

Salzburg und Innsbruck in Etappen nach Vorarlberg zurückgebracht werden. Besonders ärgerlich war dabei, dass es sich bei dem Unfallwagen um ein ausgeliehenes, privates Auto handelte: *„Bei der Landesregierung hatten wir zuerst keine eigenen Wagen, aber es war nicht schwer, private Wagen auszuleihen, weil sie dann vor der Requisition durch die Besatzung sicher waren“*, berichtet Ilg.

Früher als erwartet, erteilte der Alliierte Rat die Erlaubnis, bereits im November 1945 allgemeine Wahlen bundesweit und in den Ländern durchführen zu dürfen. Da es auf Landesebene noch keine Wahl von Parteifunktionären gab, gab Ilg, als erster Exponent der Volkspartei im Landesausschuss, den Obmann der Partei, und es wurde in Bregenz ein Büro eröffnet. Bei der ersten Landtagswahl nach dem Zweiten Weltkrieg, am 25. November 1945, erreichte die Volkspartei 70 Prozent der Stimmen, was 19 der 26 Mandate im Landtag brachte. Die Sozialisten erhielten 28 Prozent und damit die verbliebenen sieben Landtagsmandate. Ulrich Ilg wurde der erste Landeshauptmann und bildete die Spitze der ersten Vorarlberger Landesregierung, der auch zwei Vertreter der Sozialisten angehörten und die sich mit ganzer Kraft dem Wiederaufbau und der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung widmete.

Ulrich Ilg, der „Vater des heutigen Vorarlbergs“, wurde dreimal in seinem Amt bestätigt, das er bis 1964 bekleidete. Ilg verstarb am 9. Mai 1986 im Alter von 81 Jahren in seiner Heimatstadt Dornbirn. ■



## „ING. FIEGL“ IN SALZBURG

*Es war ein vergleichsweise kultivierter Wahlkampf im Jahr 1945, wenige Monate nach Kriegsende.*

Tatsächlich scheint er auch etwas kurz gewesen zu sein – zumindest nicht lange genug, um Leopold Figl in ganz Österreich bekannt zu machen. Dabei war der Spitzenkandidat der Volkspartei in Wien und Niederösterreich bereits bestens bekannt und anerkannt.

Im Westen aber schaute die Welt anders aus.

In bester Absicht plakatierte die Salzburger Volkspartei den Termin ihrer Wahlkundgebung. „Salzburger heraus“ war auf den Plakaten zu lesen, „Erscheint in Massen!“. Angekündigt war auch der Besuch des Spitzenkandidaten: „Staatssekretär und Bundesparteibobmann Ing. Fiegl aus Wien (Bauernbund)“ stand da in großen Lettern.

Die falsche Schreibweise dürfte Figl den Salzburgern nicht übel genommen haben, lag sie doch vielleicht nur an der Affinität der Salzburger zum ähnlich

klingenden Namen der renommierten Brauerei Stiegl, die eine launige Erklärung dafür sein mag. ■



## BEI DER ERSTEN WAHL GLEICH KANZLERPARTEI

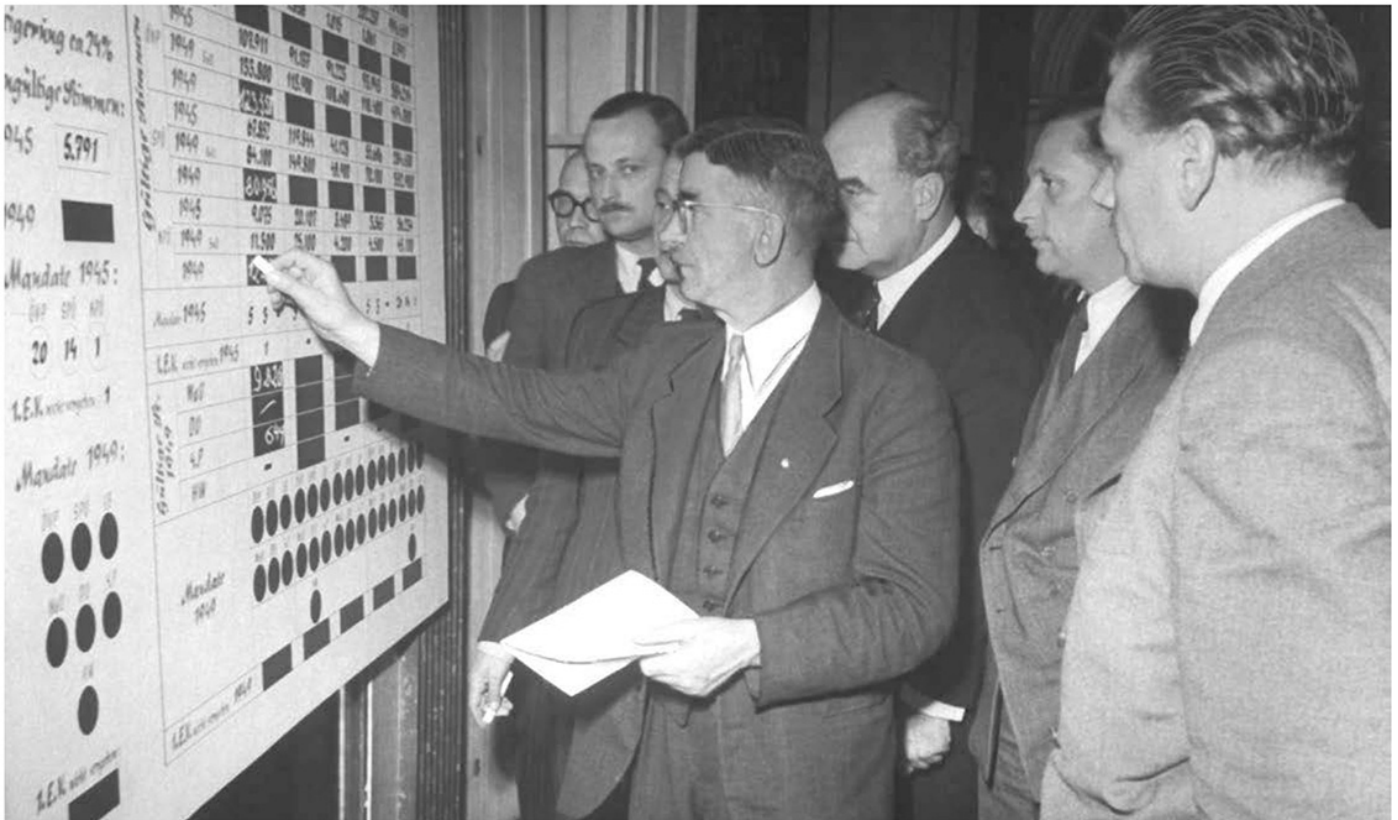
*Flugzettel, Plakate, gar Werbegeschenke – so einfach war das nicht, bei der ersten Nationalratswahl der Zweiten Republik, im November 1945, nicht viel mehr als ein halbes Jahr nach Kriegsende.*

Das lief nämlich so ab: Papierkontingente für Plakate und Werbemittel wurden streng rationiert zugeteilt, und zwar von den sowjetischen Besatzern in Wien. Der erste Wahlkampf nach Kriegsende erfolgte also unter ganz speziellen Umständen.



Leopold Figl bei der Regierungserklärung im Nationalrat 1945.

Doch trotz der beschränkten Mittel gelang es der Österreichischen Volkspartei, sich als Partei aller Österreicherinnen und Österreicher, als Partei der Mitte und konsequent antimarxistisch zu positionieren. Sehr zum Leidwesen des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow. Er hatte, wie Historiker Stefan Karner weiß, hohe Erwartungen an seine Genossen von der SPÖ und KPÖ. Die wurden allerdings bitter enttäuscht.



Leopold Figl bei der Auswertung der Nationalratswahlergebnisse 1945.

Denn der Wahltag am 25. November 1945 endete mit einer Überraschung: Die Österreichische Volkspartei erreichte 49,8 Prozent der Stimmen und 85 Mandate. Das bedeutete die absolute Mehrheit für die Volkspartei. Bei der ersten Wahl in der Zweiten Republik gelang der Volkspartei der Einstieg als Kanzlerpartei. Die SPÖ kam auf 76 Mandate, die KPÖ auf nur vier. Die Schuld für dieses Ergebnis gab Moskau den Sozialisten um Renner, vor allem jedoch der Volkspartei.

Generell habe die Volkspartei seit Anfang der Wahlkampagne *„einen aktiven Kampf gegen Kommunisten und Sozialisten geführt [...] und eine antisowjetische Propaganda betrieben“*. Und das, obwohl für Propaganda jegliche Mittel fehlten.

Die schwierige Situation Österreichs macht es aber erforderlich, dass nach dem Wahlkampf wieder alle politischen Kräfte zusammenwirken mussten. Der neue Bundeskanzler Leopold Figl war also um Konsens bemüht. Er entschied sich, trotz „Absoluter“, auf eine Alleinregierung zu verzichten. Sein Modell: eine Konzentrationsregierung. Sie bestand aus sieben Vertretern der Volkspartei,

die SPÖ war mit fünf, die KPÖ mit einem Regierungsmitglied vertreten. Besondere Zeiten erfordern eben besonders weitsichtige Maßnahmen. Und Leopold Figl war dafür der Richtige. ■



Wahlkampfkundgebung der Volkspartei vor der Nationalratswahl 1945, Engeldamm-Arena Wien.



Leopold Figl bei seiner berührenden Weihnachtsansprache.

# WEIHNACHTEN 1945

## – EINE ANSPRACHE SCHREIBT GESCHICHTE

*„Ich kann euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich!“*

*„Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben, ich kann Euch für den Christbaum, wenn ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich!“*

Immer noch bekommt man Gänsehaut und es stellen sich andächtige Stille, Nachdenklichkeit und Betroffenheit ein, wenn man diese Sätze hört. Die Weihnachtsansprache von Leopold Figl dokumentiert den ungebrochenen Lebens- und Überlebenswillen Österreichs nach Nazi-Diktatur und Wiedererlangung der Eigenstaatlichkeit.

Die Ansprache wurde im Radio ausgestrahlt und auf Magnetband aufgezeichnet. Allein, einige Jahre später war das Originalband verschollen. Vielleicht ist es verloren gegangen, vielleicht wurde es überspielt, man weiß es nicht. Aufgefallen ist das erst im Jahr 1965, als Hans Magenschab als Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände begann, eine Festveranstaltung zum 20. Jahrestag des Kriegsendes und zum 10. Jahrestag des Staatsvertrages zu organisieren. Auf der Suche nach historischen Aufzeichnungen stieß er auf Berichte und Fragmente dieser heute so berühmten Ansprache – im ORF war die Aufzeichnung allerdings nicht mehr aufzutreiben.

Dass es heute ein Tondokument gibt, ist Hans Magenschab und dem jungen Ernst Wolfram Marboe, später ORF-Programmintendant, zu verdanken. Ersterer hat den Text der damaligen Weihnachtsansprache rekonstruiert, Zweiterer hat die Aufzeichnung im ORF organisiert. 1965 war Leopold Figl Landeshauptmann von Niederösterreich und bereits schwer gezeichnet von seiner Krebserkrankung. Dennoch kam er regelmäßig ins Funkhaus in die Argentinierstraße, um Radioansprachen aufzunehmen. Einen solchen Besuch nutzten die beiden, um ihm vorzuschlagen, die Ansprache von 20 Jahren davor nochmal aufzunehmen.

„Ja, so etwas hab' ich damals zu Weihnachten 1945 gesagt“, kommentierte Figl den ihm vorgelegten Text, stellte sich vors Mikrofon, sammelte sich und sprach den Text, den wir heute noch kennen, der uns heute noch berührt. Ein „originales Remake“ war geboren, autorisiert durch Leopold Figl persönlich.

„Die 40.000 Leute vor dem Stephansdom bis zur Pestsäule waren tief erschüttert, als Figls ‚Weihnachtsrede‘ aus den Lautsprechern tönte und Leopold Figl selbst schluchzte heftig“, erinnert sich Hans Magenschab an die „Erstausstrahlung“ der Neuaufnahme im Rahmen der Festveranstaltung im April 1965. Emotionen, die viele auch heute noch verspüren, wenn sie dieses berührende Tondokument von Freiheit und Österreichbewusstsein hören. ■



Bei seiner Radioansprache im Funkhaus in die Argentinierstraße machte Leopold Figl einem kleinen Mädchen ein Weihnachtsgeschenk.



# SÜDTIROL –

## *von der verlorenen Heimat zum völkerrechtlichen Vorbild*

Wer nach Südtirol reist, befindet sich in einem Urlaubsparadies – eine unwiderstehliche Mischung aus Alpen und südlichem Klima begeistert den Reisenden. Erst wenn der Urlauber tiefer hinter die strahlenden Bergkulissen blickt, wird er bleibende Schmerzen entdecken.

Kriegsende 1918: Das offiziell von Italien annektierte Südtirol wird italienisch. Kriegsende 1945: die Südtiroler ängstlich, aber auch hoffnungsvoll in die Zukunft blickend – sie hoffen auf eine Wiedervereinigung Tirols. Die Hoffnungen zerschlagen sich; der Traum aller Tiroler von einem vereinten Tirol wird ein Traum bleiben. Nach dieser traurigen Gewissheit hatten die Südtiroler bereits

Traumata einer mehr als 20-jährigen Leidensgeschichte zu verarbeiten:  
Zwangsitalienisierung, Vertreibungen, zerrissene Familien, Berufsverbote.

Zehntausende Italiener wurden aus anderen Provinzen nach Südtirol umgesiedelt. In Schulen wurde Deutsch verboten, Italienisch war die alleinige Amtssprache. Nur im Geheimunterricht („Katakombenschulen“) und in den Familien konnten die Südtiroler ihre Muttersprache noch weitergeben. Damit nicht genug: Ortsnamen wurden erfunden oder übersetzt und Südtirol in „Alto Adige“ umbenannt.

Und dann vereinbarten Hitler und Mussolini 1939 auch noch ein Abkommen zur Umsiedlung der deutschsprachigen Südtiroler – mehr als 75.000 Südtiroler folgten widerwillig dieser „Option“.

All diese Maßnahmen hatten Folgen: sprachen 1910 noch neun von zehn Südtirolern Deutsch als Muttersprache, sind es heute nur mehr sechs von zehn. Das vom Krieg schwer gebeutelte Land hat lange gebraucht, diese historischen Schicksalsschläge aufzuarbeiten. Noch in den 1960er-Jahren des 20. Jahrhunderts probten Südtirol-Aktivist\*innen den bewaffneten Aufstand gegen die Besatzer, scheiterten aber. Dass Südtirol heute wieder in vollem Glanz erstrahlt, verdankt es weitsichtigen Politikern.

Grundlage für den Frieden war das 1946 unterzeichnete Gruber-De-Gasperi-Abkommen (Pariser Vertrag) – ein bilaterales völkerrechtliches Abkommen zwischen Österreich und Italien. Ergänzt wird der Pariser Vertrag durch ein 1969 zwischen den Außenministern Kurt Waldheim und Aldo Moro akkordiertes „Paket“. 1992 gab Österreich eine Streitbeendigungserklärung ab, mit der das zu diesem Zeitpunkt bereits geltende Minderheitenschutzsystem auch völkerrechtlich festgeschrieben wurde. Dem folgend muss Italien dieses System auch in Zukunft garantieren und darf es nur mit Zustimmung Österreichs ändern.

Die europäische Integration brachte dann eine Reihe von rechtlich bedeutsamen Neuerungen. Im Rahmen der Grundfreiheiten des Binnenmarktes können alle Südtiroler als Unionsbürger in anderen Mitgliedsstaaten

wirtschaftlich tätig werden, können nach Beendigung ihrer Tätigkeit dort verbleiben und haben umfassende Rechte für ihre Familienangehörigen aus Drittstaaten. Sie müssen als Unionsbürger wie Inländer behandelt werden (Gleichheitsrecht) und dürfen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht in unzulässiger Weise durch Beschränkungen behindert werden (Freiheitsrecht).

Gestützt auf den freien Kapitalverkehr, können sie Vermögen (einschließlich Immobilien) erwerben und im Rahmen des freien Zahlungsverkehrs grenzüberschreitende Zahlungen vornehmen. Bei einer Rückkehr nach Südtirol können sie die jeweils einschlägige Grundfreiheit auch gegenüber dem Wohnsitz-Mitgliedsstaat Italien geltend machen.



Die Verhandlungen zum Gruber-De-Gasperi-Abkommen waren intensiv.

Länderübergreifend hatten Volkspartei-Politiker wie Alois Mock, Ludwig Steiner, Eduard Wallnöfer und Wendelin Weingartner sowie die Südtiroler Landeshauptleute Silvius Magnago und Luis Durnwalder entscheidend zu dieser politischen und rechtlichen Lösung beigetragen.

Heute, 100 Jahre nach der Teilung Tirols, gilt die Südtiroler Autonomie als Modell für eine friedliche Lösung von Minderheitenkonflikten. Die Südtiroler haben aus der – absehbar – nicht zu ändernden Lage das Beste gemacht und eine Brückenfunktion zwischen italienischem und deutschem Sprachraum entwickelt. ■



Hochwasserschutzbauten in Ebensee. Errichtung mittels ERP-Finanzierung

# FIGL BLICKT NACH WESTEN

## *Marshallplan statt Sowjetunion*

Es war keine einfache Entscheidung, damals, 1947, als Österreich noch in vier Besatzungszonen unterteilt war, doch Bundeskanzler Leopold Figl hat sich für den Westen entschieden – sehr zum Missfallen der Sowjetunion. Und so hat er im Juni an der Marshallplan-Konferenz teilgenommen. Ein Entschluss, der Österreichs Orientierung Richtung Westen vorgezeichnet hat. Und der ein Grundstein für den späteren EU-Beitritt Österreichs war.

Ohne Mittel aus dem Marshallplan, dem European Recovery Program (ERP) der Vereinigten Staaten, wäre – da sind sich heute alle einig – der Wiederaufbau Österreichs in der Nachkriegszeit nicht so rasch möglich und nicht so erfolgreich gewesen. Insgesamt eine Milliarde Dollar floss unter diesem Titel nach Österreich, das unter allen begünstigten Staaten die zweithöchste Pro-Kopf-Zuwendung – nach Norwegen – erhielt.

Dass die Sowjetunion über die Teilnahme Österreichs an der Marshallplan-Konferenz mehr als verärgert war, ist aktenkundig. Schließlich hatte die ÖVP-geführte Bundesregierung Österreich damit klar auf der Seite des „Westens“ verortet. Ein interner Sowjet-Bericht bilanzierte, dass der Kapitalismus in Österreich zunehmend Fuß gefasst habe.

Den – angesichts der sowjetischen Besatzung eines großen Teils Österreichs – politisch heiklen Weg der Westorientierung ging die Volkspartei jedoch konsequent weiter. 1948 folgte – unter heftigem Protest der Sowjetunion – der Beitritt zur Organization for European Economic Cooperation (OEEC). 1955 trat Österreich der UNO und 1956 dem Europarat (als 16. Mitglied) bei. ■



## *Der Fall Ottillinger*

# **SIEBEN JAHRE ZWANGSARBEIT**

*Eine Frau, schwer gezeichnet von sieben Jahren Zwangsarbeit, aber mit einem Lächeln auf den Lippen.*

Dieses Bild ging Ende Mai 1955 um die Welt. Darauf zu sehen: Margarethe Ottillinger, die mit einem der letzten Heimkehrertransporte aus der Sowjetunion in Wiener Neustadt ankommt – nach Jahren im Gulag.

Ottillinger steht wie keine andere für persönliche Schicksale im Ost-West-Konflikt der frühen Nachkriegszeit, aber auch für die Ohnmacht des jungen österreichischen Staates. Ein 13 Meter hohes Bauwerk aus Beton erinnert heute an das Schicksal der gebürtigen Niederösterreicherin, die am 5. November 1948 ins Fadenkreuz der Sowjets geriet.

Ottillinger hatte an diesem Tag gemeinsam mit ÖVP-Minister Peter Krauland und Oberösterreichs Landeshauptmann Heinrich Gleißner an einer Besprechung in Linz bei der VÖEST teilgenommen. Es ging dabei nicht nur um die Neustrukturierung der österreichischen Schwerindustrie in den Hütten Linz und Donawitz, sondern vor allem darum, wie die Stahlproduktion an den

Sowjets vorbei an die österreichischen Betriebe umgeleitet werden konnte. In die UdSSR musste bis dahin zwangsweise gratis geliefert werden.

Auf dem Heimweg stoppte das Auto der erst 28-jährigen Sektionsleiterin im Ministerium für Vermögenssicherung auf der Ennsbrücke: Passkontrolle durch die sowjetische Besatzungsmacht. Dort verlief die „Zonengrenze“ zwischen den beiden Besatzungsmächten USA und UdSSR. Ottillinger wurde aus dem Wagen geholt und festgenommen.

### *Ein Exempel wurde statuiert.*

Die Begründung für die Festsetzung und Deportierung war fadenscheinig: Spionage für die USA. Ihre Prüftätigkeit in den Betrieben der russischen Erdölförderung in Niederösterreich waren für die sowjetischen Beamten Grund genug, die junge Sektionsleiterin zu verschleppen. Es ist mittlerweile eine gesicherte Tatsache, dass diese Aktion der Sowjets als Warnung für andere österreichische Spitzenbeamte und Politiker gedacht war. Eine Westbindung Österreichs, das erst vor kurzem um eine Teilnahme am Marshallplan angesucht hatte, sollte verhindert und unterwandert werden.

Die Bundesregierung protestierte zwar umgehend beim sowjetischen Hochkommissar gegen den dreisten Menschenraub, aber von der Beamtin fehlte jede Spur. Ohne Wissen der Österreicher landete sie als „US-Spionin“ zunächst im russischen Zentralgefängnis in Baden bei Wien. In dieser Zeit zeigte sich die Entschlossenheit Ottillingers. Die Beamten legten ihr vorgefertigte Geständnisse vor, versprachen ihr eine goldene Zukunft im Ostblock.

Ottillinger unterschrieb nicht.



Margarethe Ottillinger bei einer Ehrung durch Alois Mock.

### *Es gab nichts zu gestehen.*

In einem darauffolgenden inszenierten Schnellverfahren wurde sie zu 25 Jahren Haft verurteilt. Dass sie der Todesstrafe entging, war purer Zufall. Stalin hatte diese auf Zeit ausgesetzt. Ottillingers Leidensweg führte dann nach Moskau, wo die tiefgläubige Frau gelobte, eine Kirche zu stiften, sollte sie dieser Hölle entinnen.

Die rücksichtslose Entführung verfehlte nicht ihre Wirkung und sorgte für Angst und Verunsicherung. Sowohl in der Bevölkerung, wo dieser Fall neben vielen anderen auch sehr schnell publik wurde, als auch in der österreichischen Politik.

Ein Blick über die Grenze machte auch die doppelte Absicht der Sowjets deutlich: Ein Jahr zuvor, 1947, hätte die wirtschaftliche Hilfe der USA auf Mitteleuropa ausgedehnt werden sollen. Die Regierung in Prag hatte ursprünglich um Teilnahme am Marshallplan ersucht, doch auf Druck der Sowjetunion durfte diese Hilfe schließlich nicht angenommen werden. Die Tschechoslowakei wurde in den Ostblock eingemauert.

Für Margarethe Ottillinger folgten sieben Jahre entwürdigender und strapaziöser Zwangsarbeit in der Sowjetunion. Hinter den offiziellen Kulissen

setzte die junge österreichische Regierung alle politischen und diplomatischen Hebel in Bewegung, die Ottillingers Entlassung und alsbaldige Heimkehr sicherstellen sollten. Die intensiven Bemühungen um die Freilassung Ottillingers, allen voran von Bundeskanzler Leopold Figl, stand jedoch die Suche nach sowjetischem Wohlwollen – das für einen Staatsvertrag und die damit einhergehende Souveränität unerlässlich war – gegenüber.



Erst im Jahre der Unabhängigkeit, 1955, wurde Ottillinger entlassen und konnte wieder nach Österreich heimkehren. Sieben Jahre nach ihrer Entführung. Schon ein Jahr später, zog die Sowjetunion sämtliche Vorwürfe zurück. Eine Entschuldigung gab es nie.

In der Zeit danach war die Niederösterreicherin untrennbar mit der Leitung der Österreichischen Mineralölverwaltung (OMV) und der weiteren wirtschaftlichen Prosperität Österreichs verbunden.

Ottillinger war nach ihrer Heimkehr von der Idee beseelt, Gott für ihre Errettung, so wie sie es im Gefängnis in Moskau gelobte, zu danken. Und das möglichst sichtbar. Das tat sie in Form von 152 rohen Betonblöcken, die am Georgenberg in Mauer, im 23. Wiener Gemeindebezirk, den Blick auf sich ziehen und an ihr Schicksal erinnern: Die inzwischen weltberühmte Wotrubakirche.

*„Die Menschen müssen schockiert sein“, meinte sie einmal, „damit die Menschen innehalten. Die Kirche muss licht und hell sein, damit sich die Herzen zu Gott erheben. Und gleichzeitig muss sie wie eine Burg wirken, wie eine Festung, ein Bollwerk gegen den Unglauben.“*

Und das in einem Europa, *„in dem der Glaube an Gott schwindet“*.



Rund zwei Jahre nach ihrem Tod 1992, wurde die Niederösterreicherin schließlich auf Basis des russischen „Gesetzes über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen“ von allen ihr zur Last gelegten Vorwürfen endgültig freigesprochen und auch in Russland vollständig rehabilitiert.

Ihr Leben und Wirken wurde in einer Universum-History-Dokumentation mit Ursula Strauss unter dem Titel „Spiel mit dem Feuer – Der Fall Margarethe Ottillinger“ im Jahr 2015 verfilmt. ■

*„Ich bin doch so gern*

**LANDESHAUPTMANN VON  
OBERÖSTERREICH.“**



Landeshauptmann Gleißner bei einer Ansprache in Wels.

Während am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift die Volkspartei gegründet wurde und in der Bundeshauptstadt bereits wieder das politische Leben erwachte, war Oberösterreich noch Kriegsschauplatz. Die Nationalsozialisten hatten sich im Land ob der Enns zu einem letzten Aufbäumen, zu einer erfolglosen Rundumverteidigung entschlossen. Erst am letzten Apriltag wurden sie von den Amerikanern endgültig zurückgedrängt.

Oberösterreich war in der Folge von den Besatzungsmächten hermetisch abgeriegelt worden, nicht nur gegen Norden und Westen hin, sondern auch gegenüber Wien und Niederösterreich. Es gab praktisch keine Informationen darüber, dass in Wien bereits eine ÖVP-Bundespartei gegründet worden und diese an der provisorischen Regierung beteiligt war, denn auch für Nachrichten gab es kaum ein Durchkommen.

In der Bundeshauptstadt tauchten indessen Gerüchte auf, dass sich in den westlichen Bundesländern eine Gegenregierung zu Wien formieren würde. Die Volkspartei schickte einen Kurier – Herbert Braunsteiner – auf den beschwerlichen Weg durch Österreich, um Kontakt zu den Parteifreunden aufzunehmen. Die eiskalte Enns musste er schwimmend überqueren. In Linz traf er auf Heinrich Gleißner, der in Wien bestens bekannt und geschätzt war. Gleißner bekannte sich ohne Vorbehalte zu einer bundeseinheitlichen Volkspartei.

Vor allem die enge Verbindung der Bundespartei zu Heinrich Gleißner wurde in den Folgejahren noch weiter gestärkt. Er war inzwischen Landeshauptmann von Oberösterreich geworden.

1951 baten die Parteifreunde aus Wien den Landeshauptmann schließlich, sich als Kandidat für die Volkspartei der Wahl zum Bundespräsidenten zu stellen. Gleißner tat es auf Wunsch der Partei. Er war ein Charismatiker und ein mitreißender Redner. Im ersten Wahlgang konnte er die meisten Stimmen auf sich vereinen. Die Stichwahl verlor er aber gegen Theodor Körner. Und er war sogar erleichtert über die erlittene Niederlage: *„Ich bin doch so gern Landeshauptmann von Oberösterreich.“*

So blieb er Oberösterreich und der Oberösterreichischen Volkspartei erhalten und widmete sich mit neu entfachter Energie seinem Heimatbundesland. Er modernisierte Oberösterreich und baute es zum führenden Wirtschaftsland der Republik auf. Mit seinen 30 Jahren Amtsdauer als Landeshauptmann ist er bis heute in Österreich unübertroffen. ■



*Steirische*

## REFORM-TRADITION

*„Sie will einen neuen geistigen Stil in der Politik erarbeiten helfen [...] kleinlicher politischer Zank kann nicht der politische Stil von morgen sein [...] die Zeit, die vor uns liegt, fordert Aufgeschlossenheit, neue Methoden und frisches Blut.“* Mit diesen Worten hat Josef Krainer senior, legendärer Langzeit-Landeshaupmann der Steiermark, im Jahr 1960 die „Neue Österreichische Gesellschaft“ ins Leben gerufen.

Sein Antrieb: Im Jahr davor, bei den Nationalratswahlen 1959, hatte die Volkspartei nur mehr ein Mandat Vorsprung vor der SPÖ. Zu knapp, wie er fand. Erneuerung sei notwendig. Vor diesem Hintergrund hat er in dieser neuen

Gesellschaft reformbereite Kräfte aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengeführt.

Josef Krainer senior. selbst war Vorsitzender der Gesellschaft, als Generalsekretär fungierte ein ebenso legendärer Volkspartei-Politiker: Karl Gruber. Dieser war 1945 der erste Landeshauptmann seines Heimatbundeslandes Tirol, wechselte aber im selben Jahr bereits nach Wien und war von 1945 bis 1953 Außenminister. Er war dann Botschafter in Washington, Bern, Bonn und Madrid, ehe er 1966 erneut in die Bundesregierung berufen wurde, als Staatssekretär im Bundeskanzleramt unter Josef Klaus.

Mitglieder und Sympathisanten dieser Gesellschaft waren neben vielen anderen der Journalist und spätere ORF-Generalintendant Gerd Bacher, der Verleger und damalige „Presse“-Herausgeber Fritz Molden, der renommierte Industrielle Peter Reininghaus, der spätere tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg und der steirische Altlandeshauptmann und Styria-Generaldirektor Karl Maria Stepan.

Der Beginn der steirischen Reformtradition ist allerdings schon früher, im Jahr 1951, zu verorten. „Sachliche und personelle Reformen“ forderte damals das steirische Volkspartei-Präsidium.

Grund war der Sieg des SPÖ-Kandidaten Theodor Körner im zweiten Wahlgang der ersten Volkswahl des Bundespräsidenten. Im Vorfeld galt weithin der Volkspartei-Kandidat Heinrich Gleißner, Landeshauptmann von Oberösterreich, als Favorit.

So begründete die steirische Volkspartei ihren in den nächsten Jahrzehnten sorgfältig gepflegten Ruf, stets an der Spitze der Reformer innerhalb der Österreichischen Volkspartei zu stehen. Ein Ruf, der einherging mit der besonderen Betonung der Eigenständigkeit der Steirer.

Viele Persönlichkeiten wollten Josef Krainer senior immer wieder an der Spitze der Volkspartei und der Republik sehen. Doch stets lehnte er ab. Reformer zu

fördern, auch auf Bundesebene, war ihm hingegen ein Anliegen. Der Steirer Alfons Gorbach, als langjähriger Dritter Nationalratspräsident in Wien bestens bekannt und auf Grund seines verbindlichen Wesens weithin geschätzt, wurde 1960 Bundesparteibmann und 1961 Bundeskanzler.

Den Reformern galt er als Mann des Übergangs zu einer echten Erneuerung. Dass er Josef Klaus als Finanzminister in sein Regierungskabinett berief, war die Bestätigung dafür. Auch Josef Taus genoss die Unterstützung durch die steirische Volkspartei, man machte ihn sogar zum „Wahlsteirer“ und Landesspitzenkandidaten bei der Nationalratswahl 1975.

Im Jahr 1989 war es wieder Zeit für einen „steirischen Reformen“. Josef Riegler wurde Bundesparteibmann und Vizekanzler.

Schon als steirischer Umwelt- und Agrarlandesrat hat er begonnen, ein visionäres Konzept zu entwickeln – die Ökosoziale Marktwirtschaft. Dieses ordnungspolitische Modell vereint ökonomische Entwicklung, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung. Es bleibt nicht nur mit seinem Namen verbunden, sondern ist auch 30 Jahre nach seiner Präsentation noch eine der großen Leitlinien für die Politik der Volkspartei.

***„Steirischer Reformgeist macht den Unterschied.“***

Diese Überzeugung wohnt den Steirern inne, im Rückblick wie im Ausblick. ■

# OHNE WORTE:

## *Der schweigsame Staatsvertragskanzler*



Julius Raab kehrt nach Verhandlungen aus England zurück.

„*Das Getreide steht heuer schon ganz schön hoch*“, sagte der Sekretär zum Chef im Auto auf einer Dienstreise nach Westösterreich. Gerade durchquerte man Niederösterreich. Der Chef schwieg. In Vorarlberg schließlich brummt er: „*Do aa.*“ Julius Raab war wahrlich kein Mann vieler Worte.

Doch die brauchte der Bundeskanzler auch nicht, um zu überzeugen. Zumindest wenn es stimmt, was von einer Begebenheit im Jahr 1954 überliefert ist. Julius Raab war zu dieser Zeit auf Werbetour für den Staatsvertrag. Nach Moskau, Washington und Paris stand London auf dem Programm. Davor empfing Raab den Chefredakteur der Londoner „Picture Post“, Tom Hopkinson, zum Interview. Nach der Begrüßung saßen einander die beiden Männer schweigend gegenüber. Der Brite rauchte Pfeife, Raab bedächtig eine Virginia-Zigarre. Der Journalist: „*Herr Bundeskanzler, waren Sie schon einmal in England?*“ – Raab: „*Nein.*“ Längere Pause. Dann die nächste Frage: „*Was werden Sie in London besuchen?*“ – Raab: „*London.*“ Dann wieder Schweigen. Da holt Raab ein gepresstes Edelweiß unter der Glasplatte des Besprechungstisches hervor

und überreicht es seinem Gast: „*Souvenir*.“ Darauf erhebt sich der Journalist artig: „*Thank you, Sir!*“ Das Interview ist beendet. Danach urteilt der Chefredakteur:

„*Raab ist einer der bemerkenswertesten Staatsmänner, die ich kennengelernt habe.*“ Und Raab seinerseits sagt zu seinem Sprecher Fritz Meznik: „*A sehr sympathischer Mensch. Drum hab i eahm auch des Edelweiß g'schenkt.*“

So trifft es wohl gut auf Julius Raab zu, wie Gerd Bacher die Aufbau-Generation charakterisiert: „*Sie sprachen einfache Sätze, aßen stets das Gleiche, tranken sauren Wein. Aber: Sie haben die Republik gerettet.*“



Raab und Figl werden von Molotov in Moskau empfangen.

### ***Ohne Umschweife: Die direkte Art des Julius Raab***

Beim Staatsbesuch in Moskau im April 1955 war Raab nicht um klare Worte verlegen.

Als Nikita Chruschtschow, Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, die österreichische Delegation mit den Worten: *„Habt ihr euch ein bisschen gefürchtet zu kommen? Aber ihr seht ja, ich bin gar kein Teufel“* empfing, antwortete Raab trocken: *„Wenn wir geglaubt hätten, dass Sie ein Teufel sind, wären wir gar nicht gekommen.“* Die Verhandlungen verliefen günstig für Österreich. Bei der Feier scherzte Chruschtschow über den Repräsentanten des kapitalistischen Systems aus Österreich. Raab erwiderte mit dem Hinweis auf die mit Köstlichkeiten gedeckte Tafel pointiert: *„Der eine bleibt halt ein Leben lang ein armer Kapitalist und der andere bringt es zum reichen Kommunisten.“*

### ***Ohne Berührungsängste: Freundschaft auf festem Fundament***

Raabs ruhige Autorität und zielgerichtete Klarheit schätzten viele. Und das nicht nur in den eigenen Reihen. Gestützt auf sein festes Wertefundament war Bundeskanzler Julius Raab ein Mann des Ausgleichs. Allzu oft hörten forsche Parteifunktionäre den Satz: *„Das kann man den Sozis nicht zumuten.“*

Zu jenen pflegte Raab teils sehr enge Beziehungen, ja sogar wertschätzende Freundschaften. Besonders eng war die Verbundenheit Raabs zu seinem Sozialpartner und ÖGB-Präsidenten Johann Böhm von der SPÖ. Der schrieb dem Kanzler zu dessen 65. Geburtstag unter anderem: *„Obwohl Du darauf nicht anstehst, möchte aber auch ich unter den Gratulanten nicht fehlen, haben wir doch im Laufe der vergangenen bewegten elf Jahre – zwar aus verschiedenen Lagern kommend, aber im Grunde genommen doch einer Idee, nämlich der Wiederaufrichtung unserer Republik, dienend – uns zusammengestritten und sind schließlich sogar Freunde geworden. Ich darf Dir deshalb an Deinem Geburtstag sagen, dass ich Dich im Laufe der Zeit hochachten und schätzen gelernt habe und dass ich Deine Verdienste um Österreichs Volk rückhaltlos anerkenne. Freilich schließt diese Anerkennung nicht aus, dass wir oft verschiedener Meinung sind. In solchen Fällen bin ich zwar überzeugt, dass ich Recht habe, aber trotzdem will ich Dir meine Anerkennung nicht versagen. Du solltest nur nicht häufig so hartköpfig, sondern ein wenig elastischer sein. Aber ganz so, wie man sie sich wünscht,*

*sind ja die Menschen nie, man muss sie nehmen wie sie sind – Du mich und ich Dich! Auf alle Fälle schätze ich Deine Freundschaft, Deine Umsicht und Deine Energie sowie Deine staatsmännische Klugheit.“*

Neben der persönlichen Freundschaft hatte Raabs enge Zusammenarbeit mit der SPÖ aber auch staatspolitische Bedeutung: Er und Johann Böhm gründeten gemeinsam die Sozialpartnerschaft.

Noch bleibender ist aber sein zweiter großer politischer Meilenstein: Der Abschluss des Staatsvertrags 1955. Das brachte dem gelernten Bauingenieur den Beinamen „Baumeister der Republik“ ein, mit dem er zweifellos in die Staatsgeschichte einging. ■

# MOLOTOWS STIMME AUS DEM KZ



Figl empfängt den sowjetischen Außenminister Molotow.

*„Ich kenne Ihre Stimme schon lange.“*

Das erklärte Leopold Figl dem verdutzten russischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow im Zuge der langwierigen und fordernden Verhandlungen um den Staatsvertrag. Figl kannte Molotows prägnante Stimme aus der Lautsprecheranlage des Konzentrationslagers Dachau.



Dort mussten die verängstigten Häftlinge, darunter auch Figl, im August 1939 eines Tages um vier Uhr früh antreten und stundenlang warten. Um dann über die KZ-Lautsprecher einer Radioübertragung der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes durch die beiden Außenminister Joachim von Ribbentrop und Wjatscheslaw Molotow zu lauschen.

*„Vor allem für die kommunistischen Häftlinge sollte es in den Augen der Lagerleitung eine tiefe Demütigung sein, Kenntnis vom Arrangement der beiden Diktatoren, die sich bis dato als unversöhnliche Erzfeinde gegenübergestanden waren, zu haben“,* bilanziert der Historiker Helmut Wahnout.

Der sonst so wortgewaltige Molotow soll sehr betreten reagiert haben, als ihn Figl im Verhandlungsraum mit dieser Erinnerung konfrontiert hat. Auch sonst war der Weg zum Staatsvertrag ein langwieriger, fordernder Prozess – und ein politisch höchst komplexer Balanceakt.

Außenminister Leopold Figl war dafür der perfekte Mann: Er galt gegenüber den Sowjets als gesprächsfähig, scheute sich aber auch nicht, den sowjetischen Verhandlungspartnern für sie höchst unangenehme Wahrheiten in Erinnerung zu rufen.



Leopold Figl präsentiert den Staatsvertrag der jubelnden Menge vor dem Belvedere am 15. Mai 1955.

Die Volkspartei konnte jedenfalls ihre Linie bei den Staatsvertragsverhandlungen durchsetzen. Nachdem Julius Raab bei der Rückkehr der Verhandler am Flugplatz Bad Vöslau am 15. April verkündet hatte: „*Österreich wird frei sein*“, krönte Leopold Figl sein Lebenswerk am 15. Mai 1955 mit seinem legendären „*Österreich ist frei!*“. Und zeigte vom Balkon des Belvedere zehntausenden Menschen den Staatsvertrag mit den Siegeln der vier Großmächte. ■



Leopold Figl unterschreibt den österreichischen Staatsvertrag im Beisein der vier alliierten Außenminister.

*Verhandlungen, Mythen und eine Wette:*

# DAS SCHWIERIGE VERHÄLTNIS MIT DER SOWJETUNION

*Die Beziehungen zwischen der Volkspartei und der russischen Besatzungsmacht waren herausfordernd.*

Das schwierige Verhältnis äußert sich auch in der Legendenbildung rund um die Staatsvertragsverhandlungen. Unsere heutige historische Wahrnehmung verdanken wir in erster Linie einer Karikatur: Die berühmte Zeichnung von Hanns Erich Köhler im Münchner „Simplicissimus“ zeigt eine (Verhandlungs-) Szene in Moskau mit dem damaligen Bundeskanzler Julius Raab an der Zither, dem Außenminister Leopold Figl ins Ohr flüstert: „*Und jetzt Raab – jetzt noch d’ Reblaus, dann sans waach!*“

Damit wurde angedeutet, dass die Trinkfestigkeit der österreichischen Delegation der entscheidende Faktor am Weg zum Staatsvertrag gewesen sei. Oder einfacher ausgedrückt: Man habe die Russen schlichtweg unter den Tisch gesoffen.



Weaner Charme in Moskau: „Und jetzt, Raab — jetzt noch d'Reblaus, denn sons waach!“  
 (Aus „Stinglistwitus“, Zeichnung von H. E. Köhler.)

Das ist freilich, wie Historiker erklären, ungeachtet der eventuellen Trinkfestigkeit der handelnden Personen, nichts anderes als eine Legende.



Eine reale Begebenheit steht hingegen hinter jener Geschichte, die das Verhältnis zwischen Leopold Figl und Nikita Chruschtschow sowie den „Wettbewerb der Systeme“ treffend charakterisierte: die sogenannte

Kukuruzwette. Ihr Hintergrund: Chruschtschow hatte 1960 den früheren Bundeskanzler und Außenminister Figl – in dieser Zeit als Nationalratspräsident aktiv – auf dessen Hof in Rust bei Tulln besucht. Zuerst ging das Gespräch, wie geplant, um Abrüstungsfragen und die Restitution österreichischer Dokumente durch die Sowjets. Während des Gespräches wanderte das Thema dann allerdings zum angrenzenden Maisfeld.

Ideologisch gefangen im Systemwettbewerb behauptete Chruschtschow plötzlich, dass der Sowjet-Mais höher wachse als der österreichische Kukuruz – seiner Behauptung nach wäre der Ernteertrag sogar zehnmal so hoch. Das konnte der damalige Bundeskanzler natürlich nicht auf sich sitzen lassen und forderte das sowjetische Staatsoberhaupt zu einer Wette heraus. Als Wetteinsatz wurde ein Schwein festgelegt. Chruschtschow ließ also tatsächlich russisches Saatgut zur Ausbringung schicken. Die Jury bildeten Leopold Figls Bruder, Landwirt am elterlichen Hof, und ein sowjetischer Agrarexperte. Ergebnis des Kukuruz-„Systemwettbewerbs“: Beide Saaten produzierten ungefähr gleich gute Produkte.

Chruschtschow hatte damit die Wette verloren, was ihn vielleicht etwas kränkte. Denn seinen versprochenen Wetteinsatz, das Schwein, sollte Figl nie bekommen.

Die Wette aber ging in die Geschichte ein und half mit, ein gutes Verhältnis zwischen Österreich und der UdSSR aufzubauen. Die junge Republik Österreich nutzte den guten Kontakt, um sich stärker als Vermittler zwischen Ost und West und als neutral zu positionieren. Sollte sich jemand jetzt über den genauen Gegenstand der Wette wundern: „Kukuruz“ ist die aus dem Slawischen und Ungarischen entlehnte, vor allem im Osten Österreichs gebräuchliche Bezeichnung für Mais. ■

## *Das Wirtschaftswunderland Österreich:*

# ERGEBNIS EINES KONSEQUENTEN KURSES

280.000 Arbeitslose, ein defizitärer Bundeshaushalt, eine noch nicht stabilisierte Währung und Marshallplan-Mittel, die zur Neige gingen. Als Bundeskanzler Julius Raab sein Amt antrat, war vom „Wirtschaftswunder“ der 1950er-Jahre weit und breit noch nichts zu sehen. Doch der gelernte Baumeister war harte Arbeit gewohnt und hat als Bundeskanzler zwischen 1953 und 1961 in den Kabinetten Raab I bis IV den wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs ermöglicht.

Sein Ziel war klar: Österreich musste den weltweiten Konjunkturaufschwung für sich nutzen. Dazu schlug der Wirtschaftsbund-Gründer ein völlig neues Kapitel in der österreichischen Wirtschaftspolitik auf: den Weg von der staatlichen Lenkung der Nachkriegswirtschaft hin zur Sozialen Marktwirtschaft. Deren Grundsätze beschrieb er so: *„Unsere Wirtschaftsordnung ist im Wesentlichen dadurch charakterisiert, dass dem einzelnen jede Freiheit und Möglichkeit eingeräumt wird, im Rahmen der Gesetze sich wirtschaftlich zu betätigen und, sei es als Selbstständiger oder auch als unselbstständig Erwerbstätiger, seine Initiative, seine Begabung, seine Kenntnisse, seinen Fleiß und auch sein Eigentum individuell zum Einsatz zu bringen.“*

*Die Rechnung ging auf, der wirtschaftliche Aufschwung stellte sich rasch ein, Österreich blühte auf.*

Doch es wäre nicht Julius Raab gewesen, wäre er nicht dennoch bescheiden geblieben. Als man den Bundeskanzler nach dem Geheimnis des wirtschaftlichen Aufschwungs in den vom Krieg zerstörten Nachbarländern Deutschland und Österreich fragte, antwortete er pointiert und durchaus

originell: „Die Deutschen verdanken ihr Wirtschaftswunder ihrem Fleiß, ihrer Strebsamkeit und ihrer Ausdauer. Das österreichische Wirtschaftswunder ist hingegen wirklich ein Wunder.“

Die Ökonomin Hilde Hemetsberger-Koller sieht hinter dem Wirtschaftswunder allerdings kein Wunder.

„Große wirtschaftspolitische Erfolge bestätigten die Richtigkeit des von der Regierung Raab eingeschlagenen Weges: ein geordneter Staatshaushalt, die Währungsstabilität, eine von bürokratischen Fesseln und untragbaren Steuerlasten befreite Wirtschaft, die allen Arbeitswilligen ausreichende Beschäftigung sichert und die Inangriffnahme großer wirtschaftlicher Projekte sind erst durch die kluge und vorausschauende Wirtschaftspolitik von Raab möglich geworden“, so die Schlussfolgerung von Hemetsberger-Koller. ■



Raab und Bock mit fahنشwenkenden Kindern bei einer Autobahneröffnung.



## **„Österreich ist Europa“: PRO-EUROPÄISCH VON ANFANG AN**

***„Österreich ist Europa und ohne Europa wird Österreich nicht sein.“***

Mit diesem Grundverständnis stellte schon der erste Bundeskanzler der Zweiten Republik, Leopold Figl, die Weichen Richtung Europa. In seiner ersten Regierungserklärung am 21. Dezember 1945 betonte er: *„Wir Österreicher werden niemals unsere große Verpflichtung gegenüber Europa und der Welt vergessen. Unser neues Österreich ist ein kleiner Staat, aber er will dieser großen Tradition, die vor allem eine Kulturtradition war, treu bleiben, als Hort des Friedens im Zentrum Europas“.*

Bis heute rückte die Volkspartei nie von ihrer pro-europäischen Haltung ab. Von Figl über Raab und Gorbach bis Klaus: Keiner der Volkspartei-Kanzler in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatte je einen Zweifel daran gelassen, dass Österreich bei jedem europäischen Integrationsschritt – so intensiv wie dies möglich und mit der Neutralität vereinbar war – teilnehmen solle.

Aufhorchen ließ Bundeskanzler Julius Raab dabei schon 1957: Als Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande am 25. März in Rom die Verträge unterzeichneten, mit der die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet wurde, holte er rasch den damaligen „Kurier“-Chefredakteur, Hugo Portisch, zu einem Gespräch ins Bundeskanzleramt.

Portisch staunte nicht schlecht, als ihm der Staatsvertragskanzler eröffnete: *„Da machen wir mit. Jetzt treten wir der EWG bei.“* Auf Portischs Einwand, dass dagegen die Sowjetunion wohl massive Einwände hätte, meinte Raab bloß: *„Die fragen wir gar nicht.“*

Ganz so schnell ging es dann doch nicht. Aber die Richtung war klar. Österreich wurde 1960 Gründungsmitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und bemühte sich um die Assoziierung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).



Alfons Gorbach war ein glühender Europäer.

***Bundeskanzler Josef Klaus prägte den legendären Satz: „Civis europaeus sum.“***

Es dauerte aber bis 1987, ehe die Volkspartei die SPÖ zu „konsequenten Bemühungen“ überzeugen konnte, damit Österreich nicht vom europäischen Integrationsprozess und Binnenmarkt ausgeschlossen würde. 1989 gelang dann der Durchbruch:

Mit 175 Stimmen billigte der Nationalrat einen SPÖ/ÖVP/FPÖ-Entschließungsantrag, der die Regierung aufforderte, die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Gemeinschaft zu beantragen. Die Grünen stimmten damals nicht für diesen Weg.

Am 17. Juli 1989 folgte der berühmte „Brief nach Brüssel“ von Außenminister Alois Mock, in dem Österreich seine Aufnahme offiziell beantragte. Nach dem

Abschluss der intensiven Beitrittsverhandlungen am 1. März 1994 war es ebenfalls Alois Mock, der sagte: „*Österreichs Weg in die Europäische Union ist frei.*“

Doch das letzte Wort hatten die Österreicherinnen und Österreicher: Am 12. Juni stimmten 66,6 Prozent von ihnen bei der EU-Volksabstimmung für einen Beitritt. Das war die höchste Zustimmung aller damaligen Kandidatenländer.

Am 1. Jänner 1995 wurde die jahrzehntelange Vision der Volkspartei wahr: Österreich wurde Mitglied der Europäischen Union. Ein Erfolg steter Bemühungen und einer kontinuierlichen pro-europäischen Haltung und Politik der Volkspartei. ■

# POLITIKER *und* FREUNDE



Julius Raab und Leopold Figl gehen anlässlich der Angelobung von Figl zum neuen Außenminister vom Bundeskanzleramt hinüber in die Bundespräsidienkanzlei.

## *Julius Raab galt als Pragmatiker.*

Und als Schweiger, der diskutieren ließ, um dann zu entscheiden. Zwischen 1945 und 1953 hat er im Nationalrat sage und schreibe 14-mal das Wort ergriffen. In dieser Zeit hatte er viele Ämter inne: Klubchef, Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Präsident des VP-Wirtschaftsbundes. Und 1953 wurde Julius Raab Bundeskanzler. Sein Freund Leopold Figl sollte bald darauf Außenminister werden. In dieser Funktion ging Figl auch in die österreichischen Geschichtsbücher ein, als er am 15. Mai 1955 den Staatsvertrag gemeinsam mit den vier Siegermächten unterschrieb. Für die beiden Freunde war es ihr größter Tag.

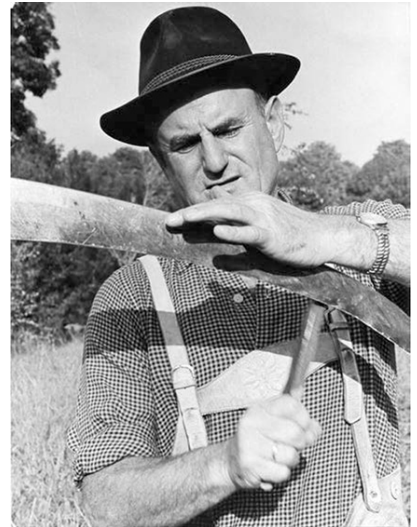
Am 8. Jänner 1964 starb der „Freiheitskanzler“ im Floridsdorfer Spital. Tags darauf wurde das politische Testament des Staatsmannes veröffentlicht. *„Alle bitte ich inständig, die rot-weiß-rote Fahne hochzuhalten [...] Der schönste Freundschaftsdienst, den mir jemand erweisen will, ist ein stilles, andächtiges Gebet. Ich hoffe, dass mir der Herrgott ein gnädiger Richter sein wird und die Gottesmutter eine gütige Fürbitterin. Und nun lebe wohl, schöne Welt! Ich fürchte den Tod nicht. Er ist Erlösung von der Erdenschwere, von der vergänglichen Materie, ein schöner Schritt dem wirklichen Endziel zu: Gott zu schauen und seine Herrlichkeit.“*

Am 14. Jänner bereiteten die Österreicher dem Altkanzler ein berührendes Staatsbegräbnis. Weil es im Testament so angeordnet war, musste sich sein engster Freund Leopold Figl – als einziger Trauerredner – von ihm verabschieden. Er unterwand sich dieser Pflicht, aber bald versagte ihm die Stimme:

*„Leb wohl, du großer Staatsmann, du großer Österreicher, leb wohl, Julius, auf Wiedersehen.“ ■*



Gemeinsam gingen sie durch dick und dünn.



Bundeskanzler Josef Klaus  
1967.

# DER VATER DES MODERNEN ÖSTERREICH

## *Ein Reformers, niemals ein Verwalter*

Fasziniert von einem neuen Politikstil war im Jahr 1966 der damals gerade einmal 16-jährige Franz Schausberger – der spätere Landeshauptmann von Salzburg. „*Josef Klaus kam zu einer Kundgebung nach Steyr – eine komplett von der SPÖ dominierte Stadt –, der Stadtplatz war voll mit Menschen, es war eine ungeheuer enthusiastische Stimmung, die ganze Zeit spielte man den Song ‚Entscheide gut, entscheide frei, entscheide für die Volkspartei‘, alle sangen mit*“, erinnert sich Schausberger auch heute noch bestens. Der Dixieland-Song ging ins Ohr, eine Schallplatte war damals das beliebteste Wahlwerbemittel.

Klaus war seit zwei Jahren Bundeskanzler und unterwegs im Wahlkampf, der ihm und der Volkspartei die absolute Mehrheit beschern sollte. Eine Zeit, die Schausberger beeindruckt und geprägt hat: „*Ich kam aus einem eher unpolitischen Haus, aber wir Jungen waren fasziniert vom Reformkanzler*

*Josef Klaus. Damals, im Nationalratswahlkampf 1966 hab' ich mich zum ersten Mal politisch engagiert, für die Volkspartei.“*



Amtseinführung der neuen Bundesregierung am 2. April 1964. An der Spitze der Regierungsmitglieder gehen Bundeskanzler Josef Klaus und Vizekanzler Bruno Pittermann. Dahinter die Minister bzw. Staatssekretäre Anton Proksch, Fritz Bock, Christian Broda, Franz Soronics und Karl Schleinzer; ganz hinten gehen die neuen Volkspartei-Minister Georg Prader und Wolfgang Schmitz.

Ein Wind der Reform wehte durchs Land, die Politik von Stillstand und gegenseitiger Blockade in der großen Koalition war überwunden, eine politische Alternative zum Sozialstaatspaternalismus nahm Fahrt auf. Mehr als beispielhaft dafür auch eine mutige Personalentscheidung, geradezu unerhört in dieser Zeit: Klaus holte Grete Rehor als Sozialministerin in seine Regierung, zum ersten Mal war in Österreich eine Frau im Ministeramt.

Josef Klaus entwickelte eine bis dahin nicht gekannte Reformpolitik der neuen Sachlichkeit, die die Verbindung von Politik und Wissenschaft zur Grundlage

hatte, und die als Geburtsstunde der evidenzbasierten Politik gilt. Der sachliche, zielorientierte Weg war stets der seine.

Klaus suchte den Dialog mit Experten. In seiner Regierung fanden ausschließlich Minister Platz, die den Vorstellungen seines sachlichen Politikstils entsprachen. Exklusiv liest sich so auch die Liste seiner engsten Mitarbeiter: Alois Mock, Josef Taus, Leo Wallner, Michael Graff, Thomas Klestil, Karl Pisa, Heinrich Neisser und viele andere. Modern und weitsichtig war auch, dass sich Klaus bei der Bestellung seiner Mitarbeiter wenig um traditionelle Gepflogenheiten und „Erbpachten“ kümmerte.

Von Klaus' Weitsicht profitieren die Österreicherinnen und Österreicher noch heute: Mit der Rundfunkreform schuf er die Grundlage für einen unabhängigen ORF, mit der Schaffung eines familienpolitischen Beirates im Bundeskanzleramt legte er den Grundstein für die Anerkennung der Familie als zentralen Gegenstand der Politik. Klaus war außerdem der erste Politiker in Österreich, der die Bedeutung und die Sinnhaftigkeit eines zusammenwachsenden Europas erkannte. Er forcierte die Verhandlungen zu einem Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft und legte somit den Grundstein für den späteren EU-Beitritt. „*Wir Österreicher sind Bürger Europas*“, so das politische Credo des großen Staatsmannes. ■



# ÖSTERREICHS ERSTE MINISTERIN

## *Grete Rehor schrieb Sozialgeschichte*

*Es waren andere Zeiten. Viele hatten schwere Schicksale zu tragen. Aber was Grete Rehor ertragen musste, ist dennoch nur schwer vorstellbar.*

1910 geboren, durchlebte sie die dunkelsten Jahre des letzten Jahrhunderts. Ihr Vater kehrte nicht aus dem Ersten Weltkrieg zurück. Als sie 19 Jahre alt war, starb ihre Mutter. Ihren Traum, Lehrerin zu werden, konnte sich die Vollwaise nicht verwirklichen. Sie musste hart arbeiten, hat sich in der

Textilfabrik das Geld verdient und sich so den Besuch der Handelsschule ermöglicht. 1935 heiratete sie den christlichen Gewerkschafter Karl Rehor, drei Jahre später bekamen die beiden eine Tochter. Es schien, als würde sich das Leben zum Besseren wenden. Doch es sollte anders kommen: Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde Karl inhaftiert und zur Wehrmacht eingezogen. Er fiel 1943 in Stalingrad. Jetzt war sie Waise, Witwe und Alleinerzieherin einer Tochter.

Man könnte meinen, diese Last wäre kaum zu schultern. Doch Grete Rehor gab sich nie auf. Sie nahm 1945 ihre Arbeit als Gewerkschaftssekretärin wieder auf, finanzierte so ihrer Tochter sogar das Studium. Ein bescheidenes Leben war sie von Kindesbeinen an gewohnt. Doch sie meisterte nicht nur den Alltag. Auch Rehors politisches Engagement blieb ungebrochen. Unter der Nazierrschaft war sie bei der illegalen christlichen Gewerkschaftsbewegung, die vom späteren Nationalrat und Minister Lois Weinberger organisiert wurde, aktiv. Gleich nach dem Krieg galt ihr voller Einsatz den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter und schon 1949 zog sie in den Nationalrat ein.

Als Bundeskanzler Josef Klaus nach der gewonnenen Wahl 1966 eine Alleinregierung der Volkspartei bildete, präsentierte er die erste Ministerin Österreichs: *„Eine ehemalige Textilarbeiterin, Kriegswitwe, Gewerkschaftsfunktionärin, erprobte Parlamentarierin, jahrzehntelanges Mitglied des Sozialausschusses – eine Wienerin mit Charme, Witz und Schlagfertigkeit. Sie war die beste Lösung.“* Grete Rehor war Sozialministerin. Nicht nur ihre politische Erfahrung, sondern auch ihre Persönlichkeit prädestinierten sie dafür: Seit ihrer Kindheit war ihr Denken von einem katholischen Weltbild und einer hohen Sensibilität für soziale Ungerechtigkeit geprägt.

Für ihr Amt hatte sie daher von Anfang an klare Vorstellungen: soziale Sicherheit für alle und Gleichstellung der Frauen, deren Benachteiligung sie als Textilgewerkschafterin nur allzu gut gekannt hat.

Doch sie setzte auch andere sozialpolitische Meilensteine: Bauernpension, Berufsausbildungsgesetz, Hausbesorgergesetz. Insgesamt wurden mehr als

hundert Sozialgesetze während ihrer Amtszeit verabschiedet. *„Als größter Erfolg ihrer Amtszeit gilt mit Sicherheit der Abschluss des Arbeitsmarktförderungsgesetzes 1968, welches sogar vom politischen Gegner als wichtige Markierung der österreichischen Sozialpolitik gewürdigt wurde“*, hält Historiker Johannes Schöner fest. Ein Meilenstein, der bis heute die Grundsäule von Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktservice bildet.

Darüber hinaus richtete sie im Sozialministerium 1966 eine eigene Frauenabteilung ein, um die berufliche Stellung der Frauen gezielt zu verbessern. Dass Frauen auch in höheren Positionen vertreten sein sollten, sah sie pragmatisch: *„Dies entspricht nicht nur der Bevölkerungs- und Beschäftigungs-, sondern auch der Wählerstruktur.“* Unaufgeregt, aber visionär.

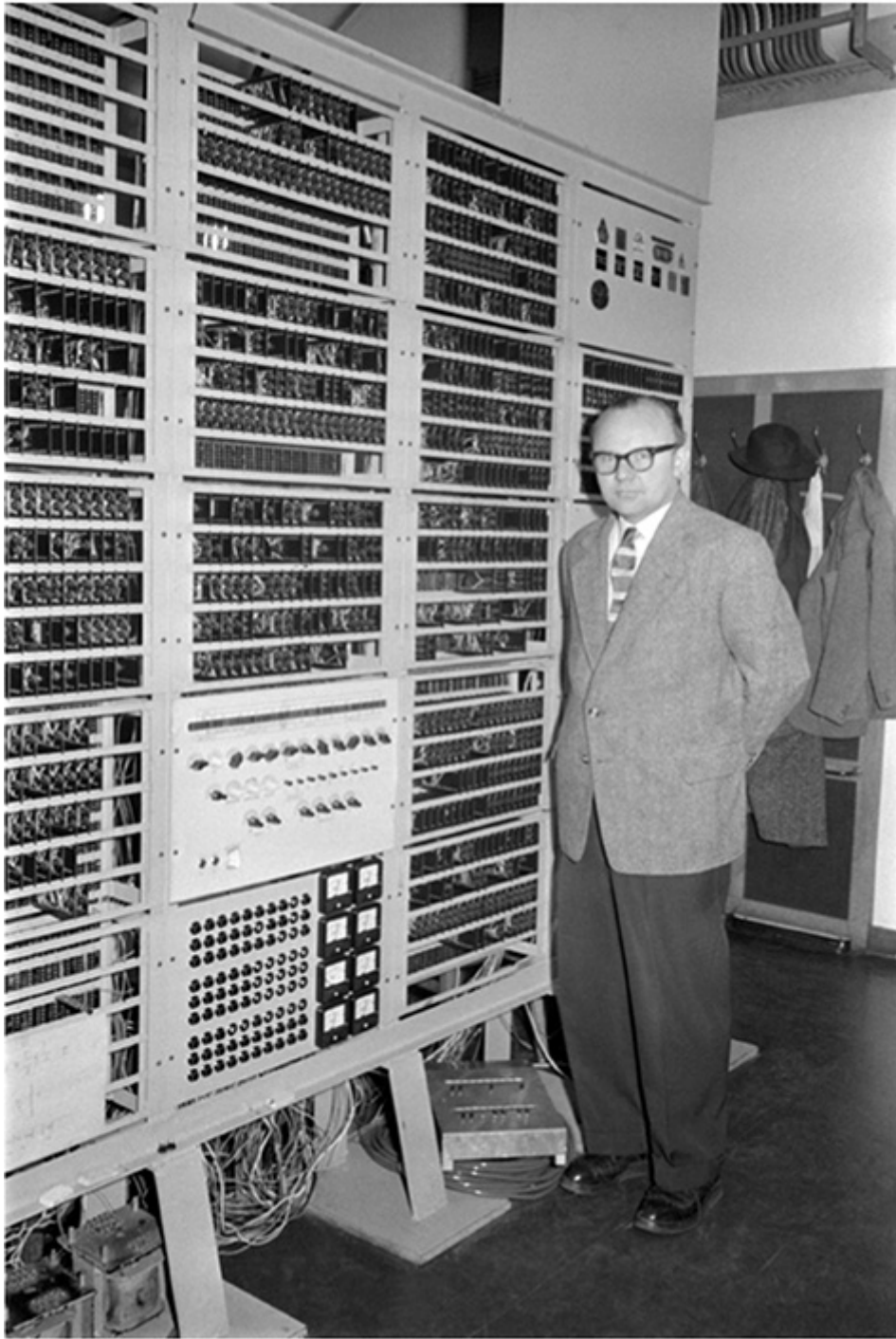
Und auch nach dem jähen Ende ihrer politischen Karriere im Jahr 1970 blieb die „schwarze Kommunistin“, wie sie wohlwollend genannt wurde, ihrem Engagement treu: Sie war Vizepräsidentin der ARGE-Dachorganisation für 61 Behindertenverbände und Obfrau der Jugendfreunde sowie in der Liga für Menschenrechte. Und das bis ins hohe Alter. Eine Pionierin durch und durch. ■

# MEHR ALS EIN „MAILÜFTERL“

## *Digitalisierung anno 1955*

1955 begann der Wiener Computerpionier Heinz Zemanek an der TU Wien an einem binär dezimalen Volltransistor-Rechenautomaten zu bauen. Drei Jahre dauerte die Entwicklungsarbeit, ehe der erste vollständig mit Transistoren arbeitende Computer auf dem europäischen Festland präsentiert werden konnte: Das sogenannte „Mailüfterl“. Zemanek spielte mit dem Namen auf die in den USA in Betrieb genommenen Röhrenrechner an: *„Wenn es auch nicht die rasante Rechengeschwindigkeit amerikanischer Modelle erreichen kann, die ‚Wirbelwind‘ oder ‚Taifun‘ heißen, so wird es doch für ein Wiener ‚Mailüfterl‘ reichen.“*

Doch einer war mit dem Namen alles andere als glücklich. Und das war kein geringerer als der Reformkanzler der 1960er-Jahre, Josef Klaus. Als großer Anhänger der Wissenschaft war er intensiv an der Computertechnologie interessiert.



Der Computerpionier Heinz Zemanek beriet die Volkspartei in Wissenschaftsfragen.

Er pflegte engen Kontakt zu Österreichs Computerpionier Heinz Zemanek, der zu jeder Zeit im Bundeskanzleramt ein- und ausging. Das „Mailüfterl“ konnte der Kanzler dem Computerpionier aber offensichtlich dennoch nicht ausreden. In seinen Erinnerungen notierte Josef Klaus: *„Der Name ist typisch österreichisch, nämlich die Leistung unterspielend und – wie mir scheint – nicht sehr glücklich gewählt.“* ■

# WELTKLASSEATHLETIN UND SPITZENPOLITIKERIN:

*Eine Pionierin aus Niederösterreich*



Liese Prokop stellte 1969 einen Weltrekord im Leichtathletik-Fünfkampf auf.

„*Ich wollte laufen, was halt geht*“, beschreibt Liese Prokop. Sie sitzt im ORF Sport-Studio und kommentiert Videoaufnahmen aus dem Jahr 1969. Genauer: Vom 4. Oktober 1969. Das war nicht irgendein Tag. An diesem Tag stellte die Spitzensportlerin in der Südstadt einen Weltrekord im Leichtathletik-Fünfkampf auf.

*Ganz Österreich jubelte mit ihr.*

An sportliche Erfolge war die junge Niederösterreicherin gewöhnt: Sie war Silbermedaillen-Gewinnerin der Olympischen Spiele 1968 in Mexico-City,

zigfache österreichische Meisterin und 1969 Fünfkampf-Europameisterin.

Doch am 4. Oktober 1969 konnte die 28-jährige nicht ahnen, dass ihr eine zweite, große Karriere bevorstand. Und das in einer völlig anderen Disziplin. Nur zwei Wochen nach dem Weltrekord gelang ihr aber schon der nächste Coup: Als eine der ersten „Quereinsteigerinnen“ wurde Liese Prokop in den niederösterreichischen Landtag gewählt und Ende November als Landtagsabgeordnete angelobt.

Schon in dieser Funktion war sie zweifellos Pionierin, denn ihre Kollegen waren größtenteils erstens Männer und zweitens langgediente Funktionäre in der Volkspartei.

Doch Prokop brachte Kampfgeist und Durchhaltevermögen aus dem Sport mit. „*Laufen, was halt geht*“ zählt auch in der Politik. Insgesamt zwölf Jahre lange machte sie sich als Landtagsabgeordnete einen Namen. Dann folgte der nächste Karrieresprung: Landeshauptmann Siegfried Ludwig erkannte das Potenzial der Weltklasseathletin und machte Prokop 1981 zur Landesrätin. 1992 kam es zum Wechsel an der Regierungsspitze Niederösterreichs: Erwin Pröll wurde Landeshauptmann, Prokop seine kongeniale Stellvertreterin. Wiederum zwölf Jahre später war sie erneut Pionierin: Im Dezember wurde Liese Prokop als erste Innenministerin der Republik angelobt.

Allerdings konnte sie dieses Amt nur zwei Jahre lang ausfüllen: Völlig unerwartet schied sie in der Silvesternacht 2006/2007 im Alter von nur 65 Jahren aus dem Leben. ■



Ein Truck fährt die Fassade des Springer Schlössls rückwärts hoch.

# „SCULPTURE TRUCK“ AM SPRINGER SCHLÖSSL

*Nein, es handelt sich weder um einen Unfall noch um einen Scherz.*

Der „Sculpture Truck“ ist eine künstlerische Installation von Erwin Wurm, Österreichs Weltstar der zeitgenössischen Kunst. Eingeladen hat ihn Sebastian Kurz, als er 2015 Vorsitzender der Politischen Akademie wurde.

Der Truck ist inzwischen wieder weg, der Hintergrund der Aktion und das Springer Schlössl bestehen fort. Kunst will den Geist öffnen und zum Nachdenken anregen – das ist auch der Anspruch der Politischen Akademie der neuen Volkspartei. Das historische und liebevoll erhaltene Springer Schlössl, inmitten eines großen Parks am Wiener Tivoli, gleich neben Schönbrunn, ist der ideale Ort dafür.

Gegründet wurde die Institution 1972, als mit dem „Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“ eine gesetzliche Grundlage für Parteiakademien

geschaffen wurde. Drei Jahre später, 1975, bezog man das Springer Schlössl. Seit damals ist das der Ort, an dem viele zum ersten Mal Politik-Luft schnuppern, wo sich Interessierte politisch bilden können, wo öffentliche Grundsatzdiskussionen und manchmal auch interne Debatten geführt werden, wo politische Grundlagenarbeit passiert und wo man Wurzeln und Werte der Volkspartei pflegt. ■

## *Aufbruch und Versöhnung mit der Moderne*

# **DAS SALZBURGER PROGRAMM DER VOLKSPARTEI**

Wer sich mit dem Zeitgeist vermählt, wird als Witwer enden. Einerseits. Wer allerdings andererseits keine Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen findet, verliert als Partei zuerst den Draht zu Wählerin und Wähler und dann die Wahlen. Und genau diesen Spagat zwischen Modernisierung und Tradition, Anspruch und Wirklichkeit musste die Volkspartei finden – nach dem Jahr 1968 („die 68er-Bewegung“ mit weltweiten Studentenprotesten) und der Wahlniederlage 1970 bestand die reale Gefahr, den Anschluss zu verlieren.

Die neue Zeit und ihre Anforderungen waren für jeden sicht-, greif- und spürbar: Die Männer trugen längere Haare, die Röcke der Frauen wurden kürzer, der Umgangston und die Sitten wurden lockerer und alle tanzten gemeinsam zu den Beatles. In den wilden 1960er-Jahren modernisierte sich zuerst die Gesellschaft und dann die Politik.

Nach dem erfolgreichen Wiederaufbau lechzten die Österreicherinnen und Österreicher nach Wohlstand, Freizeit und neuen Freiheiten. Die Jugendlichen verstanden sich als aktive Mitgestalter und nicht mehr länger als Bittsteller der Politik. Kurz: Die neue Zeit verlangte nach neuen Antworten.

*„Nach der Aufbruchsstimmung der Klaus Jahre haben wir leider trotzdem die Wahl verloren und da war uns Jungen klar, dass wir die alte Tante Volkspartei programmatisch von Grund auf erneuern müssen“*, schildert Franz Schausberger, ehemaliger Landeshauptmann von Salzburg und damals junger Politik-Einsteiger, die knifflige Ausgangslage. Die Volkspartei wagte sich mit leidenschaftlich geführten Debatten aus der Komfortzone: Frauenrechte, Bürgerrechte, der beginnende Kampf gegen die Atomkraft; überall suchte man ohne Denkverbote frische politische Inspiration. Statt den kompletten Bruch mit

der Vergangenheit zu fordern – wie die linken Revolutionäre – erarbeitete die Volkspartei eine realpolitisch und ordnungspolitisch umsetzbare Programmatik. Schausberger: *„Wir waren der Überzeugung, dass sich die Volkspartei von ihrem bisherigen Konservativismus in Richtung ‚Fortschrittliche Mitte‘ weiterentwickeln musste. Ich denke, dass in der Volkspartei weder davor noch danach jemals so intensiv, engagiert und leidenschaftlich über inhaltliche Themen diskutiert wurde.“*

Das im Dezember 1972 beschlossene Programm entwirft die Volkspartei als soziale Integrationspartei und bekennt sich sozialpolitisch zur katholischen Soziallehre und ordnungspolitisch zur Sozialen Marktwirtschaft. Damit positioniert sich die Volkspartei langfristig als wirtschaftspolitische Alternative zur damals noch klassisch marxistisch orientierten SPÖ. Ohne Anbiederungen an den sozialliberalen Zeitgeist hält das Programm am Wert des ehrbaren Kaufmanns, des strebsamen Schülers, des fleißigen Handwerkers und des Leistungsprinzips fest. Die Wirtschaftspolitik einer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft mit industriellem Kern aktiv zu gestalten, verlangt staatspolitisches Augenmaß, Geschick und Können. Während der Kommunismus 1989 mit dem Fall des Eisernen Vorhangs spektakulär scheiterte, bildet das Salzburger Programm nach wie vor den zeitlosen Fundus christdemokratischer Realpolitik.

Peter Diem, einer der Mitautoren und damaliger Vordenker in der Parteizentrale, hat damals auch methodologisch die Partei modernisiert: Diem organisierte den institutionalisierten Dialog zwischen Politik, Bürgern, Wissenschaft und Forschung. Mit seinem analytischen und sozialwissenschaftlichen Zugang hat er damit das bürgerliche Politikhandwerk ins Zeitalter der empirischen Wissenschaft und evidenzbasierter Entscheidungen geführt.

Mit dem Salzburger Programm gelang es eindrucksvoll, das alte Vorurteil der politischen Mitbewerber zu widerlegen, *„nur ein durch unreflektierten Antisozialismus zusammengehaltener Interessenklub ohne eigenständige,*

*positive Programmatik*“ zu sein. Mit katholischer Soziallehre und Sozialer Marktwirtschaft hat die Volkspartei ihre Antwort gefunden. ■



Das Salzburger Programm reagierte auf die gesellschaftlichen Umbrüche und Modernisierungen der 1960er-Jahre.

# WECKRUF VON OBEN

*25 Jahre jung war Josef „Pepi“ Höchtl, als er zu seiner ersten bundespolitischen Pressekonferenz im August 1972 lud.*

Der Landesobmann-Stellvertreter der niederösterreichischen JVP präsentierte an diesem Tag die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe der Landesorganisation, bestehend aus Soziologen, Medizinern und Lehrern. Denn die Umbrüche der 1960er-Jahre waren auch in Österreich angekommen und mit ihnen eine Debatte über die Anti-Baby-Pille, Schwangerschaftsabbruch und Sexualkunde.

Gemeinsam mit Experten hatte die Gruppe 15 Forderungspunkte erarbeitet, um die sexuelle Aufklärung von Jugendlichen zu verbessern und so ungewollten Schwangerschaften vorzubeugen.

Mit der Botschaft *„Weil reden allein nicht genügt und endlich etwas geschehen muss“*, richtete sich Höchtl nicht nur an die eigenen Abgeordneten, sondern auch an die im Jahr zuvor angelobte Alleinregierung Kreisky. Einige der Forderungen, wie etwa ein verpflichtender Sexualkundeunterricht für Schüler ab zwölf Jahren oder die Ausstattung von Eltern mit einem Sexualkundeatlas, um *„verlegenen Vätern und Müttern aus der Patsche zu helfen“*, könnte man auch heute noch auf einer politischen Agenda finden.

Flankiert werden sollte dies von weiteren Maßnahmen, wie etwa einer Väterkarenz, einem Ausbau der Kindergärten oder einer Hausstandsgründungshilfe für Ledige. Für Aufsehen sollte aber ein anderer Punkt aus der Pressekonferenz sorgen, wie „Pepi“ bald feststellen musste.

*Tags darauf um sechs Uhr früh läutete das Telefon.*

Höchtl, der bis um drei Uhr nachts auf einer JVP-Feier zugegen war, war überrascht, als ihn der schrille Klingeln jäh aus dem Bett holte. Noch

überraschter war er allerdings, als sich auf der anderen Seite der Leitung hörbar irritiert Karl Schleinzner, seit dem letzten Jahr Bundesparteibmann der Volkspartei, meldete.

Hatte Höchtel gehofft, dass mit dem Abheben bei ihm zu Hause Ruhe einkehren würde, so hatte er sich gewaltig getäuscht. Während er den Telefonhörer hielt, lag in der Hand von Schleinzner die frisch gedruckte „Kronen Zeitung“ mit der Schlagzeile auf dem Titelblatt: „Revolutionärer Vorschlag der ‚Jungen ÖVP‘: Der Schularzt soll die Antibaby-Pille verschreiben!“

Als wenig später auch noch Kardinal König bei Höchtel anrief und ihn zu einem Gespräch in das Erzbischöfliche Palais bat, dürfte dem Niederösterreicher spätestens bewusst geworden sein, dass er einen Nerv getroffen hatte.

Während er innerparteilich und in der Ministerriege der SPÖ auf Gegenwind stieß, schien er, unter den jungen Mitgliedern der Volkspartei mit seinen Forderungen eine breite Anhängerschaft gefunden und einiges an Bekanntheit gewonnen zu haben. Wenige Monate später konnte der neue Shootingstar sich bei der Wahl zum Bundesobmann der JVP gegen den Landesobmann aus Tirol durchsetzen. Fast zehn Jahre sollte er der Jugendorganisation in weiterer Folge vorstehen und den Fokus insbesondere auf sozialpolitische Themen setzen, die vor allem für die jüngere Generation von besonderer Wichtigkeit waren. Damit zeigte die Junge ÖVP, wie in ihrer gesamten Geschichte, einen Instinkt für die brennenden Themen ihrer Zeit. Seien es die sozialpolitischen Agenden der 1970er-Jahre oder später der Kampf gegen das AKW Zwentendorf und der Protest gegen die Verbauung der Donauauen, oder in jüngeren Jahren das Eintreten für ein auch für junge Menschen faires Pensionssystem und für eine direktere und modernere Demokratie. ■

# Revolutionärer Vorschlag der „Jungen ÖVP“:

Revolutionärer Vorschlag der „Jungen ÖVP“:  
Der Schularzt soll Antibaby-Pillen verschreiben!

UNABHÄNGIGE  
**Kronen Zeitung**  
Verlag: 10. Juli 1972, Nr. 137  
Sonntag 10. Juli 1972  
Österreichs  
AUFLAGEGRÖSSTE  
TAGESZEITUNG

## Der Schularzt soll Antibaby-Pillen verschreiben!

Bericht auf der Seite 2



Mr. Heath kann nichts aus der Ruhe bringen

Englische Ministerpräsident Heath (links) steht vor dem in der ersten Reihe auf seiner Seite stehenden, nach einer langen Reise zurückgekehrten Premierminister der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer (rechts). Heath ist in Begleitung von Lord Carrington, dem britischen Außenminister, und anderen Beamten. Heath ist in Begleitung von Lord Carrington, dem britischen Außenminister, und anderen Beamten.

Heath ist in Begleitung von Lord Carrington, dem britischen Außenminister, und anderen Beamten. Heath ist in Begleitung von Lord Carrington, dem britischen Außenminister, und anderen Beamten.

### Uhr stoppte die 12. Partie

Berlin. — Die 12. Partie zwischen Boris Spassky und Anatoli Karpow ist am Sonntag im 12. Zug unterbrochen worden. Spassky hatte einen Zeitverlust von 15 Minuten erlitten. Die Partie wird am Montag fortgesetzt.

### Porsche-Köfer

Achtung bei diesem Spiel! Ein Porsche-Köfer ist in der Nähe der Reichsbank in Berlin aufgefunden worden. Die Polizei sucht nach dem Fahrer.



## Junge ÖVP schlägt vor: Schularzt soll Antibaby-Pillen verschreiben

Wien. — „Wir reden nicht mehr mit dem Kopf, sondern mit dem Bauch“, lautet die Devise der „Jungen ÖVP“, die am Sonntag ihren Parteitag in Wien abhielt. In der Diskussion über die Antibaby-Pillen wurde der Vorschlag der „Jungen ÖVP“ diskutiert, dass der Schularzt die Antibaby-Pillen verschreiben soll.

### Die Antibaby-Pillen

Die Antibaby-Pillen sind ein Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Sie werden in Form von Tabletten eingenommen.

### Die Antibaby-Pillen

Die Antibaby-Pillen sind ein Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Sie werden in Form von Tabletten eingenommen.

### Die Antibaby-Pillen

Die Antibaby-Pillen sind ein Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Sie werden in Form von Tabletten eingenommen.

### Die Antibaby-Pillen

Die Antibaby-Pillen sind ein Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Sie werden in Form von Tabletten eingenommen.

## Erst jetzt bekannt: Hitler hatte Neffen

Die angeblichen Leibesbrüder „Theres“ und „Theres“ sind die Neffen von Adolf Hitler.

Die angeblichen Leibesbrüder „Theres“ und „Theres“ sind die Neffen von Adolf Hitler. Sie wurden von Hitler als seine Neffen bezeichnet.

Die angeblichen Leibesbrüder „Theres“ und „Theres“ sind die Neffen von Adolf Hitler. Sie wurden von Hitler als seine Neffen bezeichnet.

Die angeblichen Leibesbrüder „Theres“ und „Theres“ sind die Neffen von Adolf Hitler. Sie wurden von Hitler als seine Neffen bezeichnet.

### Die Antibaby-Pillen

Die Antibaby-Pillen sind ein Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Sie werden in Form von Tabletten eingenommen.

### Die Antibaby-Pillen

Die Antibaby-Pillen sind ein Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Sie werden in Form von Tabletten eingenommen.

### Die Antibaby-Pillen

Die Antibaby-Pillen sind ein Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Sie werden in Form von Tabletten eingenommen.

### Die Antibaby-Pillen

Die Antibaby-Pillen sind ein Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Sie werden in Form von Tabletten eingenommen.

### Die Antibaby-Pillen

Die Antibaby-Pillen sind ein Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Sie werden in Form von Tabletten eingenommen.

# EINE ÜBERRASCHUNG *aus dem Westen*

Bis heute steht der Name Eduard Wallnöfer über die Grenzen Tirols hinaus für politisches Geschick, Volksnähe, tiefe Verwurzelung mit Land und Leuten, aber auch große Aufgeschlossenheit für alles Neue. Bauernschlau und überlegt war der Tiroler Landeshauptmann, aber auch immer für eine Überraschung gut. Das stellte Wallnöfer auch bei der Suche nach Wahlkandidaten unter Beweis. Bei der Bundespräsidentenwahl 1974 schien in dieser Hinsicht bei der Österreichischen Volkspartei alles klar zu sein. Hermann Withalm, Generalsekretär, Klubchef, Vizekanzler und ehemaliger Bundesparteiboss sollte kandidieren.

Die Wahlkampf vorbereitungen liefen bereits auf Hochtouren. Withalm tourte mit seinem Wahlkampfleiter Heribert Steinbauer durch die Bundesländer, um bereits vorab die Werbetrommel für seine Kandidatur zu rühren. Natürlich abgesprochen und akkordiert mit dem damaligen Bundesparteiboss Karl Schleizer.

Die Abstimmung über den Kandidaten der Österreichischen Volkspartei für die Bundespräsidentenwahl am 29. April im Bundesparteivorstand sollte eigentlich reine Formsache sein. Withalm war sich seiner Sache sicher, die ersten Plakate waren bereits gedruckt. Dieser Tag sollte der offizielle Startschuss für seinen Wahlkampf sein. Doch Tirols Landeshauptmann Eduard Wallnöfer hatte eine andere Idee.

Mit dem Bürgermeister von Innsbruck, Alois Lugger, verband Wallnöfer ein sehr spezielles Verhältnis. Nicht immer war die Zusammenarbeit konfliktfrei. Das war vielleicht mit ein Grund, warum Wallnöfer bei der Abstimmung im Bundesparteivorstand, die Withalm als Kandidaten hätte bestätigen sollen, ausgerechnet Lugger ins Rennen schickte.



Eduard Wallnöfer verband Volksnähe mit politischem Weitblick.

Es wäre naiv zu glauben, dass Wallnöfer diesen Schachzug ins Blaue hinein gemacht hätte. Natürlich hatte er vorher auch bei seinen Kollegen in den anderen Bundesländern für seinen Wunschkandidaten Stimmung gemacht – und offensichtlich überzeugende Argumente gefunden. „*Ich hab das Gefiehl, er isch der beste Mann*“, war Wallnöfer überzeugt. Besonders mit den Landeshauptleuten aus Vorarlberg und Salzburg, Herbert Keßler und Hans Lechner, hatte er zwei starke Verbündete. Und so ging die Abstimmung schließlich mit 13 zu acht Stimmen für den Innsbrucker Bürgermeister aus.

Die Druckmaschinen wurden gestoppt, innerhalb kürzester Zeit startete die Wahlkampfmaschinerie für Lugger. Unterstützt von einem Team aus Tirol machte er einen beherzten Wahlkampf und besuchte alle Bundesländer. Luggers Einsatz blieb unbelohnt. Bei der Bundespräsidentenwahl am 23. Juni 1974 unterlag er Rudolf Kirchschläger. Lugger blieb in der Folge Bürgermeister von Innsbruck. ■

# DAS ENDE GROSSER HOFFNUNGEN

*Beim Mittagessen am 19. Juli 1975 hörte der Journalist Hans Werner Scheidl im Radio die schreckliche Nachricht:*

*„Der Bundesparteibeamten der ÖVP und frühere Verteidigungsminister Karl Schleizer ist heute Vormittag bei einem Autounfall bei Bruck an der Mur ums Leben gekommen.“* Schleizer tot? Scheidl konnte es nicht glauben. Mitten im Nationalratswahlkampf? Also fuhr Scheidl mit dem Auto zum Palais Todesco, der damaligen Parteizentrale der Volkspartei. Scheidl war der erste Besucher an diesem tief traurigen Tag, der Portier und der Journalist kondolierten einander. *„Es ist noch niemand da“*, bedauerte der Portier, *„gehen S’ nur einstweilen hinauf.“*

Ein zweiter Reporter traf kurz danach ein. Gemeinsam mit dem Hausmeister hievten die beiden Journalisten eine große und schwere schwarze Fahne auf den Balkon des Palais. Was war geschehen? Der 51-jährige Oppositionspolitiker und Kanzlerkandidat Schleizer kam aus dem Urlaub aus Griechenland zurück und fuhr anschließend von Wien mit seinem Privatwagen, einem Ford Granada, in Richtung Kärnten nach Hause. Seinen Chauffeur hatte er nicht angefordert. Bei dieser Fahrt kam es bei Bruck zu einem Frontalcrash mit einem Sattelschlepper. Schleizer war sofort tot. Man vermutete später: Sekundenschlaf. Gerüchte über Manipulationen am Auto bestätigten sich nicht.

Damit war die Hoffnung der Volkspartei zunichte gemacht, bei den Neuwahlen im Herbst an die absolute Mehrheit der SPÖ unter Bruno Kreisky heranzukommen. Schleizer hatte Ende 1971 die Obmannschaft der Volkspartei übernommen – damals eine verunsicherte Partei, die erst verdauen musste, dass die SPÖ mit Bruno Kreisky bei der vorgezogenen Nationalratswahl im Oktober 1971 die absolute Mehrheit an Stimmen und

Mandaten erreicht hatte. Schleinzer gab der Volkspartei Selbstvertrauen zurück – bis zu seinem tragischen Unfalltod holte er in Umfragen beständig auf.

Schleinzer und Kreisky verkörperten zwei unterschiedliche Politikertypen. Amtsinhaber Bruno Kreisky regierte gutsherrenmäßig und war den Christlichsozialen aus tiefster Seele seit Jugendtagen in Abneigung „verbunden“, während Schleinzer einen ernsthaften und sachlichen Politikstil verkörperte.

Nach dem Tod Schleinzers entschied sich die Partei für Josef Taus als Nachfolger. Der war schon in jungen Jahren Staatssekretär in der Regierung von Bundeskanzler Josef Klaus und wechselte 1968 in die Girozentrale, dem Zentralinstitut der österreichischen Sparkassen. Sein Handicap als Politiker ist bis heute, dass sich seine Außenauftritte im Gedächtnis der Massen auf ein TV-Duell mit Kreisky reduzieren, was zweifellos zu kurz gegriffen ist. Dass der alte Medien-Fuchs Kreisky den jungen „Oberg’scheiten“ schlecht aussehen ließ – daran erinnert man sich. Was Taus eigentlich zu sagen hatte, und das war durchaus klüger als Kreiskys Show, ist heute vergessen. 1979 gelang Kreisky neuerlich die absolute Mehrheit. Josef Taus verließ die Politik und ihm folgte Herman Withalm als Bundesparteiohmann. ■



Karl Schleizer mit seinem Team: Alois Mock, Stephan Koren, Herbert Kohlmaier und Marga Hubinek.

# „EISERN“ AUCH FÜR DIE SENIOREN

In Pension wollte er gehen, Obmann des Rentner- und Pensionistenbundes (heute Seniorenbund) ist er geworden. Seinem Spitznamen – der „eiserne Withalm“ wurde er auch in dieser Funktion gerecht.

Dass der Österreichische Seniorenbund seit 1977 als vollwertige Teilorganisation der Volkspartei die Interessen älterer Menschen konsequent vertritt, ist eben diesem Hermann Withalm zu verdanken. Der ehemalige Generalsekretär, Vizekanzler und Bundesparteioobmann (1970–71) wollte eigentlich schon 1975 – mit seinem Ausscheiden aus dem Nationalrat – der Politik den Rücken kehren. Aber Josef Taus bewog ihn, 1976 Obmann des damaligen Rentner- und Pensionistenbundes zu werden. Withalm sagte schließlich zu – allerdings nur unter der Bedingung, dass der künftige Österreichische Seniorenbund den Entscheidungsgremien der Partei mit Sitz und Stimme angehörte.



Im Jahr 2003 initiierten Andreas Khol, Stefan Knafl und Silvia Fuhrmann den Generationendialog.



Seit 1977 ist der Österreichische Seniorenbund vollwertige Teilorganisation der Volkspartei.

### ***Der „eiserne Withalm“ setzte sich durch.***

*„Engagiert bemühte er sich in seiner nunmehrigen Funktion um die Stärkung des sozialen Images der Volkspartei bei der älteren Generation. Insbesondere in den 1980er-Jahren erzielte die vom Seniorenbund initiierte und von der Gesamt-Partei übernommene Aktion ‚Gute Nachbarschaft‘ eine beträchtliche Breitenwirkung“, bilanziert der Historiker Helmut Wohnout.*

Das Attribut „eisern“ hatte sich Withalm durch Prinzipientreue, Geradlinigkeit und rhetorisch geschliffenes Auftreten erworben.



Hermann Withalm mit seiner Frau Maria im gemeinsamen Garten.

Der professionelle Parteimanager baute den Seniorenbund in seiner zwölfjährigen Amtszeit zur mit 225.000 Mitgliedern personell drittstärksten Teilorganisation der Volkspartei aus. Seinen Anspruch an Staat und Volkspartei-Politik behielt der überzeugte Parlamentarier Withalm in all seinen Funktionen bei:

*„Es kann niemals die Aufgabe des Staates sein, seine Bürger – auf welchem Weg auch immer – zu gängeln oder womöglich sogar zu bevormunden. Die Zukunft bürgerlicher Politik kann nur der freie und mündige Bürger sein – ein großes Ziel, für das es sich lohnt, mit voller Überzeugung und ganzer Kraft zu arbeiten.“ ■*

# *Die* **SCHWARZE INTERNATIONALE**

Als die Europäische Demokratische Union (EDU) am 24. April 1978 auf Schloss Kleßheim in Salzburg aus der Taufe gehoben wurde, lagen drei intensive Jahre an Verhandlungen und Gesprächen hinter Josef Taus und seinen Mitstreitern.

Es waren keine einfachen Zeiten für die Österreichische Volkspartei. Die Kreisky-SPÖ hatte in Österreich zum zweiten Mal die absolute Mehrheit geschafft und auch auf europäischer Ebene war die Sozialistische Internationale im Höhenflug. Dass die christlich-demokratischen Parteien dem so wenig entgegensetzten, wurmte viele. Auch Josef Taus. Zwar hatte der Neo-Parteiboss alle Hände voll zu tun, um nach dem plötzlichen Tod seines Vorgängers Karl Schleinzer die eigene Partei zu konsolidieren – doch ihm war klar: Würde man jetzt die Chance verpassen, den sozialistischen Parteien europaweit Paroli zu bieten, würde das auch für Österreich und die Volkspartei zum Nachteil werden.

Von Anfang an gefiel Taus die Idee einer internationalen Zusammenarbeit der Mitte-rechts Parteien. Er wollte hier etwas voranbringen. Doch nicht alle Vertreter der europäischen Christdemokraten teilten diese Begeisterung. Schließlich war der Zusammenschluss der christlich-demokratischen Parteien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bereits im Gange: 1976 wurde die Europäische Volkspartei (EVP) offiziell gegründet. Doch die schloss viele aus – ideologisch wie geografisch.

Das störte auch Helmut Kohl. Der CDU-Vorsitzende war ganz auf Taus' Linie: Die EVP allein würde nicht genug Gewicht haben, um den sozialistischen Parteien Europas Paroli zu bieten. Auch liberale und konservative Kräfte müssten eingeladen werden, sich zu beteiligen. Das war freilich leichter gesagt als getan: In einigen Staaten gab es tiefe Gräben zwischen den verschiedenen Parteien und zum Teil auch gravierende ideologische Differenzen.



Margaret Thatcher, Josef Taus und Helmut Kohl bei der Gründungsversammlung der EDU.

Taus, Kohl und ihren Mitstreitern war also 1975 schon klar: Der Zusammenschluss würde keine leichte Geburt werden. Eine Arbeitsgruppe mit nur vier Mitgliedern, darunter der Volkspartei-Generalsekretär Herbert Kohlmaier, wurde eingesetzt, um in Konferenzen und Gesprächen programmatische Unterschiede zu überwinden und einen gemeinsamen Nenner zu finden. Der Durchbruch gelang erst 1977. Da traf Helmut Kohl die Chefin der britischen Konservativen, Margaret Thatcher, zum Gespräch. Und bald darauf konnte Josef Taus den EVP Vorsitzenden Leo Tindemans überzeugen, dass durch den neuen Zusammenschluss keine Schwächung der EVP zu erwarten war.

Viele in der Volkspartei hatten sich hinter die Idee gestellt und für sie gekämpft: Neben Herbert Kohlmaier waren auch Andreas Khol, als Direktor der Politischen Akademie, ÖAAB-Obmann Alois Mock und der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer intensiv an den Vorarbeiten zur Gründung der EDU beteiligt. So gesehen war es nicht verwunderlich, dass gleich beide zentralen Funktionen in der Europäischen Demokratischen Union von Österreichern besetzt wurden. Die zehn Gründungsparteien wählten Josef Taus zum ersten EDU-Präsidenten und Andreas Khol zu seinem Exekutiv-Sekretär.

Auch das Sekretariat der EDU wurde in Wien angesiedelt. Eine Bestätigung für Österreichs großen Anteil an der Gründung des neuen Zusammenschlusses, der erst im Jahr 2002 in der Europäischen Volkspartei aufging. Nach Taus war übrigens ebenfalls ein Österreicher deren Präsident – und das fast 20 Jahre lang bis 1998: Alois Mock, der später auch die internationale Arbeitsgemeinschaft konservativer und christdemokratischer Parteien ins Leben rief. ■

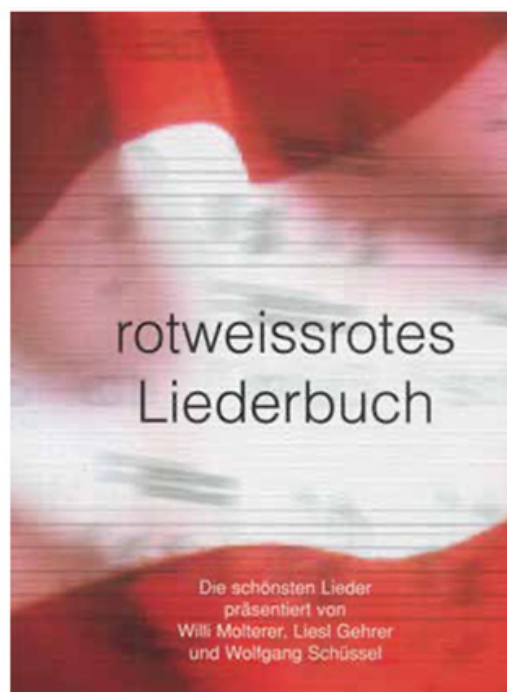
# BESTSELLER *und* CHARTSTÜRMER

Kugelschreiber, Kalender, Kürbiskerne:  
In der Geschichte der Wahlkampf-  
Geschenke gibt es bekanntlich nichts,  
was es nicht gibt.

Auch die Volkspartei setzte in ihrer  
Geschichte eine breite Palette von  
Präsenten ein, die auch – damals  
topaktuelle – Medieninnovationen wie  
Musikkassetten oder Langspielplatten  
umfasste.



Zu einem einzigartigen Wahlkampfkünstler wurde aber ein ganz traditionelles  
Buch – ein „rotweissrotes Liederbuch“ von Wolfgang Schüssel, Elisabeth  
Gehrer und Wilhelm Molterer.



Das „rotweissrote Liederbuch“ wurde den Wahlhelfern förmlich aus den  
Händen gerissen.

Es war im Nationalratswahlkampf 2002 im Einsatz – und präsentierte traditionelles Liedgut aus ganz Österreich. Von „Auf, auf zum fröhlichen Jagen“ über „Brüderlein fein“ und „Hoamatländ, Hoamatländ“ bis zu „Is scho still uman See“ und „Kein schöner Land“ bot das Liederbuch offenbar alles, was das österreichische Herz begehrte. Verdiente Wahlhelfer erinnern sich noch heute mit feuchten Augen daran: *„Wir mussten nicht einmal auf die Leute zugehen – die haben uns das einfach aus der Hand gerissen.“*



Damit konnte ohne Zweifel an den Hit aus dem Nationalratswahlkampf von Josef Klaus 1966 angeknüpft werden – mit dem Lied „entscheide gut, entscheide frei“ hat die Volkspartei damals ihre klare politische Botschaft auch vertont. ■



Single-Cover des Wahlkampfhits „entscheide gut, entscheide frei“.

# ENTSCHEIDUNG GEGEN ATOMSTROM

*In Zwentendorf steht Österreichs Atomkraftwerk. Fertig gebaut, aber nie in Betrieb genommen – weltweit einzigartig.*

Denn am 5. November 1978 entschieden sich die Österreicherinnen und Österreicher gegen Atomstrom, rund 1,6 Millionen Menschen nahmen an der Atomkraft-Volksabstimmung teil.

Noch heute zeigt diese Abstimmung, und vor allem ihr Ergebnis, Wirkung. Atomkraft bleibt eine weltweit umstrittene Energiegewinnungsform, und Österreich bleibt auch mehr als 40 Jahre später ein entschiedener Gegner.

Anfangs war das gar nicht so klar. Doch wenige Jahre nach dem Baubeginn in Zwentendorf, ab 1975, beginnt sich klar erkennbarer Widerstand gegen das Kernkraftwerk zu formieren. Mehrere Anti-Atomkraft-Gruppen gründen die „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner“ als Dachverband. In Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt kommt es 1977 zu großen Demonstrationen von Atomkraftgegnern. Die SPÖ-geführte Bundesregierung spricht sich nach einer Klausur 1977 weiterhin für Nuklearenergie aus, sollte die Entsorgung abgebrannter Brennstäbe gewährleistet sein. Doch noch im selben Jahr kündigt ÖVP-Obmann Josef Taus an, zu einer Einigung mit der SPÖ über Zwentendorf nicht mehr bereit zu sein. Ab dann geht es schnell: Die Sozialistische Jugend schlägt eine Volksabstimmung vor, Kreisky lehnt erst ab, willigt aber später ein.

Die Auseinandersetzung quer über das Jahr 1978 wurde heftig geführt. In der Darstellung durch das Haus der Geschichte heißt es etwa: *„Als die Diskussion intensiver wurde, trat der damalige SPÖ-Bundeskanzler Bruno Kreisky stark für das AKW Zwentendorf ein und reagierte teilweise extrem aggressiv auf*

*Proteste. Sein Versuch mit einzelnen ÖVP-Abgeordneten die Inbetriebnahme des fertig gebauten AKWs im Parlament zu beschließen, scheiterte aber.“*



Die Volkspartei verhinderte die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf.

Kreisky deutete auch an, das Thema mit seiner Person zu verbinden: *„Ich möchte nicht sagen, dass ich sicher nicht zurücktrete. Ich möchte aber auch nicht sagen, dass mich das unbeeinflusst ließe.“* Dennoch wandten sich auch einzelne SPÖ-Funktionäre gegen das AKW.

Zur Abstimmung lag das Bundesgesetz vom 7. Juli 1978 vor, beschlossen von der SPÖ: *„Für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf wird [...] die Erlaubnis erteilt. Bei der Vollziehung dieses Bundesgesetzes [...] ist vorrangig auf die Gesundheit und Sicherheit von Personen sowie auf den Schutz der Umwelt zu achten.“* Dazu sagten die Österreicherinnen und Österreicher mehrheitlich Nein.

Die Volksabstimmung von 1978 war, wie es der spätere Landwirtschafts- und Finanzminister sowie Vizekanzler Wilhelm Molterer rückblickend betrachtet, die erste direktdemokratische Entscheidung über ein Gesetz. Sie war aber auch ein Ergebnis einer Konfrontation zwischen Jung und Alt, die sich wenige Jahre später, 1984, im Konflikt um das Donaukraftwerk Hainburg in ähnlicher Form wiederholen sollte. Wilhelm Molterer war in den 1970er-Jahren Student der

Betriebswirtschaftslehre und dann Assistent an der Universität Linz. Als Jugendlicher war er in der Österreichischen Studentenunion (ÖSU) engagiert. Für ihn und seine Generation war hinsichtlich des Kernkraftwerks „*ganz klar: Wir wollen das nicht*“.

Das Engagement gegen das Projekt in den aufkeimenden, vielfältigen Formen „*war ein Teil des Aktionismus, der an Universitäten üblich ist*“.

Die Abstimmung des Jahres 1978 wurde anlässlich des 40. Jahrestages in einer anderen Form quasi wiederholt: In einer Umfrage der EVN konnte im November 2018 erneut über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich abgestimmt werden. Das Votum fiel 40 Jahre später noch viel eindeutiger aus: Lediglich 9,5 Prozent stimmten für eine Inbetriebnahme, während sich 90,5 Prozent der Teilnehmer gegen eine Nutzung aussprachen. Der Anti-Atomkraft-Kurs ist heute unumstritten in Österreich. ■

# *Das* MÄRCHEN VON DEN ROTEN HÄUSERN

## *Kinder lieben Märchen zum Einschlafen.*

Auch viele Erwachsene mögen Geschichten. Aber eigentlich sollte man gerade in der Politik Abstand davon nehmen, Märchen zu erzählen. Im Zuge der Arbeiterkammerwahl 1979 hat der ÖAAB aber eine kreative Methode gefunden, mit dem Medium Märchen im Wahlkampf auf eine originelle Art und Weise Politik zu vermitteln.

„Das Märchen von den roten Häusern“ erzählte in Form einer Broschüre, die an Funktionäre und Interessierte verteilt wurde, über ein fernes Land, in dem viele Häuser mit rotem Anstrich und ohne Fenster und Türen zu finden waren. Diese Häuser waren dementsprechend alles andere als einladend, geschweige denn transparent. Darin lebten Menschen, die sich „Genossen“ nannten und so rot waren wie die Häuser selbst. Eines Tages fanden die vorbeigehenden Menschen eine Leiter und stiegen auf eines der Dächer, von dem aus sie hinter die roten Mauern sehen konnten. Was sie dort erblickten, bereitete ihnen wenig Freude: Funktionäre ohne Funktion, die sich nur noch um sich selbst kümmerten. Aber eines der Häuser war bunt und ließ durch seine offenen Fenster frischen Wind und interessierte Blicke hinein. In Vorarlberg, so wurde dieses Haus genannt, trug der Präsident schon seit fünf Jahren nicht mehr rot. Bertram Jäger hieß er, und er brachte Leben in die alten Gemäuer. Frischer Wind und besserer Service sollten auch in den anderen Häusern durch eine einfache Formel erreicht werden: „Öfter die Arbeiter und Angestellten zu Befragen“. Das Kürzel „ÖAAB“ erinnerte passenderweise an den Herausgeber der Broschüre.



Es war einmal ein Land, in dem standen eine Menge rätselhafter roter Häuser, aber die Leute gingen jahraus, jahrein daran vorüber, achtlos und ohne sonderliches Interesse, denn sie hatten sich schon daran gewöhnt, daß sie einfach so dastanden. Und doch waren es ganz besondere Häuser, denn sie hatten weder Fenster noch Türen und kein Rauch stieg aus dem Kamin. Überdies waren sie ganz in einer einzigen Farbe gehalten: rotes Dach, rote Mauern, rotes Fundament. Und was das Seltsamste war: keiner ging hinein, keiner kam heraus.

Neun solcher Häuser standen im Land verstreut, aber niemand wußte zu sagen, für wen sie bestimmt waren und was darin vorging, oder weshalb sie so völlig rot waren und alle gleich, ohne Fenster und Türen. Darüber wunderten sich denn doch manche Leute und meinten, daß so großmächtige Häuser, von denen man nicht einmal weiß, wozu sie gut sind, gar nicht in die Landschaft paßten.

Andere aber wußten zu berichten, daß man im Westen des Landes, jenseits des großen Arlberges, vor Jahren ein solches Haus völlig umgebaut hatte. Das strahlte jetzt in frischem Grün, denn ein Jäger wohnte darin, und es hatte Fenster, durch die man hinein - und auch heraussehen konnte. Türen, die jedermann offen-



Wie das Märchen endete auch die Kampagne glücklich. Der ÖAAB gewann triumphal, in sechs Bundesländern wurden Zugewinne erzielt. Fünf Jahre später, bei der nächsten Arbeiterkammerwahl im Jahr 1984, sollte ein weiteres rotes Haus einen neuen Anstrich bekommen: In Tirol konnte der ÖAAB erstmals die Mehrheit erreichen. ■

standen, der Kamin rauchte und das ganze Haus war voller Leben.  
Das sprach sich schließlich herum und da wurden die Bürger neugierig zu erfahren, was wohl in den großen, roten, verschlossenen Häusern eigentlich vor sich ging.  
„Man darf doch nicht vergessen, jeder, der hierzulande für einen anderen arbeitet, zahlt einen erklecklichen Batzen Geld für diese Häuser – da werden wir doch auch einmal nach dem Rechten sehen dürfen!“ sagte einer und die anderen stimmten ihm lebhaft zu. Ein paar beherzte Männer holten Leitern herbei und gemeinsam stieg man ihnen aufs Dach, schob ein paar rote Ziegel weg und deckte alles auf, bis man fast ins Innere schauen konnte.  
Und die Bürger staunten nicht schlecht als sie schließlich den richtigen Einblick gewonnen hatten. Da saßen viele rote Gestalten herum, kleinere und größere und manche waren so mächtig aufgetrieben, daß sie sich gar nicht mehr bewegen konnten. Die blinzelten nun erschrocken, weil plötzlich Licht ins Haus kam, und fühlten sich sehr gestört in ihrer Ruhe.  
„He, was steigt ihr uns da aufs Dach?“ riefen sie entrüstet. „Was wollt ihr? Und wer seid ihr eigentlich?“ „Oh, nichts Besonderes! Wir sind nur Menschen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen. Und weil



wir von unserem Lohn auch allemal ein Scherlein abzwacken müssen, um diese großen Häuser zu erhalten, haben wir beschlossen, darin einmal nach dem Rechten zu sehen!“ sagten die auf dem Dach umgeschwommen und blickten sich sehr genau um.  
Da bemerkten sie, daß fast alle im Haus von einer einzigen Sippe stammten. Sie nannten einander „Genossen“ und waren ängstlich darauf bedacht, keinen honnestschen, der nicht so rot wie sie ist, und obwohl es ein sehr großes Haus war, sprachen sie immer nur von ihrer „Kammer“. Die wollten sie ganz für sich allein haben und hatten sogar schon einmal versucht, Leute einzunippen, die nichts Schlimmeres angestellt hatten, als für einen Verwandten zu arbeiten!  
Bei genauerem Hinsehen sah man in den Ecken zwar auch ein paar andere Farben, aber von denen waren viel zu wenige vorhanden, als daß man ihre Stimmen stark genug hätte vernahmen können.  
Das alles mißfiel den Bürgern sehr und sie sagten: „Ihr habt eine rote Mauer gebaut und euch dahinter eingeschaut. Aber was soll uns das nützen? Diesen Auftrag habt ihr gewiß nicht von uns bekommen!“ Die roten Gestalten schwingen betreten und zupfen nervös an ihren roten Roben.  
„Was ist Eure Aufgabe, Euer Auftrag?“ fragten die



Bürger weiter, „seid ihr nicht Funktionäre? Was ist Eure Funktion?“  
Da stellte sich heraus, daß das keiner mehr so recht wußte. Alte Follanten wurden geholt – da stand es, in alten Zeiten hatten sie große Aufgaben gehabt, in den Zeiten, als die Fabriken gebaut wurden und die, die bei anderen im Sold standen, schwach waren und Hilfe brauchten, um für ihre Rechte zu kämpfen.  
Damals hatten, wie sich ältere erinnern konnten, diese Häuser auch noch offene Fenster und Türen gehabt! „Ja, brauchen wir denn heute keine Hilfe mehr von Euch?“ fragten die Bürger.  
„Steht in den Gesetzen denn nicht, daß ihr uns schützen sollt, wenn man zu hohe Steuern von uns verlangt, daß ihr uns helfen sollt, uns weiterzubilden, uns beraten sollt, wenn es um unser Recht geht und um unsere Arbeitsplätze?“  
Hoffen sollt ihr uns – nicht uns beherrschen!“ Die Bürger waren richtig in Zorn geraten.  
„Doch was tut ihr? In den Logen sitzen, bechern und vibrieren und mächtig über dem Land thronen! Wäre es nicht besser für alle, wenn Eure Häuser wieder offene Fenster und Türen hätten und Licht herein käme und neue Bewohner mit neuen Ideen, auch wenn sie nicht von Eurer Sippe sind?“



Wäre es nicht besser, Oher die Arbeiter und Angestellten zu befragen, welche Sorgen und Probleme sie haben und ihnen zu helfen?“  
So sprachen die Bürger.  
Und am zehnten und elften Tage des Monats Juni anno 1979 hörten Funken durch das ganze Land.  
„Bürger, wach!“  
An Euch ist es, zu wählen, ob diese Häuser, die Euch gehören, weiter rot und mächtig, aber unnahbar Eure Landschaft beherrschen sollen, oder ob sie offen stehen und Euch nützlich sein sollen! Da neue Leute frische Farben in die Häuser bringen und dafür sorgen sollen, daß diese Häuser wieder ihre fest vergessenen alten Aufgaben und auch neue Pflichten Euch allen gegenüber erfüllen!“  
Man wählte und wählte unter allen die Besten, um frisch ans Werk zu gehen.  
Alle Häuser im ganzen Land wurden wieder bunt und freundlich, Fenster und Türen taten sich auf, Gesprächchen und Begegnungsküme entstanden. Mit den neuen Hausbewohnern kamen auch die allseitige-



sessenen Kammerherren wieder in Schwung und besannen sich ihrer Aufgaben.  
Sie dachten darüber nach, wie man für die arbeitenden Bürger mehr Wohlstand und Gesundheit erreichen könnte, kümmerten sich um Wohnprobleme und Bildung, halfen Rechtsunkundigen und in Noth Gerathenen und berieten sie, was sie kaufen und wie sie sich versichern sollten.  
Es wehte ein frischer Wind durchs Haus und man begann wieder, wie in alten Zeiten, die Häuser und ihre Bewohner gerne zu besuchen, weil sie nun wieder offen, hilfreich und nützlich waren und die Bürger wußten, daß man ihnen helfen wollte.  
Und so patzten sie plötzlich wieder in unsere schöne Landschaft.  
Ein Märchen?



Ende der Weltgeschichte

... nur gut - alles gut:

helfen  
statt herrschen  
öäöb!



***Zum ersten Mal***

## **EINKAUFEN AM 8. DEZEMBER**

Offene Geschäfte am 8. Dezember. Das war im Jahr 1984 alles andere als selbstverständlich. Im Gegenteil: Das war ein handfester Eklat – und sorgte für die erste und bisher einzige Verurteilung eines Landeshauptmanns durch den Verfassungsgerichtshof.



Landeshauptmann Haslauer senior und Landeshauptmann Haslauer junior.

Ausgangspunkt dafür war Salzburg. Landeshauptmann Wilfried Haslauer senior, Vater des derzeitigen gleichnamigen Landeshauptmanns, ließ am 8. Dezember, dem Marienfeiertag, die Geschäfte aufsperrern. Den Landtag wusste er hinter sich, dort hatte er die absolute Mehrheit. Die Handelskammer und die Geschäftsleute waren dankbar, Kirche und Gewerkschaften übten Kritik. Auch die rot-blaue Bundesregierung in Wien stellte sich gegen das Vorhaben, der SPÖ-Sozialminister Alfred Dallinger untersagte den Schritt per Weisung.

Und so kam es zu einer Premiere: Zum ersten und bisher einzigen Mal wurde ein Landeshauptmann vom Verfassungsgerichtshof verurteilt. Eine „geringfügige Rechtsverletzung“ hat dieser festgestellt. Zu wenig, um sein Amt zu verlieren. Haslauer blieb nach diesem Urteil im Juni 1985 noch vier Jahre lang Landeshauptmann.

Elf Jahre nach Haslauer's Initiative einigten sich die Sozialpartner schließlich auf die Ladenöffnung am 8. Dezember, seit 1995 ist der Marienfeiertag auch ein Einkaufstag. ■



Landeshauptmann Haslauer auf dem Weg zum Verfassungsgerichtshof.

## *Hainburger Au*

# UMWELTSCHUTZ SETZT SICH DURCH



Frühjahr 1984: Pressekonferenz der Tiere.

Es war ein ungewöhnlicher Zeitpunkt für einen Baubeginn: im Winter, mitten im Dezember. Zu Ende des Jahres 1984 wollte die Österreichische Donaukraftwerke AG keine Zeit verlieren beim Start dieses „bevorzugten Wasserbaus“. Ja, ein Kraftwerk in der Hainburger Au – das war aus Sicht der Versorgungssicherheit jedenfalls von öffentlichem Interesse. So sah es auch die damalige Regierung unter SPÖ-Kanzler Fred Sinowatz. Doch sie hatte dabei eines unterschätzt: Den Umweltgedanken, der stetig an Wert zunahm und immer größeren Teilen der Bevölkerung zum Anliegen wurde. Es hat zwar einige Zeit in Anspruch genommen, ehe die Kampagne des WWF gegen diesen Kraftwerksbau die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger erhielt – dann dafür mit umso größerer Kraft.

Denn es war nicht nur die legendäre Besetzung der Hainburger Au, die den Ausschlag für ein Umdenken auf Regierungsseite gab. Auch das erfolgreiche Konrad-Lorenz-Volksbegehren gegen den Kraftwerksbau trug dazu bei. Und die legendäre „Pressekonferenz der Tiere“ unter Beteiligung von Vertretern aller Parteien – seitens der Volkspartei der damalige JVP-Bundesobmann Othmar Karas und der damalige Wiener Stadtrat Jörg Mauthe – sorgte für großes

mediales Echo. So musste Bundeskanzler Sinowatz letztlich unter größer werdendem öffentlichen Druck am 22. Dezember 1984 noch einen vorläufigen Baustopp verhängen. Doch danach folgte eine lange politische und juristische Debatte, ehe der Verwaltungsgerichtshof am 1. Juni 1986 den Wasserrechtsbescheid für das geplante Kraftwerk aufhob.



Dezember 1984: Umweltschützer besetzen die Hainburger Au, um die Rodung des Auwaldes zum Bau eines Kraftwerks zu verhindern.

Nachdem die Volkspartei 1987 wieder Teil der Bundesregierung war, wurden die Überlegungen zum Erhalt der Hainburger Au intensiviert. Eine logische Folge des Kurses der Ökosozialen Marktwirtschaft, den Vizekanzler Josef Riegler prägte und der Volkspartei 1995 schließlich ins Grundsatzprogramm schrieb. Ein erstes sichtbares Ergebnis des Umweltgedankens in der Volkspartei war die Einigkeit der Regierungsmitglieder, die Hainburger Au zum Nationalpark zu machen. Versammelt in einer Zille bei Haslau an der Donau gaben Umweltministerin Marilies Flemming, Landwirtschaftsminister Franz Fischler, Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel, Vizekanzler Josef Riegler und der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Erwin Pröll dieses

Ziel aus. Eine Erklärung, die zweifellos eine Wende markierte – und dem wachsenden Stellenwert des Umweltschutzes in der österreichischen Politik deutlich Rechnung trug.

Mit der Unterzeichnung eines 15a-Vertrags zwischen Bundesregierung und den Ländern Wien und Niederösterreich am 27. Oktober 1996 wurde der Nationalpark Donau-Auen schließlich Realität.

11.500 Hektar Fläche sind seither als Naherholungsgebiet und Lebensraum für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt geschützt. Und Österreichs Demokratiegeschichte ist um eine prägende Episode reicher. ■

# *Vom* GULASCH OHNE SAFT ...

## *... zur selbstbewussten politischen Kraft*

Wenn es um die Rolle Niederösterreichs im politischen Konzert geht, sind sich die meisten Kommentatoren einig: Das Land und seine prägenden Persönlichkeiten zeichnen sich durch Selbstbewusstsein aus – und leben dieses Selbstbewusstsein in Verantwortung für das Bundesland und die Republik im Ganzen. Und doch hat es in der Zweiten Republik einen Zeitabschnitt gegeben, in dem auch im Selbstverständnis des größten Bundeslandes etwas fehlte. Heutzutage würde man es einen eigenen „Knotenpunkt“ nennen – einen Ausgangs- und Mittelpunkt, in dem alle Fäden zusammenlaufen. Und gerade wenn es an so etwas Grundlegendem wie einer eigenen Hauptstadt fehlt, dann betrifft das die Identität eines Landes. Vor allem, wenn das eigene „Ersatzzentrum“ – für manche traditionell selbstbewussten Bundesländer im Westen unvorstellbar – ausgerechnet in Wien liegt.

Niederösterreichs ehemaliger Landeshauptmann Siegfried Ludwig hat diesen Umstand trocken wie treffend mit einem Gulasch ohne Saft verglichen. Weil das eine große Mehrheit seiner Landsleute ebenso gesehen hat, wurden nach mehreren Anläufen – bereits unter Landeshauptmann Andreas Maurer hat es konkrete Überlegungen dazu gegeben, die aber am Widerstand der SPÖ scheiterten – im Jahr 1986 Nägel mit Köpfen gemacht: In einer Volksbefragung wurde St. Pölten als eigene Landeshauptstadt hervorgebracht.

Als zehn Jahre später die Übersiedlung mit der Eröffnung des Landhauses in St. Pölten ihren Höhepunkt erreichte, unterstrich der damalige Landeshauptmann Erwin Pröll die historische Tragweite dieser Entscheidung für das Land: *„Mit der größten Übersiedlung in der Geschichte der österreichischen Bundesländer wurde ein neues Kapitel in der Entwicklung Niederösterreichs aufgeschlagen, hat das Land ein neues Selbstbewusstsein bekommen.“* Auf diesem neuen Selbstbewusstsein aufbauend hat sich

Niederösterreich vom Land um Wien zur Region im Herzen Europas entwickelt. Als Wissenschafts- und Forschungsstandort, als Kultur- und Tourismusregion, als Arbeits- und Wirtschaftsraum. Als Heimat mit großer Lebensqualität, die auf einem festen Wertefundament steht. Bei dieser Entwicklung war gerade die enge Zusammenarbeit innerhalb der Volkspartei entscheidend. Wenngleich auch in der Folge des Umzugs der Volkspartei Niederösterreich aus dem Wiener-Dreieck von Palais NÖ, Landesparteizentrale und Bundesparteizentrale ins St. Pöltner Landhausviertel die räumliche Distanz zur Bundespartei gewachsen sein mag, die persönliche Nähe und den guten Draht hat sich die niederösterreichische Volkspartei bewahrt.



Die Volkspartei Niederösterreich feiert gemeinsam mit Sebastian Kurz den Wahlsieg bei der Landtagswahl 2018.

Weil man in Niederösterreich der Überzeugung war und ist, dass man durch Zusammenstehen mehr erreichen kann. Durch Selbstbewusstsein und Demut vor der eigenen Aufgabe. Denn wenn die letzten 75 Jahre eines gezeigt haben, dann, dass man nichts geschenkt bekommt. Dass nur harte Arbeit und Zusammenarbeit zum Erfolg führen. Und klar ist: Erfolg ist planbar – von der Landeshauptstadt bis zu Wahlen im Land. Nur wenn man nichts dem Zufall überlässt, ist alles möglich. Das hat auch der gemeinsame Weg für Niederösterreich und Österreich gezeigt – ein gemeinsamer Weg, auf den man im Land heute stolz ist. Genauso wie auf die Entwicklung des Landes und der Parteiorganisation. Denn die Volkspartei Niederösterreich ist auf allen Ebenen

fest verankert – im ländlichen Raum und in den Städten, vom Gemeinde- bis zum Nationalrat. Man spürt es in der täglichen Arbeit und sieht es an den Wahlergebnissen. Die Volkspartei Niederösterreich und die Österreichische Volkspartei waren immer dann stark, wenn sie am selben Strang gezogen haben. Wenn sich die gute Partnerschaft in gemeinsamer Kraft geäußert hat.

Diese Erfolgsformel gilt 2020 wie 1945. Von Leopold Figl und Julius Raab, Andreas Maurer und Siegfried Ludwig bis zu Erwin Pröll und heute Johanna Mikl-Leitner haben sie Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher im Land, in der Republik und in der Partei geprägt. Und gerade heute steht unter Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner das Miteinander und eine selbstbewusste Partnerschaft auf Augenhöhe im Mittelpunkt. Mit dem Vertrauen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ausgestattet und einer absoluten Mehrheit gleich beim ersten Antritt bei der Landtagswahl 2018 hinter sich, stellt dabei die Landeshauptfrau im Land gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz im Bund einen neuen politischen Stil in den Vordergrund, der auch nicht auf unsere grundlegenden Werte vergisst. *„Denn der Zusammenhalt zwischen der Volkspartei im Land und im Bund war und ist die beste Basis, um auch in den kommenden Jahren erfolgreich zu sein. Gut, dass dieses Miteinander heute stärker denn je ist“*, so Mikl-Leitner. ■

# „JÖSSAS, A WEIB!“

## *Die Partei der Pionierinnen*

Im Jahr 1986 nominierte die Volkspartei mit Marga Hubinek erstmals eine Frau für das Nationalratspräsidium. Der frauenpolitische Diskurs war in vollem Gange, Emanzipation in aller Munde. Und gerade seine Partei war, zumindest medial, stets vorn dabei. Doch der damalige ÖGB-Präsident und Nationalrat Anton Benya konnte sich seinen grantelnden Kommentar nicht verkneifen und keifte: „*Jössas, a Weib!*“

Politisch korrekt war das schon damals nicht – doch zeigt die Aussage den Zeitgeist des vergangenen Jahrhunderts. Für Frauen war der Weg in die politischen Führungsebenen steinig. Doch es gab sie, die Pionierinnen, die sich dieser Herausforderung stellten. Und eine Partei, die sie nicht mit schönen Worten, sondern mit konkreten Taten unterstützte. So ist der Volkspartei eine Reihe von Vorbildern, von Pionierinnen, zu verdanken, die den Weg ebneten für die selbstverständliche Beteiligung von Frauen am politischen Prozess auf allen Ebenen.

Mit der Volkspartei-Politikerin Grete Rehor (1910–1987) wurde 1966 erstmals eine Frau Ministerin. Eine ehemalige Textilarbeiterin, Kriegswitwe, Gewerkschaftssekretärin, erprobte Parlamentarierin, jahrzehntelanges Mitglied des Sozialausschusses – sie war keineswegs ein unbeschriebenes Blatt im politischen Getriebe. Unter Rehor stieg das Sozialbudget von 1965 bis 1970 um 66 Prozent und die reale Erhöhung der Pensionen betrug 22 Prozent – ein Ausmaß, das seither nie mehr erreicht wurde. Zu recht gilt sie als eine der größten Pionierinnen in der Frauenpolitik.



Grete Rehor

Der Frauenbund in der Volkspartei wurde zeitgleich mit der Partei im Jahr 1945 gegründet. Eine prägende Anführerin des Bundes war die Lehrerin und Schuldirektorin Lola Solar (1904–1989). Von 1949 bis 1970 war sie Nationalratsabgeordnete, ab 1945 niederösterreichische Landesleiterin und ab 1950 schließlich Bundesleiterin der Frauenbewegung.

Sie setzte eine Statutenreform durch, die ihre Organisation als gleichberechtigten Bund in der Volkspartei anerkannte. Auch wenn sie nicht zu den Lauten in der Partei zählte, hat sie inhaltlich vieles auf den Weg gebracht, auch auf europäischer Ebene. Sie prägte als eine der ersten die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.



Maria Schaumayer

Unverwechselbar und unvergessen ist Maria Schaumayer (1931–2013). 1990 sorgte ihre Bestellung zur Präsidentin der Oesterreichischen Nationalbank weltweit für Aufsehen. Bis dahin gab es in keinem Land der Welt eine Frau in dieser Funktion. Die junge Maria Schaumayer war nach ihrem Jus- und Wirtschaftsstudium bereits Managerin der Creditanstalt, ehe ihr Weg sie in die Politik führte. 1965 wurde sie amtsführende Stadträtin in Wien und stellte in acht Jahren Amtszeit mit ihrem Witz, ihrer Intelligenz und festen christlich-sozialen Grundwerten rasch klar, dass ihr von der Wiener SPÖ kaum jemand das Wasser reichen konnte. Bis 1982 noch gehörte sie dem Wiener Landtag an. Die couragierte Dame mit einem einzigen Laster, den Zigaretten, machte ihre weitere Karriere bei der heutigen OMV, ehe sie fünf Jahre lang die Nationalbank leitete.



Marga Hubinek

Und dann war da eben noch Marga Hubinek (1926–2016), die noch Mitte der 1980er-Jahre Anton Benya irritierte. Dabei war sie zum Zeitpunkt ihrer Nominierung für das Amt der Zweiten Nationalratspräsidentin schon eine erfahrene Politikerin, die jahrelang im Wiener Gemeinderat die Volkspartei vertrat, sich im Akademikerbund und im ÖAAB engagierte. Mit Charme und Zähigkeit begegnete sie dem doch noch etwas robusten Klima im männlich geprägten Nationalrat und bahnte so der nächsten Generation von Volkspartei-Politikerinnen den Weg: Maria Rauch-Kallat etwa, oder Sonja Moser, Marilies Flemming, Cordula Frieser, Helga Rabl-Stadler, Ruth Feldgrill-Zankel, Johanna Mikl-Leitner und vielen anderen, die aus der heutigen Volkspartei nicht wegzudenken sind.

Auch der erste weibliche Landeshauptmann kam aus den Reihen der Volkspartei: Waltraud Klasnic in der Steiermark. Es war eine wahre Sensation damals, als die „Trümmerfrau“ nach Verlust der absoluten Mehrheit 1996

„aufräumen“ musste. Die aus ärmlichsten Verhältnissen stammende Transportunternehmerin war schon ab 1977 Bundesrätin gewesen. Als erste Landeshauptfrau hinterließ sie bleibende Spuren: Sie kämpfte unter anderem für den Semmering- und den Koralmtunnel, meisterte das schwere Grubenunglück 1998 in Lassing einfühlsam und höchst professionell.

Was Anton Benya wohl heute sagen würde, wo die Volkspartei ein Reißverschlussystem bei Nationalratswahlen verpflichtend eingeführt hat, so viele Frauen wie noch nie im Nationalratsklub hat und in der türkisen Regierungsmannschaft gleich viele Frauen wie Männer sind? Vielleicht hätte auch er im Laufe der Zeit seine Meinung noch geändert. ■

# *Die Geburtsstunde der* **ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT**



Josef Riegler ist der Erfinder der Ökosozialen Marktwirtschaft.

St. Peter ob Judenburg bekam 1987 hohen Besuch: Der Agrarkommissar der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG), der Niederländer Frans Andriessen, gab sich die Ehre. Eingeladen worden war er von Josef Riegler, damals frisch zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft berufen. Lokale Bauernhöfe und Ställe besuchte der Kommissar, die harte Arbeit der Bergbauern sollte er unmittelbar erleben, dörfliches Leben mit all seinen Emotionen bis hin zu einem lokalen Fußballspiel in eigener Anschauung kennenlernen.

Hinter der Aktion standen entscheidende Fragen für Österreich: Wie könnte es gelingen, den im fernen Brüssel tätigen Mitgliedern der Europäischen

Kommission die kleinteilig strukturierte österreichische Landwirtschaft verständlich zu machen? Wie könnte Politikern aus „den flachen Ländern“ mit industriell-agrarischer Produktion überzeugend vermittelt werden, dass das bäuerliche Leben und Arbeiten im Alpenraum und im Alpenvorland etwas Besonderes ist, eine eigenständige Kultur? Diese Fragen stellte sich Josef Riegler, als er 1987 zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft berufen wurde. Und fand die Antwort in dieser keineswegs selbstverständlichen Einladung an sein Pendant auf europäischer Ebene.

Persönlicher Einsatz für die Bauern und den ländlichen Raum charakterisierten Rieglers Amtsverständnis, als mit ihm nach 17 Jahren sozialdemokratischer Minister wieder ein Politiker der Österreichischen Volkspartei sich um die Landwirtschaft kümmerte. Unter den Bauern hatte sich wegen der SPÖ-Agrarpolitik, die den ländlichen Raum stiefmütterlich behandelte, erhebliche Wut aufgestaut und Verzweiflung verbreitet.

*„Wir müssen die Bauern aus der Verzweiflung holen“, erklärte Josef Riegler den Mitarbeitern seines Kabinetts. Doch mit Geld allein werde das nicht zu machen sein. „Wenn die Landwirtschaft weiterhin eine bedeutsame Rolle erfüllen soll, müssen wir Landwirtschaft und Umwelt als Einheit und nicht als Gegensätze betrachten“, gab Riegler als Leitlinie aus.*



Riegler's ordnungspolitischer Meilenstein der Ökosozialen Marktwirtschaft kam vor allem durch seine vorherige Beschäftigung mit dem Konzept der ökosozialen Agrarpolitik zustande. Dieses Konzept hatte er 1987 zum Auftakt seiner Tätigkeit als Landwirtschaftsminister entwickelt. Er konnte hierbei vor allem auf seine jahrelange Erfahrung als Bauernbund-Direktor und das gemeinsame Projekt mit Ernst Schreiber zu „Lebenschancen im ländlichen Raum“ zurückgreifen. Weitere Erfahrungen hatte er in seiner Funktion als Landesrat in der Steiermark gesammelt. In dieser Zeit erkannte er vor allem durch seine Zuständigkeit für den Umweltschutz, dass Unternehmen wirksame, also betriebswirtschaftliche Anreize brauchen, um umweltschonend zu handeln. Zugleich dem sozialen Ausgleich und der Hilfe für Schwache verpflichtet, formulierte Riegler so die Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit der drei Ziele wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Ausgewogenheit und Ökologie im Sinne eines umfassenden Umweltschutzes. Es folgte ein Leitantrag zur Ökosozialen Marktwirtschaft, der am sogenannten Zukunftsparteitag der Volkspartei am 24. und 25. November 1989 vorgelegt und beschlossen wurde.

Ein weiterer Meilenstein war das Bekenntnis der Volkspartei zur Ökosozialen Marktwirtschaft am 30. ordentlichen Parteitag, der am 22. April 1995 in Wien stattfand. Dort wurde das Konzept in das Grundsatzprogramm der Volkspartei aufgenommen.



Willi Molterer und Josef Riegler kämpften gemeinsam für die nachhaltige Ökologisierung der österreichischen Landwirtschaft.

Es dauerte nicht lange, bis die Beschäftigung mit diesem Konzept internationale Aufmerksamkeit erhielt. So war es bereits im Jahr 1990, als die Europäische Demokratische Union (kurz EDU) auf Initiative ihres Vorsitzenden, Alois Mock, eine Arbeitsgruppe zur Ökosozialen Marktwirtschaft einrichtete. Diese Arbeit der EDU gipfelte in der Parteiführerkonferenz 1991 in Paris, als die Ökosoziale Marktwirtschaft von 38 Mitgliedsparteien aus 23 Ländern als ordnungspolitisches Modell angenommen wurde.

Alle wesentlichen Institutionen – von den Vereinten Nationen bis zur Europäischen Union und der Weltbank – vertreten heute das Programm einer „Green and Inclusive Economy“. Damit ist das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft auf der globalen Ebene angekommen. ■



Christoph Leitl engagierte sich schon in den 1980er Jahren für Österreichs EU-Beitritt.

## *Voll für den Beitritt*

# DIE JUNGEN PRESCHEN VOR

In der Stahlstadt Linz hat sich die Junge Industrie unter ihrem damaligen Obmann Christoph Leitl am 10. November 1987 zur Bundestagung eingefunden. Keine Tagung wie jede andere – wurde doch eine weitreichende und damals alles andere als alltägliche Forderung aufgestellt: der Vollbeitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft (EG).

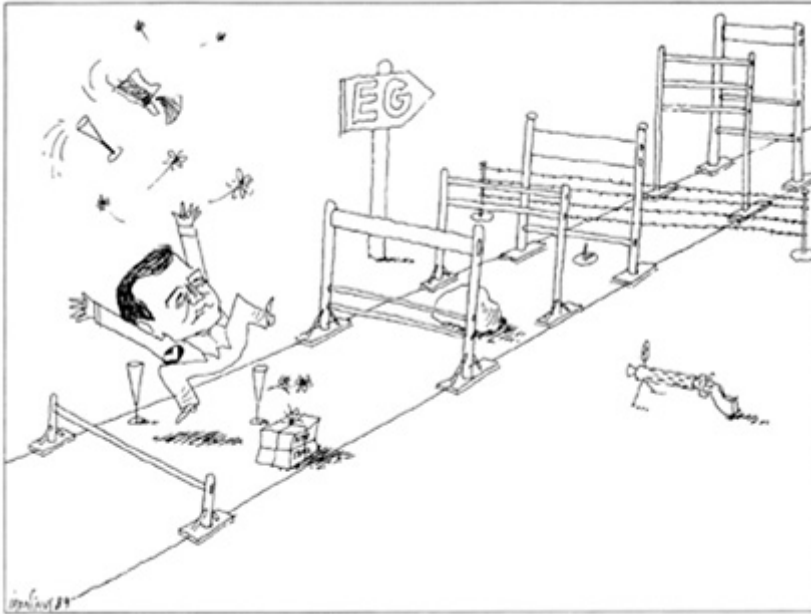
Während manche Teile der Wirtschaft einen Beitritt noch abwartend beurteilten, war Leitl mutig vorgeprescht.

Auch Othmar Karas, damals JVP-Obmann und heute Vizepräsident des Europäischen Parlaments, sowie Johannes Hahn, damals internationaler Sekretär der JVP und heute EU-Kommissar, machten in Sachen Beitritt Stimmung.

Der langjährige Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl ist dem europäischen Projekt treu geblieben: Er setzt sich als Präsident des europäischen Wirtschaftskammernetzwerks Eurochambres für ein wettbewerbsfähiges Europa ein.

Ein großer Erfolg für Österreichs exportorientierte Wirtschaft war die Einführung des Euro. Auch dabei hat Leitl Weitsicht bewiesen. ■

# DER BRIEF NACH BRÜSSEL



EG-Marathon (1989): Noch steht der lange EG-Hürdenlauf bevor, doch Alois Mock jubelt, der Startschuss ist gefallen, der Brief nach Brüssel mit dem Beitrittsansuchen abgegeben

Im Juni 1989 herrschte beständiger reger Botenverkehr – E-Mail gab es noch nicht – zwischen den Kabinetten des Bundes- und des Vizekanzlers sowie des Außenministers quer durch den Steinsaal des Bundeskanzleramtes. Von nebeneinander gelegenen Räumen aus telefonierte die Regierungsspitze miteinander, ehe man sich in der Mitte des Gebäudekomplexes Ballhausplatz 2 zur Sitzung des Ministerrates traf.

***Die Anspannung war spürbar.***

Für Alois Mock – Außenminister und Volkspartei-Obmann – sollten die jahrelangen Bemühungen für einen Beitritt Österreichs zur „Europäischen Gemeinschaft“ endlich Früchte tragen. Doch zuvor musste ein gemeinsamer Entwurf der Regierung für das Beitrittsgesuch nach Brüssel erarbeitet werden.

Zwischen SPÖ und Volkspartei wurde für den wichtigen Brief um Formulierungen gerungen. Die Volkspartei war der Treiber, Mock drängte:

„Jetzt, jetzt, jetzt!“ Doch Kräfte in der SPÖ bremsten Bundeskanzler Franz Vranitzky. Mehrmals wurde der Beschluss über den Brief in diesem Juni 1989 auf die Tagesordnung des wöchentlich tagenden Ministerrates gesetzt – und sogar noch am Morgen vor dem Ministerrat wieder entfernt.

Ende Juni wurden schließlich die Weichen gestellt: Am 28. Juni 1989 haben die Regierungsparteien SPÖ und Volkspartei vereinbart, den Weg nach Europa zu gehen. Mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der FPÖ wurde tags darauf im Nationalrat ein Entschließungsantrag angenommen, Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften (EG) über eine Mitgliedschaft Österreichs aufzunehmen. Und endlich: Am 4. Juli 1989 fiel der hart erarbeitete Beschluss über das Beitrittsgesuch im Ministerrat. Am 17. Juli 1989 war dann der große Tag gekommen. Für Alois Mock war es ein Höhepunkt seiner politischen Arbeit, als er als Frucht seiner jahrelangen Bemühungen das Beitrittsgesuch an den damaligen Ratspräsidenten, den Franzosen Roland Dumas, übergeben konnte. Doch Dumas reagierte verhalten, hielt die Begegnung kurz und nüchtern. Eine Kränkung für den frankophilen Alois Mock, der stets glühender Europäer war.

„Das Interesse der alten Mitglieder an einer Erweiterung der Gemeinschaft war damals nicht sehr ausgeprägt“, formuliert Franz Fischler im Rückblick diplomatisch.



Jahrelang verhandelte Alois Mock mit der SPÖ, bis er das EU-Beitrittsgesuch übergeben konnte.

Wie wenig ausgeprägt, das zeigte sich auch an der langen Wartezeit auf eine Antwort aus Brüssel. Zugegeben, auch die Österreicher hatten einige Wochen in den Entwurf des Briefes investiert. Doch die „alten Mitglieder“ der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ließen sich dafür gleich zwei Jahre Zeit. Erst am 31. Juli 1991 verabschiedete die Kommission ihre Stellungnahme. Aber auch dann sollte es nicht zu schnell gehen. Der Beginn der Beitrittsverhandlungen wurde mit 1. Februar 1993 angesetzt.

Hätte Österreich nicht schon in den 1980er-Jahren seinen Beitrittsantrag gestellt, hätte es wohl zehn Jahre länger bis zum Beitritt gedauert. Viele Entscheidungs- und Mitsprachemöglichkeiten hätten Österreich damit gefehlt. Dass es nicht so weit kam, war in weiten Teilen das Verdienst Alois Mocks. Er war es, der stets auf eine Europa- und Integrationspolitik drängte. Die Integration in Europa war stets programmatisches Ziel der Volkspartei, die dieses Ziel auch in das Regierungsprogramm von 1987 einbrachte. Ab dann wurde es aber schwierig: Österreichs Verpflichtung zu immerwährender Neutralität galt als ein rechtliches und politisches Hindernis für den Beitritt. Diese Bedenken wurden erst Jahre später zerstreut und klar festgehalten, dass eine EG-Mitgliedschaft Österreichs unter Aufrechterhaltung seiner dauernden Neutralität grundsätzlich möglich wäre. Durch eine Regierungsumbildung hatte

die Volkspartei vor dieser Einigung frischen Wind in die Koalition gebracht: Wolfgang Schüssel als Wirtschafts-, Franz Fischler als Landwirtschafts- und Erhard Busek als Wissenschaftsminister brachten fachliche Expertise und politische Dynamik in die Regierung. Auch wenn das übliche innenpolitische Tauziehen dennoch in die Verlängerung ging, stellte die Volkspartei in diesen Tagen die Weichen für Österreichs Weg in die EU – gerade rechtzeitig! ■

# *Das* **BILD VOM ENDE DES EISERNEN VORHANGS**

*90 TV-Stationen drängten bei einer Pressekonferenz im Juni 1989 um die besten Plätze.*

Im Rampenlicht: Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn. Wenige Minuten zuvor hatten die beiden Politiker jenen Stacheldraht durchtrennt, der ihre beiden Länder über Jahrzehnte getrennt hatte: Den Eisernen Vorhang.

Dabei war dessen Abbau ohnehin längst im Gange. Seit Mai schon waren die Grenzsoldaten damit beschäftigt, den Grenzzaun nach und nach zu beseitigen. Daraus machte Ungarn auch kein Geheimnis. Doch den Medien schien das Ereignis nicht interessant genug – sehr zum Ärger eines österreichischen Fotografen. Bernhard Holzner hätte eines seiner zahlreichen Bilder von der Demontage des Stracheldrahts entlang der österreichisch-ungarischen Grenze gerne in den heimischen Zeitungen gesehen. Oft monierte er bei Minister Alois Mock, den er häufig als Fotograf zu Terminen begleitete, und dessen Kabinett das mangelnde Interesse der Medien an diesem geschichtsträchtigen Motiv. Dabei war er nicht um eine Idee verlegen, wie das zu ändern wäre: Die beiden Außenminister aus Österreich und Ungarn selbst müssten den Eisernen Vorhang beseitigen, um das Ereignis in die Medien zu bringen.

Bei vielen arrivierten Diplomaten erntete er für diesen Vorschlag nur verständnisloses Kopfschütteln. Warum sollte ein österreichischer Außenminister etwas wegräumen, was Österreich gar nicht hingestellt hatte? Doch Alois Mock und sein Kabinett sahen in diesem Foto gut die Unterdrückung der osteuropäischen Völker dargestellt. Mock selbst hatte schon in den Jahren davor enge Beziehungen zu Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern aufgebaut. Deshalb entschied man sich für einen Medientermin an der Grenze.

Am 27. Juni 1989 waren schließlich alle da: Am Grenzübergang nahe Sopron bzw. Klingenbach trafen die Delegationen aus Österreich und Ungarn aufeinander. Mit Drahtscheren machten sich die Außenminister ans Werk, den Vorhang vor den Augen unzähliger Journalisten zu durchtrennen. Doch es war schwieriger als gedacht, zumindest für Ungarns Außenminister Gyula Horn, der sich sichtlich abmühte beim Versuch, den Draht zu durchschneiden. Später erinnerte er sich durchaus amüsiert an diesen Moment: *„Ich bin mir fast sicher, dass man mir aus Jux eine besonders stumpfe Schere gegeben hatte, während sich mein Freund Mock mit seinem Werkzeug überhaupt nicht abplagen musste“*, schreibt er in seinem Buch „Freiheit, die ich meine“. Ob Tatsache oder nicht: Letztendlich war der Vorhang in gemeinsamer Anstrengung durchtrennt worden.



Gemeinsam mit seinem ungarischen Amtskollegen Gyula Horn durchschneidet Außenminister Alois Mock den Eisernen Vorhang.

Es entstand dabei ein Bild, das völlig ungeahnt zur Ikone für die Wiedervereinigung Europas wurde. Bernhard Holzners Foto ging um die Welt. Unzählige internationale Medien waren zur Pressekonferenz angereist. Die ARD-Tagesschau strahlte die Bilder im Osten Deutschlands aus. Die Folgen waren unvorhersehbar: Unzählige Ostdeutsche begriffen ihre Chance, über den

Umweg über Ungarn in den Westen zu gelangen. Der Fall der Berliner Mauer folgte nur wenige Monate später.

Für Mock war das Foto sicher ein Meilenstein, aber zugleich auch Auftrag, weiter Brücken zu bauen. Am 17. Dezember 1989 durchschnitt Alois Mock mit seinem neuen tschechoslowakischen Amtskollegen Jiří Dienstbier bei Laa an der Thaya jenen Stacheldraht, der jahrzehntelang eine tote Grenze markiert hatte. ■

# GRENZLAND IM HERZEN EUROPAS

*Lange Zeit waren sie für die Burgenländerinnen und Burgenländer ein gewohnter Anblick, wenngleich mit Bangen verbunden:*

Türme säumten die Grenze zu Ungarn, Männer mit Maschinengewehren versahen darauf ihren Dienst. Argusaugen auf die Linie gerichtet, die es 50 Jahre davor noch nicht einmal gegeben hatte.

Heute stehen sie nur mehr vereinzelt da, die ehemaligen Wachtürme. Als Erinnerung, als Mahnmal. Zwischen Mörbisch und Fertőrákos etwa, direkt am See. Bei einer Schiffsrundfahrt weist dann der Kapitän die Gäste darauf hin, erzählt vom Eisernen Vorhang und von Minen im See. In diesen Erzählungen lebt die einstige, nur schwer überwindbare Grenze weiter. Für viele Junge nicht mehr vorstellbar.

Das gilt auch für die Jungen in der Volkspartei. Sie suchten schon Mitte der 1980er-Jahre den Kontakt zu den Schwesterparteien in Europa, um sich besser zu vernetzen. Es gab viele Workshops und öffentliche Diskussionen, aber niemand sprach damals von der Mitte Europas, die schon in vielen Köpfen war.

Ein Hilfsprojekt führte die Jugendorganisationen aller Parteien im Jahr 1988 nach Rumänien. Noch bevor die Revolution gegen Nicolae Ceaus, escu, Rumäniens neostalinistischem Diktator, losgetreten wurde, wollte man Hilfsgüter und Medikamente übergeben und weitere internationale Kontakte knüpfen. Aufgehalten wurden die Jungpolitiker in der Nähe von Temeswar, dem „Steirerdorf“, vom rumänischen Sicherheitsdienst. Die Fahrt endete vorerst mit einer Nacht im Gefängnis. Nur die guten diplomatischen Kontakte halfen damals bei der Freilassung.



1989 – das Jahr der Wende: In Ungarn hatte sie sich schon leise angekündigt – „Gulaschkommunismus“ nannte man die Entwicklung und meinte damit den Sonderweg, den das Land damals schon beschritt. Mit guten Kontakten zu Österreich, mit Freiheiten für die Bürger, wie sie in anderen Ost-Staaten nicht denkbar waren. 1989 dann also die Wende. Vorausgegangen war ihr unter anderem die Erkenntnis, dass die Erhaltung des Sicherungssystems kostspielig wäre. Die ungarische Regierung beschloss den Abriss der trennenden Grenzsicherungsanlagen.

Am 2. Mai 1989 wurde mit der Demontage des Eisernen Vorhangs begonnen. Zu diesem Abriss ist vor allem ein Foto bekannt: Es zeigt die Außenminister Alois Mock und Gyula Horn bei der Durchtrennung des Stacheldrahts. Aufgenommen wurde das Bild am 27. Juni 1989.

*„Dieses Ereignis ist ein historischer Augenblick für die Ost-West-Beziehungen“*, wurde Außenminister Mock in der „Burgenländischen Volkszeitung“ zitiert – nicht wissend, dass nur drei Wochen später ein weiteres historisches Ereignis stattfinden sollte: Als am 19. August 1989 im Rahmen des „Paneuropa-Picknicks“ die Grenze bei St. Margarethen geöffnet wurde, stürmten rund 600 Bürger aus der Deutschen Demokratischen Republik über die Grenze. Ihnen sollten Zigtausende folgen. Viele Burgenländerinnen und Burgenländer halfen den Flüchtenden.

Auch die Volkspartei war aktiv, um zu helfen, und stellte 1989 im Burgenland an der Grenze federführend Tafeln auf, sodass die Flüchtlinge aus der DDR, die damals, im August 1989, die Grenze überwinden wollten, auch in der Nacht den richtigen Weg finden konnten.

Als Folge dieser Ereignisse wurden am 11. September 1989 die Grenzen für DDR-Bürger geöffnet, sodass diese ungehindert ihre Heimat verlassen konnten. Das kleine Burgenland war innerhalb von nicht einmal 40 Jahren ein zweites Mal Drehscheibe großer internationaler Ereignisse.

Mit der Neuordnung Europas wurde aus dem Burgenland, dem vielzitierten „Stiefkind an der Grenze“, plötzlich das „Bundesland im Herzen Europas“. Schon bald nach der Wende wurde am Ausbau der Beziehungen gearbeitet. Die schon 1988 zum Thema gemachte Weltausstellung Budapest/Wien wurde zwar nicht realisiert, dafür wurde 1994 die Ostautobahn als Verbindung zwischen Wien und Budapest eröffnet. 2007 wurde auch Bratislava angebunden.

1995 trat Österreich der Europäischen Union bei. Das Burgenland sollte – gerade wegen seiner Lage an der Grenze – einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren und auch Kontakte zu seinen östlichen Nachbarn knüpfen. Dass auch der EU-Beitritt der Nachbarländer wichtig sei, betonte Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Jellasitz häufig, und er hob nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung, sondern stets auch die historische Chance für Frieden in Europa hervor.

Die Konferenz von Kittsee gab 2003 den Startschuss zur Schaffung einer europäischen Region: „Centrope“, eine Region, in der „in acht Bundesländern, Selbstverwaltungskreisen und Komitaten rund sechseinhalb Millionen Menschen“ leben – Menschen in vier Staaten mit vier Sprachen. Das Burgenland liegt nun nicht mehr an einer Linie, die das Ende von Waren- und Personenverkehr bedeutet. Es liegt mitten in einer Drehscheibe zwischen den Städten Wien, Bratislava, Győr und Szombathely. Die Richtung, in die Centrope gemeinsam geht, ist klar vorgegeben: Gemeinsame, grenzübergreifende Partnerschaften bilden „die Kraftzentren einer wirtschaftlich und kulturell expandierenden europäischen Region“.

Als Mahnmale für diese Freiheit standen über Jahrzehnte die Grenztürme. Heute sieht man sie nur noch selten, am Grenzerfahrungsweg in Bildein etwa oder in Illmitz, im Nationalpark Neusiedler See. Sie gelten als stumme Zeugen der Vergangenheit, als das Burgenland ganz nah an der Grenze war, an der Grenze zwischen Ost und West. Heute liegt es im Zentrum Europas. Diese Grenze ist heute die Chance, das Burgenland in einem größeren Kontext zu sehen. Abseits vom Eisernen Vorhang und von Grenztürmen. Dennoch bleibt es die Grenzregion mit der bewegten Geschichte – und mit dem offenen Blick nach vorne hat es viele Chancen. ■



# DIE DONAU UND DIE DEUTSCHE EINHEIT

## *Ein Strom, der Ost und West verbindet:*

Mitten auf der Donau in Wien, nämlich auf dem Schiff MS Mozart, gab es im Jänner 1990 die ersten Zusammentreffen von Demokraten aus den ehemals kommunistischen Ländern mit Vertretern bürgerlicher Parteien aus Westeuropa.

Seit der Trennung Europas in Ost und West im Jahr 1945 gab es keine derartigen Treffen und Kontakte. Zumindest nicht offiziell. Die Europäische Demokratische Union (EDU), Zusammenschluss von christlich-sozialen und bürgerlichen Parteien Europas und Vorläufer der heutigen Europäischen Volkspartei, hat die Initiative ergriffen, ihr damaliger Generalsekretär, Andreas Khol, hat aufs Schiff nach Wien geladen. Unter dem Vorsitz von Josef Riegler kamen etwa der erste frei gewählte ungarische Ministerpräsident, József Antall, und der spätere slowakische Premierminister Ján Čarnogurský mit Christdemokraten aus Westeuropa zusammen. Demokratisierung war das

Thema, die Gestaltung des enormen Umbruchs nach 44 Jahren der Trennung Europas und der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa.

Beseelt vom neuem demokratischen Geist und alten europäischen Werten strotzt die Schlusserklärung vor Optimismus und gibt einen Weg vor, der schneller als erwartet von Erfolg gekrönt war: „*Wir unterstützen den Wunsch der Menschen nach Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit. Das betrifft auch die Frage der deutschen Einheit.*“ Schon am 3. Oktober desselben Jahres kam es zur Wiedervereinigung Deutschlands. ■



Am 11.10.1991 empfängt Außenminister Alois Mock (l.) den serbischen Außenminister Vladislav Jovanović (r.) zu einem Arbeitsgespräch.

## *Der* **BALKAN- BRIEF**

Als Außenminister hat Alois Mock mit zwei Briefen Geschichte geschrieben. Zum einen natürlich mit dem berühmten „Brief an Brüssel“, zum anderen mit dem vielleicht etwas weniger bekannten, aber nicht minder bedeutenden „Balkan-Brief“. Dieser steht als Nachweis für Mocks besondere Leistungen für den Balkan, einer Region, die historisch seit der k. u. k. Monarchie eng wirtschaftlich und kulturell mit Österreich verbunden ist.

Schon zu Beginn des Zerfalls von Jugoslawien und den beginnenden Unruhen und Bürgerkriegsszenarien, erkannte Mock die historische Tragweite des drohenden Bürgerkriegs und engagierte sich als Anwalt der Interessen aller beteiligten Völker. Um den drohenden Krieg zu verhindern, schlug er als Maßnahmenpaket die Entsendung von Friedenstruppen und die Entsendung eines Weisenrates durch die EU vor. Mocks Vorstoß wurde zu dieser Zeit von Frankreich, England und der serbischen Mehrheit abgelehnt.

Enttäuscht über die Handlungsunwilligkeit der beiden europäischen UN-Sicherheitsratsmitglieder, bastelte Mock an einem anderen politischen Aktionsplan: Die europäischen Staaten sollten die

Unabhängigkeitsbestrebungen der Teilrepubliken anerkennen und unterstützen. Im Besonderen ging es um die rasche internationale Anerkennung von Slowenien und Kroatien als souveräne Staaten, die der jugoslawische Diktator Slobodan Milošević durch den Einsatz seiner hochgerüsteten Bundesarmee an das Belgrader Machtzentrum binden wollte. Die wenigen Verbündeten, die Mock in Europa hatte, waren der deutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher sowie dessen ungarische und italienische Amtskollegen. In Österreich aber, wo Bundeskanzler Vranitzky und die SPÖ die Führungsrolle Mocks im Balkankonflikt missbilligten, aber letztlich duldeten, gab es Kritik von der linken politischen Szene.

Als die jugoslawische Kriegsmarine am 6. Dezember 1991 mit Schiffsgeschützen Dubrovnik angriff, appellierte Mock an die UNESCO, sie möge die „*Weltöffentlichkeit gegen das Vorgehen der kommunistischen Volksarmee*“ mobilisieren. Am 23. Dezember 1991 sprach sich Deutschland als erster Staat der Welt für die diplomatische Anerkennung von Slowenien und Kroatien aus; Österreich und die EU folgten. Nachdem 1993 die Kriegshandlungen in Bosnien-Herzegowina sich weiter verschlimmerten und immer wieder neue Kriegsverbrechen bekannt wurden, unternahm Mock einen letzten Anlauf, um die europäische Staatengemeinschaft aufzurütteln. Ein 14-seitiges Schreiben stellte den wichtigsten Spitzenpolitikern die Dramatik der Situation dar.



Der slowenische Präsident Milan Kucan (l.) wird am 13.03.1991 von Außenminister Alois Mock (r.) empfangen.

In diesem Brief über den Balkan hieß es: „*Die Entwicklung hat gezeigt, dass dem rücksichtslosen Einsatz von Gewalt durch die serbische Seite nicht mit diplomatischen und politischen Mitteln allein wirksam begegnet werden kann. Die Erfolgsaussichten der derzeitigen Friedensbemühungen müssen mehr als skeptisch beurteilt werden. Solange sich die internationale Staatengemeinschaft nicht zu einem energischen Eingreifen bereitfindet, muss mit einem Andauern der Feindseligkeiten in Bosnien und Herzegowina, dem Ausbruch neuerlicher Kampfhandlungen in den besetzten Gebieten Kroatiens und einem übergreifen des bewaffneten Konfliktes auf Kosovo und darüber hinaus gerechnet werden.*“



Außenminister Alois Mock (l.) trifft am 26.08.1991 mit dem slowenischen Außenminister Dimitrij Rupel (r.) in Wien zusammen.

Die Verbrechen von Srebrenica waren der letzte Anstoß, der den Druck der internationalen Staatengemeinschaft erhöhte und ein Ende der Kampfhandlungen erzwang. Am 21. November kam es auf Vermittlung der USA mit Beteiligung der Europäischen Union auf der Air-Force-Basis von Dayton zur Paraphierung des Friedensvertrags unter der Leitung des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton.

Die Ereignisse, die sich von 1991 bis 1995 am Westbalkan abspielten sind kein Ruhmesblatt für die Politik der EU und anderer demokratischer Staaten. In die

Historie von Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina sind der deutsche und der österreichische Außenminister als Helden eingegangen, die mit Ehrungen, Auszeichnungen und Orden überhäuft wurden. Seitdem gilt die Republik Österreich auch als „Anwalt des Balkans“. ■



Der ungarische  
Ministerpräsident József Antall

## *Ein ungewöhnlicher* **UNGARN-BESUCH**

Es war nicht ungewöhnlich, dass bei Andreas Khol Minister und Präsidenten aus ganz Europa anriefen. Doch an einem Tag im Winter 1991 erreichte den Generalsekretär der Europäischen Demokratischen Union (EDU) dennoch ein besonderer Anruf von Ungarns Ministerpräsidenten József Antall. Das Telefonat war kurz, aber eindringlich. *„Ich bitte dich, sag dem Alois Mock, er muss unbedingt nach Budapest kommen. Ich habe etwas ganz Dringendes mit ihm zu besprechen“*, kam Antall rasch auf den Punkt. Mehr wollte er am Telefon nicht sagen.

Man kannte einander, pflegte seit dem Ende des sowjetischen Regimes enge Kontakte. Als Vorsitzender des Ungarischen Demokratischen Forum (MDF) war Antall Mitglied der EDU. Khol hatte also allen Grund, Antalls Anliegen ernst zu nehmen. So suchte er den Außenminister auf und Mock sagte prompt zu: *„Okay, dann fahren wir nach Ungarn.“* Rasch wurden alle Termine verschoben, um die dringliche Reise gleich unterzubringen.

Als Khol und Mock allerdings um 11 Uhr vormittags in Antalls Büro in Budapest eintrafen, war die Verwunderung groß. *„Alois, ich weiß, du bist ein großer Fußballfreund“*, begrüßte Antall in einer ungewöhnlichen Fröhlichkeit. *„Kennst*

*du denn schon das neue Budapester Stadion?“, fragt er. Als Mock verneint, schlägt Antall vor: „Na dann muss ich dir das unbedingt zeigen!“. Der österreichische Außenminister war mehr als befremdet. Hatte Antall ihn deshalb so dringend sprechen wollen? „Du, soviel Zeit hab ich eigentlich garnicht“, versuchte er einzulenken, doch der Ungar beschwichtigt: „Alles, was wir zu bereden haben, können wir im Auto bereden.“*

Mock war bekannt für seine Diplomatie und seine freundschaftliche Haltung. Was sollte er also tun, als in Antalls Vorschlag zur Stadionsbesichtigung einwilligen, wenn das dem Ministerpräsidenten ein so großes Anliegen war. Angekommen beim Stadion, bittet Antall Mock auf das Spielfeld: *„Die beste Sicht hat man vom Anstoß, du musst in die Mitte hineingehen ins Feld! Von dort siehst du dann wunderbar, und im Hintergrund ist Budapest.“* Da wurde Mock ganz ungeduldig: *„Die Zeit verrinnt. Ich denke, wir haben Wichtiges zu besprechen.“* Doch Antall ließ sich nicht abbringen, leitet Mock in den Mittelkreis des Fußballfelds.

Dort angekommen hat er aber plötzlich anderes im Sinn, als die schöne Aussicht zu genießen. *„Das ist der einzige Ort in Budapest, wo ich nicht abgehört werde und offen sprechen kann. Alois, ich möchte übermorgen aus dem Warschauer Pakt austreten“,* rückte er mit seinem Anliegen heraus. *„Wir erwarten dann, dass die Russen gegen uns Sanktionen ergreifen, etwa die Gas- und Ölversorgung abdrehen.“* Mock erkennt den Ernst der Lage und kündigt Unterstützung für Ungarn an. ■

*Nichts für schwache Nerven:*

# **DIE LETZTEN 100 STUNDEN DER BEITRITTSVERHANDLUNGEN**

Eigentlich schien alles in ziemlich trockenen Tüchern: Als die österreichische Delegation, angeführt von Außenminister Alois Mock, am 25. Februar 1994 in Brüssel zum Finale der Beitrittsverhandlungen eintraf, war sie nicht nur gut vorbereitet, sondern ging auch davon aus, dass es nur noch um technische Details gehen würde. Österreich würde den „Europäischen Warteraum“, wie der EWR (korrekt: Europäischer Wirtschaftsraum) damals von Beitrittskandidaten gerne genannt wurde, mit diesen letzten Verhandlungen gekonnt und guter Dinge hinter sich lassen.

Aus heutiger Sicht hätten wir unsere Delegation schon damals warnen können: Bei Verhandlungen mit Brüssel, schon gar wenn es um den zentralen Bereich der Landwirtschaft geht, sollte man immer auf Überraschungen gefasst sein.

Dazu gehörte im Fall der österreichischen Delegation gleich zu Beginn, dass ihr in den Amtsräumen der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) gerade einmal ein gemeinsames Zimmer zugeteilt wurde, karg ausgestattet mit zwei Tischen, vier Sesseln und einem Telefonapparat. Es war klar, dass hier nicht alle Platz haben würden, nicht einmal alle Minister. Landwirtschaftsminister Franz Fischler und Finanzminister Ferdinand Lacina blieb nichts anderes übrig, als rittlings auf einem der Tische Platz zu nehmen.

*Die größere Überraschung kam aber noch.*

Von Anfang an war in den Verhandlungen zum Landwirtschaftskapitel klar gewesen: Man konnte den Bauern nicht zumuten, dass von einem Tag auf den anderen die Preise auf das deutlich niedrigere EG-Niveau fallen und

Österreichs Landwirtschaft durch billige Einfuhren aus EG-Ländern betriebswirtschaftlich unter unlösbaren Druck geraten würde. Daher waren im Vorfeld Übergangsregelungen mit dem Landwirtschaftskommissar verhandelt worden. Ein System des Preisausgleichs sollte Einbußen kompensieren, wie es schon bei der Süderweiterung genutzt worden war, um Frankreichs Landwirtschaft vor billigen Importen aus Spanien und Portugal zu schützen.

Wer konnte ahnen, dass der verhandlungsführende niederländische Außenkommissar, Hans van den Broek, dieses System der Preisausgleiche auf einmal für unsinnig erklären würde („*Diesen Unsinn bin ich nicht bereit zu verhandeln.*“)? Die österreichische Delegation fiel aus allen Wolken, als ihr genau das mitgeteilt wurde: Es gibt keine Übergangsbestimmungen! Damit war das System der Preisausgleiche erledigt.

Dass der damalige Agrarkommissar René Steichen just in diesem Augenblick für Landwirtschaftsminister Fischler auch nicht auffindbar war, machte die Sache nicht besser. Aus Ärger über das Vorgehen van den Broeks war Steichen nach Luxemburg zurückgekehrt.

Der Schock traf die Österreicher unvorbereitet und saß tief. Die Bauernvertreter verstanden die Welt nicht mehr. Zwei Jahre lang waren Übergangsregelungen verhandelt worden, die Erwartungen waren groß, und jetzt: Nichts?

In dieser Situation kam ein unerwarteter Tipp des führenden Mitarbeiters des Landwirtschaftskommissars an Franz Fischler: „*Bei uns haben jetzt die Hardliner das Sagen [...] Reißen Sie denen so viel Geld heraus, wie Sie können.*“

Gesagt, getan. Die ganze Nacht arbeitete Franz Fischler unter Hochdruck mit seinem Kabinettsmitarbeiter und späteren Ressort-Nachfolger Andrä Rupprechter daran, ein neues Fördersystem für die Landwirtschaft auf die Beine zu stellen: Prämien sollten die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft abgelden, viel mehr Direktzahlungen für Bergbauern und andere benachteiligte

Betriebe, Zahlungen für umweltpolitische Leistungen, ein großes Investitionsprogramm sollte es geben.

Die von den EG-Verhandlern daraufhin geforderte Ko-Finanzierung konnte Franz Fischler direkt mit seinem Tisch-Nachbarn Finanzminister Ferdinand Lacina unter gleichzeitiger Zusage von Bundeskanzler Franz Vranitzky vereinbaren.



Völlig übermüdet, aber glücklich fliegt Außenminister Alois Mock (l.) mit dem Journalisten Kurt Seinitz (r.) am 2. März 1994 nach dem Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen mit einer AUA-Sondermaschine von Brüssel nach Wien.

Damit war das Verhandlungskapitel Landwirtschaft nach drei Tagen und drei Nächten schließlich doch in trockenen Tüchern. Nach dem nervenaufreibenden 100-Stunden-Triathlon aus Verhandeln, Warten und Entscheiden, war am 1. März 1994 beim Heimflug nach Österreich alles unter Dach und Fach – und die österreichische Delegation völlig erschöpft.

Die Verhandlungen wurden formell am 30. März 1994 abgeschlossen. Bereits am 4. Mai 1994 stimmte das Europäische Parlament mit 374 gegen 24 Stimmen für den Beitrittsvertrag, am 5. Mai wurde dieser im Nationalrat mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit beschlossen: Volkspartei, SPÖ und das Liberale Forum stimmten dafür, die Grünen – mit einer Ausnahme – und die

Freiheitlichen geschlossen dagegen. Die Zustimmung des Bundesrats erfolgte zwei Tage darauf mit 51 zu 11 Stimmen. Am 12. Juni wurde die Volksabstimmung über den Beitrittsvertrag abgehalten, die mit einer wesentlich höheren als erwarteten Zustimmung von 66,6 Prozent endete. Am 1. Januar 1995 wurde Österreich Teil der Europäischen Union. ■

# *Ein* **BUSSERL, DAS ÖSTERREICH BEWEGTE**

Angenommen, Frankreichs Präsident Emanuel Macron würde der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Pressekonferenz nach erfolgreichen EU-Budgetverhandlungen spontan ein „Busserl“ – als Franzose eher ein „bisou“ – auf die Wange drücken: Was gäbe das für Reaktionen! Das Bild würde viral gehen, millionenfach geklickt, geteilt und gelikt werden. Politberater würden es analysieren und interpretieren, die Öffentlichkeit würde es goutieren oder sich echauffieren, und für wieder andere wäre es nur „Fake“.

Das „Busserl“, mit dem Alois Mock vor über 25 Jahren Österreichs EU-Beitrittsverhandlungen emotional besiegelte, war noch nicht moderner medialer Ausschlachtang ausgesetzt. Und ist es bis heute nicht, denn es hatte und hat einen ganz speziellen Stellenwert für Österreichs Geschichte mit der Europäischen Union.

Dem „Ederer-Busserl“, das Außenminister Alois Mock am 1. März 1994 vor laufenden Kameras der verdutzten Europa-Staatssekretärin Brigitte Ederer auf die Wange drückte, war ein unglaublicher Verhandlungsmarathon vorangegangen, in dem es Mock und dem insgesamt 90-köpfigen österreichischen Verhandlungsteam gelang, die letzten Hürden für Österreichs EU-Beitritt zu beseitigen.



Die großen Stolpersteine waren die Themen Transit und Landwirtschaft gewesen. Die weitere Umsetzung des ausgehandelten Transitvertrags zwischen Österreich und der EU stand ebenfalls am Prüfstand.

Am 28. Februar um Mitternacht wurden im Verhandlungssaal sogar die Uhren angehalten, so entscheidende Stunden waren es damals, und vieles verdankten die österreichischen Verhandler der großen und tatkräftigen Unterstützung durch den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Klaus Kinkel. Schließlich wurde nicht nur das Problem mit dem Transitvertrag bewältigt. Es wurde auch für die Landwirtschaft eine für ganz Europa wegweisende Lösung gefunden.

Am späten Abend des 1. März war es soweit: Nach einem 100-stündigen Verhandlungsmarathon hatte es die österreichische Delegation geschafft. Der Beitritt zur Europäischen Union per 1. Jänner 1995 war akkordiert, die Gefühle der österreichischen Delegierten nicht zu beschreiben.

Außenminister Alois Mock erschien bei den wartenden Journalisten. Strahlend. Erschöpfung und Krankheit ließ er sich in diesem größten Augenblick seines Lebens kaum anmerken: „*Österreichs Weg nach Europa ist frei*“, rief er jubelnd. Man erinnerte sich an Leopold Figls berühmte Worte beim Staatsvertrag 1955.

Die folgende nächtliche Pressekonferenz war für niemanden „Business as usual“. Schon gar nicht für Alois Mock. Der Verhandlungsmarathon hatte die Koalitionspartner in diesen entscheidenden Stunden zusammengeschweißt. Und Alois Mock, der öffentlich für gewöhnlich kaum Emotionen zeigte, konnte am Ende der Pressekonferenz nicht umhin, in einer Mischung aus Dank, Anerkennung und Charme Staatssekretärin Brigitte Ederer sein berühmtes spontanes „Busserl“ auf die Wange zu drücken. Der österreichische Verhandlungserfolg hatte plötzlich auch eine menschlich-sympathische Seite, die die Österreicherinnen und Österreicher berührte und – vielleicht – noch teilweise verbreitete Skepsis überwinden half. ■

# SEIN SCHÖNSTER TAG

## *Österreichs Bevölkerung stimmt für Europa*

Am 12. Juni 1994 war die Straße vor der Wohnung von Alois Mock in Wien-Döbling belebter als sonst. Wo sich an „normalen“ Sonntagen frühmorgens bestenfalls Hundebesitzer in dieser Wohngegend hinter der Hochschule für Bodenkultur blicken ließen, warteten diesmal Reporter, Kameraleute und Tontechniker vor seiner Wohnung auf „Mister Europa.“ Es war der mit Spannung erwartete Tag der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.

Der Journalist Hans Werner Scheidl erinnert sich: Er war mit Außenminister Alois Mock und seiner Ehefrau Edith verabredet, um gemeinsam an der Volksabstimmung teilzunehmen. Weit führte der Weg nicht – bezeichnenderweise am Leopold-Figl-Platz vorbei, hinunter zur Krottenbachstraße in die Realschule, ins Wahllokal.

Die Vorgeschichte zu dieser Volksabstimmung war turbulent. Zwei Monate zuvor hatte Alois Mock die Verhandlungen mit der EU erfolgreich abgeschlossen (so wie Schweden und Finnland), am 5. Mai stimmte der Nationalrat mit 140 gegen 35 Stimmen dem Beitritt zu, und der Bundespräsident ordnete eben für diesen 12. Juni die Volksabstimmung an.

Edith Mock, Direktorin des Gymnasiums in der Billrothstraße, war aufgeregt. Sie wusste, was für ihren Mann an diesem Sonntag auf dem Spiel stand. Der gab sich berufsmäßig optimistisch, aber so eindeutig klar war die Sache nicht. Selbst seine Frau tippte ziemlich vorsichtig auf nur 52 Prozent Zustimmung der Wählerinnen und Wähler bei dieser Volksabstimmung.



Ein triumphierender Außenminister Alois Mock auf dem Weg durch die Wiener Innenstadt anlässlich des positiven Endergebnisses der EU-Volksabstimmung am 12. Juni 1994.

Im Vorfeld dieses entscheidenden Tages tobte der Meinungsstreit. Die FPÖ unter Jörg Haider war für ein „Nein“, obwohl die Partei früher engagiert für Europa eingetreten war. Das Hauptargument der FPÖ war der angebliche Bürokratismus und Zentralismus der Brüsseler EU-Gremien, der zu einem Verlust der österreichischen Identität führen würde.

Auch die Grünen waren gegen einen Beitritt, ebenso viele Tiroler, die eine massive Zunahme des Nord-Süd-Transitverkehrs über den Brenner, mit entsprechenden negativen Folgen für die Umwelt und den Tourismus, fürchteten. Und manche Bauern warnten vor einem Einkommensverlust durch die Angleichung an das merklich niedrigere Preisniveau für Agrarprodukte in der EU. Dem setzten die Regierungsparteien SPÖ und Volkspartei eine Kampagne entgegen, die auf die Vorteile durch den gemeinsamen Markt hinwies.

Für ganz Österreich war es ein spannungsgeladener Tag. Für Alois Mock war es ein Tag des „Alles oder Nichts“, ein Tag, der über sein politisches Vermächtnis entscheiden würde.

Es wurde ein Tag des Triumphes für Alois Mock. Das Abstimmungsergebnis war sensationell. 66,6 Prozent der Österreicher sagten ja zum Beitritt

Österreichs zur Europäischen Union, weitaus mehr, als es selbst der Optimist Alois Mock erhofft hatte.

Bei Bekanntgabe des Ergebnisses waren Alois Mock und seine Frau Edith schon in der Parteizentrale. Und sie flüsterte Hans Werner Scheidl als altem Bekannten glücklich zu: „*Das ist wohl sein schönster Tag.*“

***Das war er sicher.***

Edith Mock verlor damals ihre Wette. Und sie tat es gern, so viel ist auch sicher. ■



## *Ein Spiegel ihrer Zeit*

# WAHLPLAKATE IM WANDEL

„Mein und Dein sind Rechtsbegriffe“ plakatierte die Volkspartei im Jahr 1945. Der Krieg war zwar vorbei, doch die sowjetischen Übergriffe in Ostösterreich waren oft brutal. Entführungen, Raub, Diebstahl und Zerstörungen im großen Stil nahmen zu. Der Slogan traf die Emotionen der Menschen punktgenau. Autor dieser fünf starken Worte war wahrscheinlich tatsächlich Julius Raab – einer der Parteigründer – selbst.

Ebenfalls plakatiert wurde in diesem Jahr der Slogan „Wer die Rote Armee liebt, der wählt die KPÖ“. Bis heute ist der Urheber dieser Plakataktion unbekannt, deutlich ist aber die damals zentrale Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Einfluss, vor allem in Ostösterreich.



Es zeigt sich, dass Wahlplakate immer ein Spiegel ihrer Zeit sind, politikhistorische und auch kulturhistorische Dokumente.

Und sie dokumentieren das Selbstverständnis von Parteien – im Falle der Volkspartei, wie sich zeigt, mit einigen Konstanten: die positive Betonung eines

Österreichbewusstseins (von 1949: „Alles für Österreich“ bis 2019: „Klarheit schaffen. Für Österreich!“), bald auch die Betonung der westlich-europäischen Ausrichtung und durchgehend der Anspruch, die Republik in Regierungsverantwortung mitzugestalten. ■



# WOLFGANG SCHÜSSEL

## *am Weg zur Nummer eins*

„Ich will mit eurer Hilfe die Nummer eins und Bundeskanzler in Österreich werden“, verkündete Wolfgang Schüssel am 22. April 1995 in der Wiener Hofburg. Es war der Parteitag, bei dem er zum Bundesparteiohmann gewählt wurde. Und ein neues Zeitalter für den damaligen Juniorpartner Volkspartei in der großen Koalition einläutete – mit neuem Selbstbewusstsein und klarem Ziel.

Die Wahl zum Parteiohmann war sicher ein Höhepunkt in Schüssels politischer Karriere. Wenn auch nur ein vorläufiger, wie sich zeigen sollte. Kurz nach dem Kriegsende in Wien geboren, zog es den späteren Bundeskanzler bereits früh in die Nähe der Volkspartei. Als Schüler des Schottengymnasiums zuerst räumlich an deren Gründungsort, danach beruflich in den Parlamentsklub. Dort wurde er 1968 der damals jüngste Klubsekretär. Seiner politischen Heimat, dem Wirtschaftsbund, diente er ab 1975 als Generalsekretär. Bereits 1979 in den Nationalrat eingezogen, folgte 1989 der Sprung in die Bundesregierung – als Wirtschaftsminister. In dieser Rolle war der bevorstehende Beitritt zur EU für ihn von besonderer Bedeutung.

Als Vizekanzler und Außenminister ging der frisch gewählte Parteiohmann in die Nationalratswahl 1995 – er konnte dazugewinnen, aber (noch) nicht den ersten Platz erringen. Die rot-schwarze Koalition wurde bis zur nächsten Wahl im Jahr 1999 fortgesetzt. Wieder erreichte die SPÖ den ersten Platz und verhandelte mit der Volkspartei ein Koalitionsübereinkommen – das von den roten Gewerkschaftern im SPÖ-Vorstand abgelehnt wurde.

Anschließend versuchte die SPÖ eine andere Koalition zu bilden. Der damalige SPÖ-Chef Viktor Klima bemühte sich um die Zustimmung der FPÖ zu einer SPÖ-geführten Minderheitsregierung.

*„Das Angebot lautete: Die FPÖ sollte einige ihr nahestehende Experten als mögliche Minister namhaft machen und könnte – bei entsprechendem politischen Wohlverhalten – nach etwa einem Jahr von der SPÖ offiziell als Regierungspartner präsentiert werden“, so der Historiker Robert Kriechbaumer. Die FPÖ lehnte dieses Angebot ab.*

Zeitgleich machte Wolfgang Schüssel der FPÖ ein faires Angebot zu einer Regierungszusammenarbeit, darauf stieg sie ein. Und so erreichte Wolfgang Schüssel am 4. Februar 2000 sein zweites Ziel vor dem ersten – er wurde Bundeskanzler der Republik Österreich. Das erste Ziel – die Nummer eins in Österreich zu werden – erreichte er zwei Jahre später: Bei der Nationalratswahl im Jahr 2002 legte er mit der Volkspartei um über 15 Prozent auf 42,3 Prozent zu – ein Ergebnis, das seitdem unerreicht ist. Woran beim Parteitag 1995 nicht viele glaubten, wurde letztlich erfüllt. ■



Wolfgang Schüssel kündigte beim Parteitag 1995 an, die Nummer eins in Österreich zu werden.

# EUROPAS STAATSSPITZEN

## *am Würthersee*



Tony Blair, im Gespräch mit Jacques Chirac und Christof Zernatto.

*„Ich werde nie vergessen, wie unkompliziert er war, sich einfach mitten unter die Kirchenbesucher mischte, Hände schüttelte und das Schlagwort von der Abgehobenheit ‚derer da oben‘ eindrucksvoll widerlegte“,* erinnert sich Christof Zernatto an einen Gottesdienst-Besuch mit Tony Blair. Ein Erlebnis, das vielen der Anwesenden das erste Mal das Gefühl vermittelte, Europäer zu sein.

Der Anlass: Österreichs erste EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 1998, drei Jahre nach dem Beitritt. In Pörschach am Würthersee haben sich die Staats- und Regierungschefs aller damals 15 Mitgliedsstaaten zum Gipfel versammelt. Mit Christof Zernatto, dem damaligen Kärntner Landeshauptmann, als Gastgeber. Tony Blair war damals Premierminister des Vereinigten Königreichs und äußerte spontan den Wunsch – ganz außer Protokoll –, am Sonntagvormittag eine Heilige Messe zu besuchen. Was die Gastgeber natürlich unkompliziert ermöglicht haben.

Zernatto hat die 75-jährige Geschichte der Volkspartei maßgeblich mitgestaltet. Der promovierte Jurist, der schon Ende der 1980er-Jahre als

Nationalratsabgeordneter in Wien für Kärntens Interessen kämpfte, wurde 1989 zum Landesparteiobmann der Volkspartei Kärnten gewählt. Nur kurze Zeit später kam es zum Eklat im Kärntner Landtag: Der damalige Landeshauptmann Jörg Haider wurde 1991 aufgrund seiner Aussage über eine „Ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ vom Kärntner Landtag in seiner Funktion abgewählt, dieser bestellte nur Tage später Christof Zernatto zum neuen Landeshauptmann. Für den gebürtigen Wolfsberger folgten daraufhin viele bewegte Jahre auf Kärntens Politparkett. Eine prägende Zeit, von der er heute noch gerne erzählt.



Noch heute blickt er voller Stolz auf ein ganz besonderes Ereignis zurück: Die erste Ratspräsidentschaft Österreichs. Zu diesem Zeitpunkt war Österreich seit drei Jahren Teil der Europäischen Union. Die zwei Tage, die Zernatto ganz besonderes in Erinnerung hat, sind der 24. und 25. Oktober 1998: *„An diesem Wochenende haben sich die wichtigsten Politiker der Europäischen Union in Pörschach am wunderschönen Wörthersee getroffen.“* Der Kärntner kann sich noch gut an die strengen Vorkehrungen erinnern, Hunderte Sicherheitskräfte sorgten an diesem Wochenende für einen reibungslosen Ablauf.

Damals umfasste die EU noch 15 Mitgliedsstaaten – davon elf mit sozialdemokratischen Regierungschefs –, weiß Christof Zernatto noch heute. Der VP-Landeshauptmann durfte neben dem britischen Premierminister Tony Blair auch politische Größen wie den deutschen Neo-Kanzler Gerhard Schröder, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker oder den französischen Staatschef Jacques Chirac am Nordufer des Wörthersees begrüßen. Für eine ganz besondere Überraschung während des Gipfeltreffens sorgte vor allem einer: Palästinenser-Präsident Jassir Arafat, der extra nach Pörschach reiste, um sich vor dem Rat für die europäische Unterstützung zu bedanken.

Und ebendort ging es dann auch zum Gottesdienst. *„Anlässlich dieses Treffens äußerte der damalige Premierminister des Vereinigten Königreiches, Tony Blair, den Wunsch, am Sonntag die Heilige Messe zu besuchen. Wir organisierten außer Protokoll einen Besuch der Sonntagsmesse in Pörschach, zu dem ich ihn begleiten durfte. Ich werde nie vergessen, wie unkompliziert er war, sich einfach unter Außerachtlassung aller Sicherheitsbestimmungen mitten unter die Kirchenbesucher mischte, Hände schüttelte und das Schlagwort von der Abgehobenheit ‚derer da oben‘ eindrucksvoll widerlegte. Ich werde diesen Augenblick nie vergessen, weil ich den Eindruck hatte, dass dieses Erlebnis vielen der Anwesenden das erste Mal das Gefühl vermittelte Europäer zu sein“*, berichtet Zernatto.

Heute, knapp 23 Jahre später, hat sich vieles getan: Die EU umfasst 27 Mitgliedsstaaten, Menschen allerorts lieben und schätzen das Gefühl Europäer zu sein, die Volkspartei ist gewachsen und mit ihr auch die Volkspartei Kärnten. ■

# LUST AUFS LAND

*Halb nackte Jungbäuerinnen und Jungbauern, sich lasziv räkelnd und in aufreizenden Posen.*

Für landesweite Aufregung sorgte der Jungbauernkalender, als er 2001 erstmals erschien. Die Jungbauern präsentierten darin zwölf spärlich bekleidete Models aus dem agrarischen Bereich in ihrer landwirtschaftlichen Arbeitsumgebung.

Die Auflage von 2.000 Stück war innerhalb von drei Tagen ausverkauft. Die einzelnen Kalenderblätter waren von Anfang an auch auf der Homepage der Jungbauern abrufbar. Im ersten Jahr wurden 400.000 Zugriffe registriert.

Die Idee zum Jungbauernkalender entstand im Rahmen einer Jungbauernvorstandsklausur im Jahr 1999. Man wollte ein innovatives und modernes Produkt schaffen, das Lust aufs Landleben macht. Der Jungbauernkalender wurde unter dem damaligen Generalsekretär der Österreichischen Jungbauernschaft, DDr. Alois Leidwein, herausgegeben, der als „Vater“ des Jungbauernkalenders gilt.

Seit dem Jahr 2002 wird die „Girls“-Variante durch eine „Men“-Edition ergänzt, 2005 wurde der Kalender zusätzlich um eine „Bayern Girls“-Edition erweitert.

Die Jungbauernschaft etablierte mit dem Jungbauernkalender ein breitenwirksames Medium, das die Attraktivität des ländlichen Raums und seiner Akteurinnen und Akteure auf unverwechselbare Weise kommuniziert. Fotografen und Themen wechseln jedes Jahr. Die weiblichen und männlichen Models werden in einem Casting ausgewählt.

Anmeldung: [www.jungbauern.at](http://www.jungbauern.at). ■



2001  
www.jungbauern.at  
www.jungbauern.at

# DAS ENDE DES MASCHERLS



Wolfgang Schüssel mit Johannes Ditz.

## *Es war sein Markenzeichen.*

Das „Mascherl“. Schon als Abgeordneter trug es Wolfgang Schüssel zu allen Anlässen. Dabei setzte er das Accessoire immer wieder bewusst in Szene. Im September 1989 etwa schenkte der damalige Wirtschaftsminister sein Mascherl einem Elefanten – bei einer Protestaktion des WWF gegen die Bejagung von Elefanten-Bullen – vor der japanischen Botschaft in Wien.



Doch das Mascherl hatte nicht nur Freunde. Mit Beginn der schwarzblauen Koalition 2000 avancierte es zum Angriffspunkt der Koalitionsgegner – auch im Ausland. Als Protestaktion im Europäischen Rat gegen die österreichische Regierungskoalition planten einige EU-Länder, sich kleine „Verkehrszeichen“ mit einem durchgestrichenen schwarz-blauen Mascherl anzustecken. Doch als Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zur Begrüßungszeremonie erschien, verschwanden die Anstecker ganz schnell wieder. Denn damit hatte wohl keiner gerechnet: Ausgerechnet heute erschien Schüssel mit Krawatte um den Hals.

Ein ungewohntes Bild, das Schüssel nicht zufällig gab. Noch in Wien hatte er von der Aktion Wind bekommen und sich zwei Krawatten gekauft. Eine davon band er sich vor Beginn des Gipfels in einem Nebenraum um, wie Wolfgang Schüssel in seinem Buch „Offengelegt“ verraten hat.



Geschichte sind auch bald die „Sanktionen“ von EU-Mitgliedsstaaten gegen Österreich – nämlich im September 2000. Der Bericht des Weisenrates unter Martti Ahtisaari legte dafür den Grundstein. Das brachte großes Aufatmen für die österreichische Regierung. Schließlich waren die von 14 EU-Staaten beschlossenen sowie von Tschechien, Kanada, Israel und Norwegen unterstützten Sanktionen gegen Österreich harte Bandagen und hatten folgendes vorgesehen: „Die Regierungen der 14 Mitgliedsstaaten werden keinerlei offizielle bilaterale Kontakte auf politischer Ebene mit einer österreichischen Regierung unter Einbindung der FPÖ betreiben oder akzeptieren. Es wird keine Unterstützung für österreichische Kandidaten geben, die Positionen in internationalen Organisationen anstreben. Österreichische Botschafter werden in den EU-Hauptstädten nur noch auf technischer Ebene empfangen.“



Mit Jugendlichen beim Europäischen Rat in Portugal.

Die Aufhebung der fragwürdigen Sanktionen nach nicht einmal einem Jahr hat die Unüberlegtheit der Maßnahmen rasch bestätigt. Und letztlich den Sanktionierern mehr geschadet als der österreichischen Bundesregierung mit dem Vollblut-Europäer Wolfgang Schüssel an der Spitze. ■

# PANDAS *für* SCHÖNBRUNN

Wolfgang Schüssel verbindet nicht nur seine lange Zeit als Abgeordneter und Regierungsmitglied mit dem im Westen liegenden Wiener Gemeindebezirk Hietzing. Auch eine dort ansässige traditionsreiche Institution, der Schönbrunner Tiergarten, begleitete ihn quer durch sein politisches Leben.

Als Schüssel 1989 Wirtschaftsminister wurde, übernahm er mit dem Ressort auch die Verantwortung für den Tiergarten. Zu jener Zeit wurde eine Debatte über die Haltung der Tiere in der Öffentlichkeit geführt und eine örtliche Verlegung oder sogar ein endgültiges Schließen der Institution standen im Raum. Zwei Jahre später, im Jahr 1991, konnte mit einer großen Umstrukturierung der Tiergarten auf neue Beine gestellt werden. Der Betrieb wurde ausgelagert und in eine eigene Gesellschaft überführt. Der heute legendäre Helmut Pechlaner wurde als Direktor eingesetzt und modernisierte Tierhaltung und Infrastruktur. Schüssel organisierte dafür 120 Millionen Euro Unterstützung durch die Republik. Neben der Sanierung älterer Gehege konnten auch neue Gebäude wie das Regenwaldhaus realisiert werden. Im Hintergrund immer stark mit dem Zoo und seinem Direktor verbunden, war Schüssel auch als Bundeskanzler für eine Initiative verantwortlich, die dem Tiergarten ganz besondere Bewohner brachte.

Bereits mehrmals hatte Schüssel für den Tiergarten versucht, Pandabären aus China zu organisieren. Da jeder Panda im Eigentum der Volksrepublik steht, stellte dies auch diplomatisch keine einfache Angelegenheit dar. So kam es, dass im Sommer 2001 Schüssel bei einem von UN-Generalsekretär Kofi Annan organisierten Gipfel zufällig ins Gespräch mit einem chinesischen Vertreter kam, wie er sich in seinem Buch „Was. Mut. Macht.“ erinnert.



Dieser stellte sich überraschenderweise als ehemaliger Forstminister heraus, in dessen Verantwortung auch die Leihverträge für Große Pandas fielen. Der Bundeskanzler verfasste ein Schreiben an den chinesischen Ministerpräsidenten, das sein zufälliger Gesprächspartner diesem persönlich überbrachte und in dem auch Details zu geplanten Forschungsprojekten enthalten waren. Bereits ein paar Wochen später folgte die Antwort der Chinesen, dass man bereit sei über einen Vertrag zu verhandeln. Schon ein Jahr später, pünktlich zum 250-Jahr-Jubiläum des Zoos, wurde im Schönbrunner Kaiserpavillon der entsprechende Staatsvertrag zwischen Österreich und China unterzeichnet. Seitdem die Pandas 2003 im Tierpark ankamen, entwickelten sie sich zur Sensation und zu Publikumsmagneten. Seitdem bekam das Pandapaar sogar zweimal Nachwuchs in Wien. Beim zweiten Mal sogar Zwillinge.

Die tiefe Verbundenheit zwischen Wolfgang Schüssel und dem Tiergarten drückt sich auch heute noch aus: Der Bundeskanzler a. D. ist lebenslanger

Ehrenpate der Pandas – wegen besonderer Verdienste um den Tiergarten. ■

# DER ERSTE VERSUCH

## *Die Volkspartei und die Grünen*



Wolfgang Schüssel sondierte mit Alexander van der Bellen schon 2002 die Möglichkeit einer Schwarz-Grünen Koalition.

Beim steirischen Landesschmuckwettbewerb 2019 wurde die Stadt mit fünf „Floras“ zu einer der schönsten der Steiermark gekürt. 1999 war sie Gastort der steirischen Landesausstellung. In die österreichische Zeitgeschichte geht Knittelfeld aber aufgrund des „Knittelfelder Putsches“ im Jahr 2002 ein. Ein FPÖ-Treffen, das die österreichische Innenpolitik von einem Tag auf den anderen veränderte. Der Rücktritt der wichtigsten FPÖ-Funktionäre und das folgende Ende der ersten Koalition zwischen Volkspartei und Freiheitlichen führte zu einer Neuwahl und einem fulminanten Wahlerfolg für Wolfgang Schüssel. Mehr als 15 Prozent Zugewinn und ein Ergebnis von 42,3 Prozent für die Volkspartei waren ein Rekord.

*Nach der Wahl ist vor der Wahl.*

In diesem Fall: vor der Wahl des Koalitionspartners. Für Schüssel kamen dabei rein rechnerisch drei Varianten in Frage: eine Koalition mit den Sozialdemokraten, eine mit den Freiheitlichen oder eine mit den Grünen. Zu Anfang sprach vieles für eine Neuauflage von Schwarz-Rot, allerdings nach fast 40 Jahren roter Dominanz nun wieder unter einem Kanzler der Volkspartei. Die Verhandlungen scheiterten jedoch alsbald und es stellte sich die Frage: Etwas Neues wagen oder Bestehendes fortsetzen? Mit Blick auf die Implosion des bisherigen freiheitlichen Koalitionspartners und den fehlenden Erfahrungen mit den Grünen schienen beides risikobehaftete Optionen. Schüssel entschied sich letztlich für die Aufnahme von Gesprächen mit der grünen Partei unter deren damaligem Bundessprecher Alexander Van der Bellen.

Während aufseiten der Volkspartei der Bundesparteivorstand einstimmig den Weg für die Verhandlungen frei machte, stimmte aufseiten der Grünen insbesondere die Wiener Landesorganisation in den Gremien sogar gegen den Verhandlungsstart. Die Gegner konnten sich zwar vorerst nicht durchsetzen, Gegenwind begleitete aber schon den Start und die ersten Treffen zwischen den beiden Parteien. Dennoch konnte man sich in mehrwöchigen Verhandlungen auf einige Punkte einigen.



Sebastian Kurz und Werner Kogler bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung Ende 2019.

*„Die Wünsche der Grünen, in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Energie und Wissenschaft positive Akzente zu setzen, fanden positive Resonanz und immerhin beträchtliche Zusatzmittel von 1,5 Milliarden Euro“,* erinnert sich Schüssel. Jedoch herrschte in anderen Bereichen Uneinigkeit. Im Bereich des Budgets, der Pensionsreform oder in Fragen der Sicherheit konnte man bis zuletzt noch nicht ganz zueinander finden.

Woran der Versuch letztendlich scheiterte, darüber gehen die Meinungen auseinander. Schüssels Beraterin Heidi Glück fasste die Situation gegenüber der „Krone“ rückblickend so zusammen: *„Die wollten aus Prinzip nicht mit uns regieren“*. Sonntag, 16. Februar 2003 um 6.21 Uhr schickte die Austria Presse Agentur folgende Agenturmeldung aus: „Verhandlungen Volkspartei–Grüne gescheitert.“ Ein letzter, 16-stündiger Verhandlungsmarathon brachte das vorzeitige Ende für das Experiment. Es schien die Zeit noch nicht reif für ein politisches Projekt dieser Art, und dennoch wollte Schüssel es versuchen. Letztendlich konnte sich der durch die Wähler gestärkte Bundeskanzler bereits kurze Zeit später auf eine neuerliche Koalition mit den Freiheitlichen einigen, mit der er seinen Reformkurs weiter umsetzen konnte.

Dass es einen neuen Anlauf für eine Koalition zwischen Volkspartei und Grünen geben würde, damit rechnete lange niemand. 2013 fasste es Oliver Pink in der „Presse“ zusammen: *„An eine Koalition ist nicht zu denken. Höchstens in einer Variante gemeinsam mit der SPÖ, wenn es nach der Wahl gar nicht anders geht.“* Bei der folgenden Nationalratswahl 2017 fielen die Grünen unter die Vier-Prozent-Hürde und damit aus dem Nationalrat. Eine Koalition war damit so weit entfernt wie noch nie.

17 Jahre nach den ersten Verhandlungen zwischen den beiden Parteien, nach einem fulminanten Wahlerfolg von Sebastian Kurz und dem Wiedereinzug der Grünen in den Nationalrat 2019, starteten neuerlich Verhandlungen zwischen den beiden Parteien. Und diesmal sollten sie in der ersten Koalition dieser Art münden. Beim Bundeskongress der Grünen im Jänner 2020, an dem über den Eintritt in die Koalition mit der Volkspartei abgestimmt wurde, erinnerte sich Werner Kogler – er war schon im Jahr 2003 im Verhandlungsteam der Grünen

– an die damalige Ablehnung zurück: „*Je mehr Jahre vergangen sind, desto weniger sicher war ich, ob das gescheit war. Ich weiß es bis heute nicht.*“ Die türkis-grüne Bundesregierung mit Sebastian Kurz zeigt heute jedenfalls, wie gut die Zusammenarbeit dieser beiden Parteien funktionieren kann. ■



Der Bildband „urban waters“ entwarf eine urbane Erholungs- und Erlebniszone für den Donaukanal und die Donau in Wien.

# URBANE WELLEN

## *Wien ist mit Wasser gesegnet.*

Nicht umsonst ist der Donauwalzer „An der schönen blauen Donau“ von Johann Strauss die heimliche Hymne unserer Bundeshauptstadt, wiewohl die Donau weder blau noch wirklich schön in das urbane Leben der Stadt integriert ist. Teilweise historisch bedingt, aber in den letzten Jahrzehnten auch der trägen Stadtverwaltung geschuldet, findet Leben am Wasser in Wien nur sehr unterentwickelt statt. Eine echte Integration sowohl der Donau als auch des Donaukanals als städtebauliches, integratives und attraktiv gestaltetes Element ist nie gelungen.

Die Tageszeitung „Die Presse“ beschrieb den langen Beziehungsstatus der Stadt zu „ihrem“ Fluss als „klare Scheinehe“. Einerseits waren die Wiener auf den Fluss als Versorgungsader, aber auch als militärische Befestigungsanlage angewiesen. Andererseits war die Donau auch eine stetige Bedrohung und Gefahr – wurde die Stadt doch immer wieder von verheerenden Überschwemmungen oder auch Seuchen heimgesucht. Der Donaukanal war

von Anbeginn kein Sympathieträger und wurde als Vorläufer der MA 48 – zum Mülltransport – missbraucht.

Die Regulierung Ende des 19. Jahrhunderts brachte weitere Distanzierung. Das Leben am Wasser und vor allem am Donaukanal wurde verbannt – der Fluss als Trennfaktor und Barriere für den Stadtkörper gesehen. Angler und Fischer verschwanden, genauso wie die Imbiss- und Marktstände, Gaststätten und Kaffeehäuser, Bootsvermietungen, Feste und Veranstaltungen, Badezonen und -anstalten. Mit einem Wort: All das Leben, das man sich heute zurückwünscht. Vor genau 75 Jahren gab es auch einen weiteren verheerenden Schlag gegen die Integrität des Donaukanals. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die historischen Brücken gesprengt. Sie wurden durch schlichte Zweckbauten aus Stahl und Beton ersetzt. Die sich in der Folge entwickelnden Begleitstraßen zum Donaukanal wurden als Schnell- und Durchfahrtsstraßen konzipiert und ausgebaut. Sie verstärkten die Barriersituation zwischen Stadtgebiet und Uferzone. In den Jahrzehnten nach 1950 entstanden auch zahlreiche zu groß dimensionierte Zweck-, Büro- und Wohnbauten entlang des Kanals, von architektonisch wenig prägnanter Gestaltungsqualität. Zwar startete man in den 1970er-Jahren mit dem ursprünglichen Hochwasserschutzprojekt „Donauinsel“ eine Integration des Donauraums in die Stadtstruktur. Für den Donaukanal änderte sich jedoch nichts. Er blieb ein Stiefkind der Stadtverwaltung. Ein Kanal, abgeschnitten vom urbanen Leben. Ein Raum zum Flüchten, statt zum Verweilen.



Luftansicht des Nationalparks Donau-Auen.

Das Jahr 2004 war für das Leben am Wasser in Wien jedoch ein wesentlicher Wendepunkt. Die ÖVP Wien hat das Stiefkind adoptiert und sich ihm mit viel Liebe, Zuwendung und Geduld gewidmet. Auf Initiative von Johannes Hahn, Norbert Walter und Gerhard Roth wurden Architekten und Studenten eingeladen, ihre Vorstellungen zur Zukunft des Donaukanals und seiner Uferzonen zu formulieren. Herausgekommen ist eine Sammlung spannender Ideen und Visionen, in denen eine urbane Erholungs- und Erlebniszone Wirklichkeit wurde – veröffentlicht im Bildband „urban waters“. Es war ein klares Bekenntnis zu Wien als Stadt *an* und nicht *neben* der Donau. Es ist überliefert, dass Bürgermeister Michael Häupl nach dem massiven Engagement der ÖVP Wien erklärte: *„Na guat, waun ihr unbedingt glaubts, dann moch ma hoit nu a Zielgebiet draus!“* Viele Ideen und Visionen der damaligen Zeit finden sich heute am Donaukanal umgesetzt. Damit mutierte der Kanal über die Jahre für viele Wienerinnen und Wiener zum Lieblingsplatz und begehrten urbanen Naherholungsgebiet.



Neben dem Donaukanal gibt es in Wien jedoch nach wie vor viel ungenütztes Potenzial für „Leben am Wasser“, das es zu heben gilt. So wie die ÖVP Wien in den Nuller-Jahren mit ihrer Initiative „urban waters“ neues Leben an den Donaukanal gebracht hat, wurde 2019 auf Initiative von Gernot Blümel Ideen und Visionen für den Handelskai, zwischen Reichsbrücke und Brigittenauer Brücke, gesammelt. Auch der Handelskai bietet – wie früher der Donaukanal – in seiner jetzigen Form viel Potenzial, aber nur wenig Charme. Im Rahmen eines „ARCH. SLAM“ ist eine großartige Zukunftsvision für die städtebauliche Weiterentwicklung des Handelskais entstanden – inklusive architektonisch ansprechender Donaubühne, Verbindungsbrücke zur Donauinsel und nach Floridsdorf, Überplattung der wenig ansehnlichen Verkehrsinfrastruktur sowie die Schaffung neuer Lebensräume. „Leben am Wasser“ am Handelskai hat damit ein Gesicht bekommen.

Was es aber neben Wohnen, Arbeiten, Kunst und Kultur sowie Gastronomie braucht, um echtes urbanes Leben ans Wasser zu bekommen, sind Freizeit- und Sportmöglichkeiten. So hat Gernot Blümel auch die Idee für eine Donauwelle zum Surfen etwa beim Brigittenauer Sporn am Donaukanal ins Spiel gebracht. In Bratislava hat man bereits in ähnlicher Konstruktion die natürliche Strömung der Donau mit technischer Unterstützung genützt, um eine

stehende Welle zum Surfen herzustellen. Die Wiener Volkspartei arbeitet jedenfalls Schritt für Schritt bzw. Welle für Welle daran, dass Wien wieder näher an seiner Donau liegt. ■



Titelseite des „Kleinen Volksblatts“ wenige Tage vor der Nationalratswahl 1945.

## Vom SCHWARZ-WEISS-DRUCK

*Kaum Fotos oder Illustrationen, und wenn, dann nur in schwarz-weiß.*

Satz und Schriftbild höchst sonderbar für heutige Begriffe. So hat sich die Zeitungslandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich – und natürlich auch überall sonst auf der Welt – präsentiert.

Mit zwei Besonderheiten allerdings kann und konnte Österreich aufwarten: Die „Wiener Zeitung“, gegründet 1703, ist die älteste bestehende Tageszeitung der Welt. Schon wenige Wochen nach den Wirren des Kriegsendes ist sie wieder erschienen. Und zu Beginn der Zweiten Republik haben Parteizeitungen eine besondere Rolle gespielt.

Am 5. August 1945 wurde das „Kleine Volksblatt“ als bundesweite Parteizeitung der Volkspartei gegründet, mit einer Druckauflage von etwa 100.000 Stück.

Auch in einigen Bundesländern wurden eigene Parteizeitungen gegründet, das „Oberösterreichische Volksblatt“ besteht bis heute als Tageszeitung. Wichtigstes Medium der SPÖ war die „Arbeiter-Zeitung“, die 1991 eingestellt wurde. In den 1950er-Jahren lag der Anteil der Parteizeitungen an der Gesamtdruckauflage bei 50 Prozent und fiel dann rapide ab.



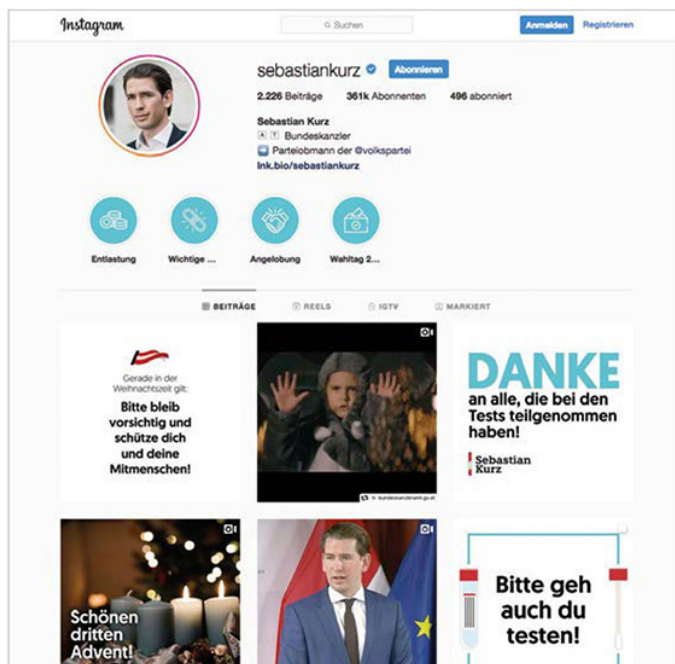
Die Bauernzeitung wurde anlässlich der Nationalratswahl 2017 türkis eingefärbt.

# zum INSTAGRAM-FEED

*Ein Revival von Parteimedien – im weiteren Sinne – brachten das Internet und vor allem die Sozialen Medien.*

Die Volkspartei hat diese Chancen von Anfang an erkannt und genutzt, war früh mit einer Homepage präsent und hat das Kommunikationsmittel E-Mail eingesetzt. Heute ist die neue Volkspartei klare Nummer eins im Netz:

Sebastian Kurz hat über 1.000.000 Abonnenten auf Facebook und mehr als 350.000 Follower auf Instagram. ■



# NEUE PERSPEKTIVEN



Wilhelm Molterer und Sepp Pröll präsentieren neue Perspektiven für die Volkspartei.

## *Es war ein kalter Jännertag.*

Der 4. Jänner 2007, um genau zu sein. Mitten in den Weihnachtsferien. Die Volkspartei hat junge Sympathisantinnen und Sympathisanten aus ganz Österreich zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, aufs Dach der Wiener Hauptbücherei am Neubaugürtel. Fünf Tage davor, am 30. Dezember 2006, gewann der 16-jährige Skispringer Gregor Schlierenzauer das Auftaktspringen zur Vierschanzentournee in Oberstdorf.

Man wusste nicht so recht, was man von der Veranstaltung erwarten sollte – die beiden Minister Ursula Plassnik und Sepp Pröll waren angekündigt, Volkspartei-Generalsekretär Reinhold Lopatka und JVP-Obfrau Silvia Fuhrmann ebenso. Seit fast drei Monate waren zähe Koalitionsverhandlungen nach der Nationalratswahl 2006 im Gange. Die zukünftige Rolle der Volkspartei war alles andere als klar.

Nun, wer mit niedrigen Erwartungen kam, hat nicht mit Sepp Pröll gerechnet. „Wenn 16-Jährige Vierschanzentourneen gewinnen, warum sollten sie nicht auch wählen können“, sprach er und sorgte für sprachloses Erstaunen. Im Veranstaltungsraum, in den Stunden und Tagen danach, aber auch weit darüber hinaus. Die Forderung nach „Wählen mit 16“ galt als „linkes“ Thema, die Volkspartei blieb stets skeptisch und zurückhaltend.

Bis Sepp Pröll den Weg freimachte; schon 2008 fand mit der niederösterreichischen Landtagswahl die erste Wahl mit Beteiligung der 16- und 17-Jährigen statt.



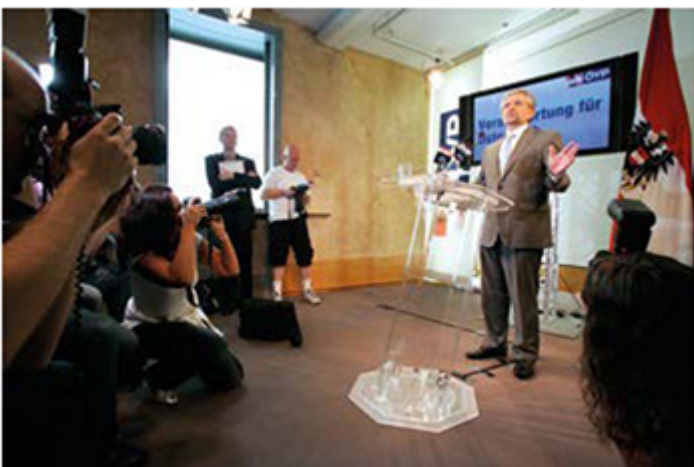
Kurz nach dieser Veranstaltung war die Regierungsbildung erfolgreich abgeschlossen, Sepp Pröll wurde wieder Minister und vom neuen Parteiobmann und Vizekanzler Wilhelm Molterer mit der Leitung der „Perspektivengruppe“ beauftragt. Acht Monate lang haben 16 Impulsgruppen neue Perspektiven für die Volkspartei erarbeitet, um sich auf veränderte Lebenswelten einzustellen, wie Pröll zum Auftakt betonte.



Acht Monate lang erarbeiteten 16 Impulsgruppen neue thematische Schwerpunkte.

Die Ergebnisse bedeuteten echte Veränderung in der Volkspartei, ohne die Basis des christlich-humanistischen Menschenbildes zu verlassen. Als Ziele wurden beispielsweise eine Österreich-Card für geregelte und bedarfsgerechte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, Förderung der Solarenergie, eine Finanztransaktionssteuer oder die Senkung der Staatsquote in Richtung 40 Prozent präsentiert. Einiges aus der Perspektivengruppe wurde inzwischen umgesetzt, manches findet sich auch im aktuellen Regierungsprogramm wieder.

Schon ein Jahr später wurde Sepp Pröll Parteiobmann, Vizkanzler und Finanzminister. Er hat die Erneuerung der Volkspartei in Inhalt und Stil weitergeführt, bis er 2011 aus gesundheitlichen Gründen seine politischen Funktionen zurücklegte. ■



Wilhelm Molterer startete den Erneuerungsprozess der Volkspartei.



## ***Maria Rauch-Kallat:***

# **GROSSE TOCHTER**

Wenn etwa bei Sport-Events die Athleten beim Singen der österreichischen Bundeshymne im Großformat gefilmt werden, kann der genauen Beobachterin – mit Blick auf die Lippenbewegungen – mitunter eine leichte Textschwäche just bei jener Passage auffallen, wo es um Österreich als „Heimat großer Töchter, Söhne“ geht. Dabei sollte es sich allerdings um Einzelfälle handeln, schließlich ist die Verankerung der großen Töchter Österreichs auch in der Hymne gesetzlich verankert und inzwischen weithin akzeptiert.

Dass der von Paula von Preradović – Tochter eines kroatischen Nationaldichters und Ehefrau des Journalisten Ernst Molden – im Jahr 1946 verfasste Text der Bundeshymne den Geist der Gleichberechtigung atmet, ist der ehemaligen Umwelt- und Frauenministerin, Chefin der ÖVP Frauen sowie Abgeordneten Maria Rauch-Kallat zu verdanken.

2011 setzte sie in einer „Geheimaktion“ einen entsprechenden Beschluss im Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen durch. Wenn man „eine lange Diskussion im Klub und dann mit den anderen Parteien“ geführt hätte, wäre sich die Einbringung des Antrags in ihrer Parlaments-Zeit nicht mehr ausgegangen, begründete Rauch-Kallat ihre Vorgangsweise.

In ihrer – aus Zeitgründen nicht im Parlament gehaltenen, sondern danach veröffentlichten – Abschiedsrede als Parlamentarierin sagt sie: *„Wissend, dass es in der Tat auch dringlichere Anliegen in der österreichischen Innenpolitik gibt, aber auch mit der Überzeugung, dass Sprache wie kein anderes Medium Bewusstsein prägt, möchte ich daher einen Antrag einer überfraktionellen Fraueninitiative hier im Nationalrat zur Änderung der Österreichischen Bundeshymne einbringen. Es geht uns lediglich darum die beiden Wörter „bist du“ gegen das Wort „Töchter“ auszutauschen, sodass die jeweilige Zeile dann nicht mehr „Heimat bist du großer Söhne“ sondern „Heimat großer Töchter, Söhne“ heißen wird. Das sollte wohl kein größeres Problem darstellen und ich hoffe sehr, dass dieser Antrag in diesem Hause auch sachlich diskutiert und abgestimmt wird.“*

Lange Rede, kurzer Sinn: Maria Rauch-Kallat setzte sich auch ohne eigene Rede im Nationalrat durch. ■



## *Schlusspunkt unter der* **WEHRPFLICHT-DEBATTE**

*Es war keine leichte Entscheidung, die Michael Spindelegger zu treffen hatte.*

Seit Wiens Bürgermeister im Wahlkampf 2010 die Wehrpflicht infrage gestellt und eine Volksbefragung gefordert hatte, schwebte das Thema wie ein Damoklesschwert über der rot-schwarzen Koalition.

Auch wenn Häupls Parteikollege, Verteidigungsminister Norbert Darabos noch kurz davor betont hatte, dass die Wehrpflicht in Österreich *in Stein gemeißelt*

sei: Nach und nach bröckelte die Zustimmung innerhalb der SPÖ. Das Thema verlangte nach einer klaren Entscheidung.



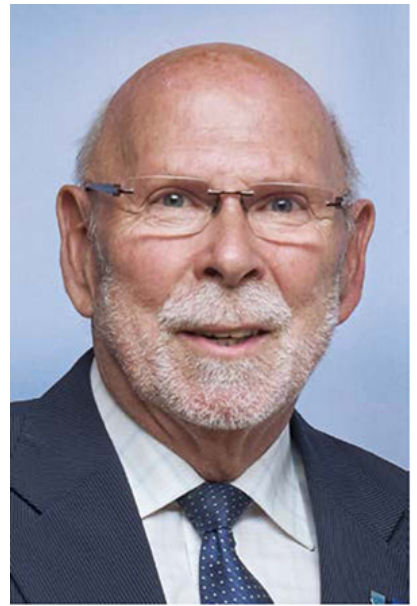
Für die Volkspartei kam eine Abschaffung der Wehrpflicht nicht infrage. Selbst, wenn es davor immer wieder Stimmen gab, die ein Berufsheer befürworteten. Das war schlicht nicht finanzierbar, allein der Wegfall des Zivildienstes würde Österreichs Gesundheitsversorgung und die sozialen Dienste vor unlösbare Probleme stellen. Doch keine Frage: Für junge Männer und deren Familien war ein Ende oder zumindest die Verkürzung der Wehrpflicht ein attraktives Angebot. Eine Volksbefragung war also nicht ohne Risiko. Doch letztlich blieb Parteiobmann Spindelegger keine andere Wahl, als in die Offensive zu gehen:

*„Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?“ oder: „Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“*

Zwischen diesen beiden wehrpolitischen Modellen mussten sich die Österreicherinnen und Österreicher schließlich am 20. Jänner 2013 entscheiden. Der Befragung voran ging eine intensive Kampagne, in der Gegner und Befürworter in Wahlkampfmanier ihre Positionen bewarben.

Während die SPÖ intern weiter uneinig war, gelang es Spindelegger, die Wehrpflicht als „unverzichtbaren Beitrag für Österreich“ zu positionieren. Sachliche Argumente waren letztlich ausschlaggebend, doch es gelang auch, die Österreicherinnen und Österreicher für das Thema zu emotionalisieren.

Die Bevölkerung hat bei dieser Abstimmung zweifellos im Sinne des Gemeinwohls entschieden: Knapp 60 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sagten: „Ja zur Wehrpflicht“ – womit die jahrzehntelange Diskussion endlich zu einem Schlusspunkt kam. ■



Ein halbes Jahrhundert arbeite  
Horst Schröttner als  
Kommunalpolitiker in  
Semmering.

## EIN HALBES JAHRHUNDERT IM GEMEINDERAT:

*„Seit Sebastian Kurz gibt es eine  
Aufbruchsstimmung.“*

*„Durchs Reden kommen die Leute zusammen.“*

Diesen Spruch hat Horst Schröttner zur Leitmaxime seines Politikstils und seines politischen Handelns erhoben. Als Schröttner – mit 30 Jahren damals vergleichsweise jung – in den Semmeringer Gemeinderat einzog, war Hermann Withalm Bundesobmann der Volkspartei. Und als er 2005 zum Bürgermeister gewählt wurde, war Wolfgang Schüssel Parteiobmann und Bundeskanzler. Von 1970 bis 2020 diente Schröttner ohne Unterbrechung im Gemeinderat von

Semmering, der niederösterreichischen Gemeinde an der Grenze zur Steiermark, bekannt als Skigebiet und Urlaubsdestination.

Am Beginn seiner Karriere entschied sich Schröttner für die Volkspartei als seine politische Heimat, weil ihm der Einsatz der Partei für die ländlichen Regionen und kleine Gemeinden imponierte. Nur wer in seinem unmittelbaren Umfeld und in seiner Gemeinde Politik zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger gestaltet, könne auch österreichweit Politik für alle Menschen sinnvoll planen und umsetzen, so die Überzeugung Schröttners. Die letzten 15 Jahre seiner kommunalpolitischen Karriere lenkte er die Geschicke des Höhenluftkurortes als Bürgermeister.



Mit Sebastian Kurz kam auch eine Aufbruchsstimmung in die Gemeinden.

Mit Sebastian Kurz erlebte er den zwölften Bundesparteiboss seiner Laufbahn. Nach fünf Jahrzehnten in der Politik zieht er mit seinem breitgestreuten Wissen folgendes Resümee: „*Seit Sebastian Kurz gibt es überall eine riesige Aufbruchsstimmung, die wir auch in den Gemeinden spüren.*“ Während in der Gemeinde- und Kommunalpolitik seit jeher auf sachorientierte Zusammenarbeit gesetzt wird, findet es Schröttner bemerkenswert, dass mit Kurz das früher obligatorische Hickhack auf

Bundesebene und die reflexhafte Ablehnung anderer Positionen beendet wurden. Das Politikverständnis von Kurz, Vorschläge anderer aufzugreifen, sei seit jeher das Erfolgsmodell der Bürgermeisterpartei Volkspartei. Schröttner attestiert Kurz *„die Überzeugungskraft, eine konsensuale Politik zum Wohle aller Bürger und abseits parteipolitischer Dogmen durchzuziehen“*.

Konsens ist für den Vollblutpolitiker die alles entscheidende Tugend: *„Mir ist es wichtig, dass politische Entscheidungen von einer großen Mehrheit getragen werden. Vor der Gemeinderatssitzung hole ich mir die anderen Parteien und wir diskutieren alle strittigen Punkte durch, weil die Gemeinderatssitzung ist öffentlich, und ich will vor Zuschauern nicht streiten. Das bringt ja nichts. Wir debattieren sowohl innerhalb der Fraktion als auch mit den anderen Parteien. Nur mit ständigem Dialog können die Bürger überzeugt und mitgenommen werden. Wir wollen partnerschaftlich entscheiden und nicht über die Bevölkerung drüberfahren.“*

Anfang 2020 hat Schröttner sein Amt – nach einem halben Jahrhundert im Gemeinderat – seinem Nachfolger Hermann Doppelreiter geordnet übergeben. ■

# MUTIG *und* NACHHALTIG

## *Wie Spindelegger Österreich überrascht hat*



Fleißig und sachorientiert. Ruhig und besonnen. So kannte man Michael Spindelegger, so hat er zahlreiche politische Aufgaben – etwa als Zweiter Nationalratspräsident oder als Außenminister der Republik – wahrgenommen. Er war nicht der Typ Politiker, von dem man große Überraschungen erwartet hat. Bis er sie geliefert hat – wohl eine der größten Überraschungen in der Geschichte der Zweiten Republik.

Am 19. April 2011 präsentierte er eine größere Regierungsumbildung, kurz nachdem er die Nachfolge von Sepp Pröll als Parteiobmann und Vizekanzler antrat. Einige Rochaden standen an, manche waren bereits erwartet worden. Und dann die große Sensation: Ein 24-Jähriger sollte Staatssekretär werden. Ein Wiener mit Wurzeln im Waldviertel. Ein Jus-Student und Obmann der Jungen ÖVP. Sein Name: Sebastian Kurz.

Lange Bedenkzeit hatte er nicht. Am Abend davor hatte sich Sebastian Kurz innerhalb weniger Stunden zu entscheiden, ob er diesen Schritt gehen wollte. Er tat, was zu einem Markenzeichen seines politischen Stils wurde – er holte verschiedene Meinungen ein, telefonierte mit Vertrauten, Freunden und Familie, borgte sich ein Handy, als sein Akku leer war.

Noch heute erzählt er gerne von seinem Telefonat mit Sepp Pröll, dem gerade abgetretenen Parteiobmann. Als Kurz sagte, er habe das Angebot, Staatssekretär zu werden, und fragte, ob er es annehmen solle, war Prölls Antwort knapp und klar: „Ja.“ Pröll hatte noch ein paar Tipps parat, es wurde kurz gescherzt, bis Pröll dann noch fragte: „Für welches Ressort eigentlich?“ Integration sollte es sein, so Kurz. Darauf Pröll trocken: „Na, dann nicht.“ Um

gleich darauf wieder lauthals über seine eigene Reaktion zu lachen. Sebastian Kurz nahm das Angebot an und wurde im April 2011 Staatssekretär.



Sebastian Kurz war aber nicht das einzige politische Talent, das von Spindelegger gefördert wurde und heute die neue Volkspartei und die Republik prägt. Gernot Blümel zum Beispiel auch. Er stieß als parlamentarischer Mitarbeiter zu Spindelegger, die beiden blieben einander treu. Im Kabinett des Vizekanzlers war er für die Regierungskoordination zuständig und 2013 wurde er Generalsekretär der Volkspartei. Blümel ist heute Obmann der neuen Volkspartei Wien und Finanzminister der Republik.

Noch viele weitere Persönlichkeiten sind mit Michael Spindelegger verbunden. Jochen Danninger war sein Kabinettschef und ist jetzt Landesrat in Niederösterreich. Markus Figl und Veronika Mickel waren an seiner Seite – er ist Bezirksvorsteher im ersten Wiener Gemeindebezirk, sie war es in Wien Josefstadt. Und Alexander Schallenberg, der heutige Außenminister, diente ihm als Pressesprecher im Außenamt.

Vier Mitglieder des türkisen Regierungsteams im Jahr 2020 waren also enge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Michael Spindelegger. Dass das so kommen könnte, wird er selbst nicht erträumt haben, als er Österreich mit der mutigen Entscheidung überraschte, Sebastian Kurz in die Bundesregierung zu holen. ■

# IM WANDEL DER GENERATIONEN

*Schwarz. Grün. Türkis.*



Mit nur 22 Jahren wurde Severin Mair Bürgermeister von Eferding.

## *Vater gegen Sohn.*

Ein oft gefochtener Kampf, in der oberösterreichischen Nibelungenstadt Eferding gar bei der Bürgermeisterwahl. Der eine als Kandidat der Grünen, der andere für die Volkspartei. Gewonnen hat der Kandidat der Volkspartei, der Sohn.

Der alte – veraltete – Witz ging so: Wo rekrutieren die Grünen? Antwort: Bei den Kindern der Volkspartei-Bürgermeister. In Eferding kam es genau umgekehrt, der 22-jährige Severin Mair wurde 2015 zum Bürgermeister gewählt. Seinem grünen Vater blieb nur der Platz im Stadtrat. Eine Generation

davor war es noch umgekehrt – Großvater Mair war Vizebürgermeister für die Volkspartei.

Der junge Bürgermeister mit der bunten politischen Familiengeschichte ist noch als „Schwarzer“ zur Bürgermeister-Wahl angetreten. Inzwischen ist Türkis die politische Farbe seiner Wahl: *„Die Partei hat sich geöffnet, beschäftigt sich mit neuen Themen und geht Reformen an.“* Man schaue jetzt auch darauf, dass junge Leute die Möglichkeit haben, Verantwortung zu übernehmen.

Für Severin Mair ist der neue Stil der Volkspartei bei den Menschen angekommen. Sachpolitik stehe im Mittelpunkt, es werde ordentliche Arbeit geleistet. Wie auch die Menschen einer ordentlichen Arbeit nachgehen wollen. Gerade bei den Jungen herrsche ein gesunder Leistungsgedanke. ■

*Mit Sebastian Kurz wurde die Volkspartei zur neuen Volkspartei.*

Und hat sich zum ersten Mal in der Geschichte selbst eine Farbe gegeben. Denn 72 Jahre lang galt Schwarz als die Parteifarbe – weithin anerkannt, dennoch eine Fremdzuschreibung, die die Volkspartei zwar akzeptiert, aber nie aktiv für sich gewählt hat.

Seit dem 24. Mai 2017 ist Türkis die neue Parteifarbe. Sie steht für den neuen Stil, den Sebastian Kurz in der neuen Volkspartei eingeleitet hat. Erfolgreich. ■



## EIN NEUER WEG *für Österreich*

Von Beginn an wollte Sebastian Kurz politisch in Österreich etwas verändern und unser Land zurück an die Spitze bringen. Dabei sticht er besonders durch eine Eigenschaft heraus: Er ist einer, der zuhören kann. Von Beginn an war seine oberste Prämisse, Menschen zu verbinden. Das erste Mal, dass er Verantwortung übernommen hat, war in der JVP Wien – dort war er Landesobmann – einige Monate später stellte er sich der Wahl zum Bundesobmann der Jungen ÖVP. Das war damals keine leichte Zeit, die JVP war ein ziemlich „zerstrittener Haufen“. Zudem hatte Sebastian Kurz auch keine starke Landesorganisation hinter sich – es war alles andere als „a gmahde Wies’n“. Davon ließ er sich aber nicht beirren. Aus einigen Ländern kam bereits Unterstützung und mit ihnen baute er ein diverses sowie umsetzungswilliges Team auf. Gemeinsam mit seinem Team reiste Sebastian Kurz durch ganz Österreich, besuchte die JVPlerninnen und JVPlern in den Gemeinden, baute ein Netzwerk auf und gewann mehr und mehr Unterstützung für den Bundestag. Mit dem Bundestag, an dem er mit 99 Prozent der Delegiertenstimmen unterstützt wurde, startete die Junge ÖVP in eine neue Zeit: Die Organisation wurde

geeinter, professioneller und schlagkräftiger. Die JVP wandelte sich zu einem Bund, an dem man nicht mehr so leicht vorbeikam, wenn es darum ging, innenpolitische Themen und Entscheidungen innerhalb der Parteifamilie zu treffen. Sebastian Kurz, sein Team auf Bundesebene, aber auch die Landesorganisationen arbeiteten erfolgreich zusammen, starteten Kampagnen und die Junge Volkspartei erfreute sich eines starken Zulaufes bei den Jungen in diesem Land. Dabei ahnte Sebastian Kurz, der gerade erst in den Wiener Gemeinderat eingezogen war, noch nicht, dass das Jahr 2011 eine echte Überraschung – und große Herausforderung – bringen sollte.



## *Ein harter Einstieg*

*Im April 2011 kam es zu personellen Veränderungen in der Volkspartei.*

Der damalige Vizekanzler Sepp Pröll legte sein Amt zurück, Michael Spindelegger übernahm die Partei und die Aufgabe des Vizekanzlers und stellte ein neues ÖVP-Regierungsteam zusammen. Obwohl die JVP mittlerweile zu einem ernst zu nehmenden Akteur herangewachsen war, war die Verwunderung groß, als Sebastian Kurz am Tag der Regierungsumbildung ins Büro von Michael Spindelegger gerufen wurde. Das ließ viele mutmaßen, warum der Vizekanzler den Obmann der Jungen Volkspartei zu sich bestellte. Die Intention des damaligen Vizekanzlers Michael Spindelegger war allerdings nicht, Sebastian Kurz nach seiner Meinung zu dem neuen Regierungsteam zu fragen. Nein. Er hat Sebastian Kurz gefragt, ob er Integrationsstaatssekretär werden will und diesen Bereich, den er zuvor selbst gefordert hatte, aufbauen möchte.

Alle, die damals an seiner Seite waren, erzählen, dass Sebastian Kurz hier verhalten reagierte – er meinte nur, er wäre zu jung, hätte zu wenig Erfahrung

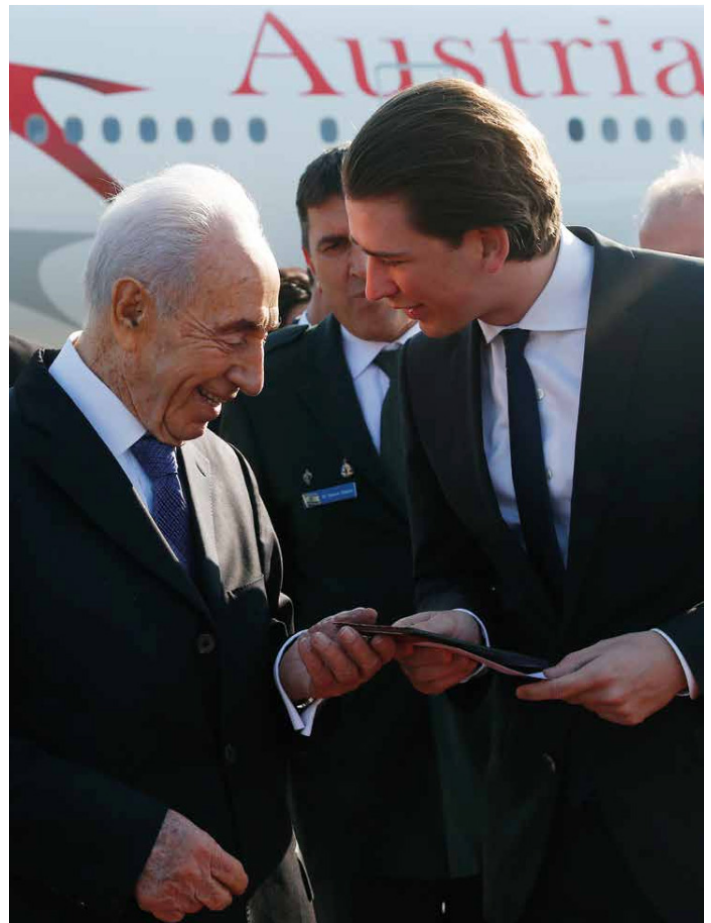
und er sorgte sich um die mediale Resonanz, und vor allem, ob er die Menschen von sich überzeugen wird können. Einige Stunden später titelte der „Standard“: „Sebastian Kurz soll Staatssekretär für Integration werden“. Noch in der Nacht wurden die Arbeitsmotoren angeworfen: Sebastian Kurz formierte enge Vertraute um sich, telefonierte mindestens einen Akku leer, stellte sein anfangs kleines Team zusammen und begann die Arbeit. Nicht wissend, ob es möglich war, das Land von einem 24-jährigen Staatssekretär für Integration zu überzeugen. Es folgte wochenlange mediale Kritik, seine Bestellung wäre eine „Verarsche“ für das Land, im Radio liefen Parodien und die Umfragewerte sanken ins Bodenlose. Eine furchtbare Zeit für Sebastian Kurz, seine Familie und sein Umfeld.

Ohne auch nur einmal daran zu denken, zu resignieren, stellte sich Sebastian Kurz voller Elan gemeinsam mit seinem Team dieser Herausforderung und beschritt den Weg, der ihm auch schon in der Jungen ÖVP zum Erfolg verholfen hatte: Er begann die Tour durch die Bundesländer, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Die Vielzahl an verschiedenen Communitys sowie die Expertinnen und Experten, die er im Zuge der Tour traf, halfen ihm zu verstehen, welche Anliegen die Menschen in Österreich beschäftigen.

Somit bildeten erneut die Wünsche und Sorgen der Menschen das Fundament dafür, etwas zu verändern und Österreich zurück an die Spitze zu führen. Darüber hinaus nutzte er diese Begegnungen dazu, bestehendes Vertrauen zu verfestigen und auszubauen sowie um Unterstützung für sich und sein recht junges Team zu werben. Der politische Zugang – der bis heute der bestimmende Faktor in der Integrationspolitik der Partei ist – war dann so einfach wie genial: „Integration durch Leistung“.

Das Ziel war zu fördern, aber auch zu fordern. Damit gewann man in der Integrationspolitik Stück für Stück an Zustimmung, denn dieser Zugang war für viele der richtige – nicht zuletzt, weil die Partei auch lange mit dem Thema Integration gerungen hatte. Mit harter Arbeit und den vielen Verbündeten aus der Jungen ÖVP, die in den Gemeinderäten und auch privat für den jungen

Staatssekretär warben, kam es zu einer Trendwende, die anfangs für viele unmöglich erschien: Der junge Staatssekretär konnte an Zustimmung gewinnen.



## *Ein 27-jähriger Außenminister*

Auch am Ergebnis der Nationalratswahl 2013 sah man, dass Sebastian Kurz durch seine Arbeit viele begeistern konnte: Die Junge ÖVP hat im Wahlkampf Übertreffendes geleistet, der erste bundesweite Wahlkampf, bei dem Sebastian Kurz antrat – es lohnte sich: Sebastian Kurz bekam 35.000 Vorzugsstimmen und damit mehr als alle anderen Kandidaten.

Das war die Basis dafür, dass Michael Spindelegger einmal mehr großes Vertrauen in ihn setzte und ihn zum Außenminister der Republik machte. Sebastian Kurz war damals 27 Jahre alt. Erneut ging ein Raunen durch das Land, durch den diplomatischen Dienst und, ja: durch die Welt. Staatssekretär? Ja, das kann er. Integration? Ja, das kann er. Politik für die Jungen? Ja, natürlich. Aber Außenminister? Es herrschte Skepsis. Er hatte einen größeren Vertrauensvorschuss als noch 2011, aber erneut musste er sich beweisen, im

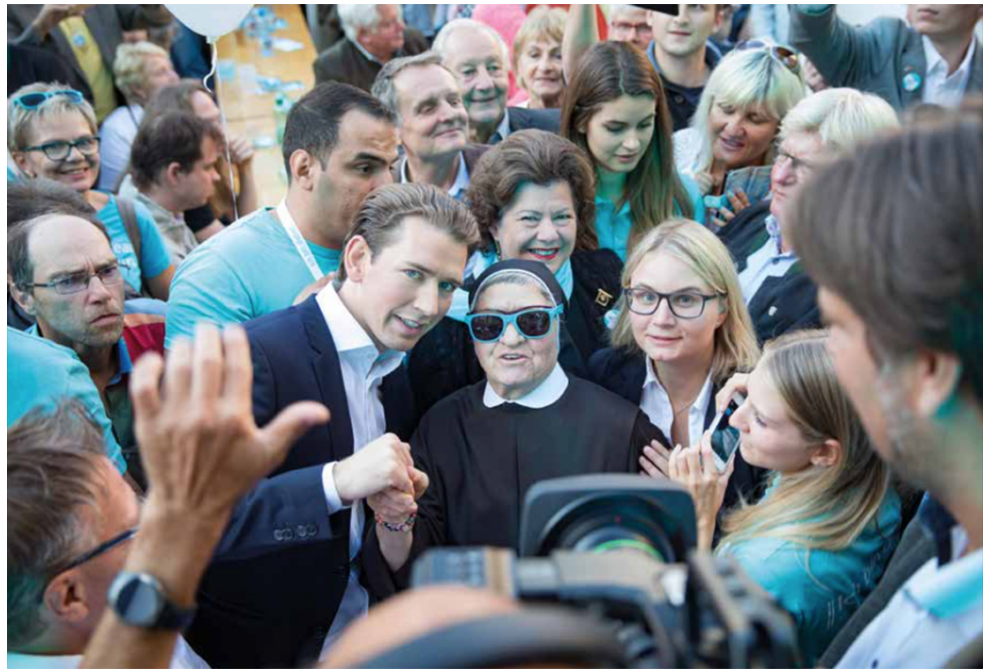
Außenamt sowie auf dem internationalen Parkett. In Gesprächen und Telefonaten mit seinem näheren Umfeld betonte der junge Außenminister immer wieder, wie wichtig es jetzt war, hart und genau zu arbeiten, um keine Fehler zu machen. Denn in den ersten Tagen kam die Ukraine-Krise auf den jungen Außenminister zu. Auch danach wurde es nicht ruhiger – es gab die Iran-Atomgespräche und die Syrien-Gespräche, beide konnte Sebastian Kurz nach Wien holen und Österreich damit als Ort des Dialoges positionieren.

2015 kam es dann zu einer Zäsur, nicht nur für Sebastian Kurz, für die Partei oder Österreich, sondern es kam zu einer europaweiten Krise mit gravierenden Auswirkungen: Es war der Beginn der Migrationskrise, und Europa verfiel in eine Schockstarre. Werner Faymann, damals SPÖ-Kanzler, war für die Willkommenspolitik und die Aufnahme aller Flüchtlinge in Europa. Sebastian Kurz wusste, es brauchte hier einen konsequenten, nachhaltigen Zugang, der Europa und vor allem Österreich nicht überfordert. Er positionierte sich klar gegen die grenzenlose Aufnahme von Flüchtlingen, das unregulierte Weiterwinken von Flüchtlingen nach Mitteleuropa und vor allem gegen illegale Migration. Der Fokus sollte aus seiner Sicht ganz klar und stärker auf der Hilfe vor Ort liegen. Ein zu dieser Zeit (2015) unpopulärer Zugang, der von vielen Medien dementsprechend kommentiert wurde.

Davon ließ er sich nicht beirren und kämpfte weiter entschlossen für seine Überzeugung und machte sich damit in Österreich sowie in ganz Europa einen Namen: Er lud nach Wien zur Westbalkankonferenz, wo beschlossen wurde, die Balkanroute zu schließen und den ungeregelten Zustrom nach Europa zu beenden. Dieser Zugang wurde anfangs von vielen Seiten heftigst kritisiert, aber nach und nach gab es mehr Zustimmung, bis diese Linie „Common Sense“ in Europa wurde – und bis heute ist.

Doch es begann, innenpolitisch massiv zu ruckeln. Die Zustimmungswerte der ÖVP in der großen Koalition erreichten historische Tiefststände, die Koalition war in einem desolaten Zustand und die SPÖ tauschte mit Christian Kern ihren Vorsitzenden und Bundeskanzler. Die Unruhe in den eigenen Reihen stieg rasant an, bis es im Mai 2017 zum Paukenschlag kam: Reinhold Mitterlehner

trat als Bundesparteiboss und Vizekanzler zurück. Sebastian Kurz erfuhr davon, als er gerade am Rückweg von einem Bundesländertag in Vorarlberg war. Danach blieb kein Stein auf dem anderen. Für Sebastian Kurz war klar, dass es so für Österreich und auch für die Volkspartei nicht weitergehen konnte.



## *Zeit für Neues*

Schon lange davor wurde Sebastian Kurz für viele in der Volkspartei zur großen Personalreserve und Zukunftshoffnung der Partei ausgerufen. Der Rücktritt Mitterlehners war der Zeitpunkt, mit dem sich Sebastian Kurz auch dieser Herausforderung stellen sollte. Es musste sich etwas ändern, um die Volkspartei wieder auf Erfolgskurs zu bringen, deshalb formulierte Sebastian Kurz klare Bedingungen an den Bundesparteivorstand, unter denen er bereit war, die Aufgabe des Bundesparteibobannes zu übernehmen.

Es ging ihm darum, die Partei für alle Menschen zu öffnen, neue Themen aufzugreifen, mehr Spielraum für Entscheidungen zu haben, um auf eine immer schneller werdende Welt auch effizient reagieren zu können.

*Die Volkspartei unterstützte seinen Weg.*



Die Länder und Bünde stimmten ihm zu, weil sie wussten, dass es Zeit für Veränderung war. So ging Sebastian Kurz in Neuwahlen. Die Volkspartei erneuerte sich und wurde türkis, es wurden junge Ideen umgesetzt und neue Köpfe zugelassen. Aber all das natürlich immer in Kombination mit bewährten Kräften aus der Partei, was überaus erfolgreich funktionierte.

Die neue Volkspartei startete in einen fulminanten Wahlkampf und begeisterte die Menschen in diesem Land. Menschen, die nicht in der Partei verankert waren, verteilten gemeinsam mit Funktionärinnen und Funktionären Flyer, die Wiener Stadthalle platzte beim Wahlkampfauftakt aus allen Nähten und die neue Bewegung zog wellenartig durch das gesamte Land. Die Bestätigung brachte der Wahlabend: ein Zuwachs von 7,5 Prozent, ein Ergebnis von 31,5 Prozent der Stimmen. Zustimmung für etwas Neues.

Nach der Wahl ging es in Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ. Nach intensiven Verhandlungen wurde kurz vor Weihnachten die neue Regierung angelobt und es startete ein neues Kapitel. Diese neue Koalition arbeitete endlich wieder für die Menschen in diesem Land und setzte wichtige Reformen um. Angefangen beim Familienbonus plus, über die Arbeitszeitflexibilisierung bis hin zu Reformen im Integrationsbereich sowie konsequentem Bürokratieabbau – um nur ein paar zu nennen. Auch in den Bundesländern gab es große Begeisterung für diesen neuen jungen und dynamischen Kurs der Volkspartei und damit viele

erfolgreiche Ergebnisse bei verschiedenen Wahlen in Bundesländern und Gemeinden.



## *Ibiza und die Abwahl*

Und dann kam das Aus für die inhaltliche erfolgreiche, noch junge Regierung: Am 17. Mai 2019 um 18.00 Uhr hält ein Video die Republik in Atem. Ein mit versteckten Kameras aufgenommenes Video zeigte den damaligen FPÖ-Parteiboss und Vizekanzler HC Strache in verwerflichen Gesprächen mit einer vermeintlichen russischen Oligarchen-Nichte. Von der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht, offenbarte das Video ein zu verurteilendes Sittenbild der Akteure und daraus resultierende Vorwürfe der Korruption und sprengte die Koalition. Nicht zuletzt, weil sich der damalige Innenminister Herbert Kickl beharrlich weigerte, freiwillig von seinem Ministeramt zurückzutreten. Denn Kickl war zu dem Zeitpunkt der Entstehung des Videos Generalsekretär der FPÖ und damit Teil der Führungsriege der FPÖ. Aufgrund der fehlenden Einsicht seitens Kickls, um eine lückenlose Aufklärung ohne Einflussnahme zu gewährleisten, entschied Sebastian Kurz, dem Bundespräsidenten die Entlassung des Innenministers vorzuschlagen.

Sebastian Kurz war über alle Maßen enttäuscht von der FPÖ als Koalitionspartner. Aber noch schlimmer war, dass die FPÖ damit verhinderte, dass weiter Arbeit für Österreich geleistet werden konnte. Es brauchte einen

Neustart in Form von Neuwahlen – bis dorthin sollte aber gearbeitet werden. Allerdings kam es anders, als von Sebastian Kurz erwartet und es folgte der absolute Tiefpunkt des Jahres: SPÖ und FPÖ wählten im Parlament die gesamte Regierung ab und sorgten dafür, dass die Republik noch weiter ins Chaos stürzte. Nach der Abwahl warteten – teils im strömenden Regen – 2000 Menschen in der Politischen Akademie, um Sebastian Kurz trotz dieser schmerzlichen Erfahrung den Rücken zu stärken – und ein klares Zeichen zu setzen: Die Volkspartei ist weiter da und wir werden alles tun, um unseren Kurs nach der Wahl fortsetzen zu können. Der Wahlkampf war schmutzig und zermürend. Die haltlosen Angriffe machten müde und es kostete viel Kraft, sich gegenseitig immer wieder aufzurichten und dazu zu motivieren, weiterzumachen.

Doch es lohnte sich, je weiter der Wahlkampf fortschritt, umso mehr kristallisierte sich heraus, dass die Menschen hinter Sebastian Kurz und dem neuen Stil der Volkspartei standen. Das zeigte sich schlussendlich auch am Wahltag, als die Bevölkerung der Volkspartei mit fast 40 Prozent ihr Vertrauen schenkte.





## *Türkis-Grün*

Nach dem historischen Wahlerfolg folgten schwierige Koalitionsgespräche mit den Grünen. Die beiden Parteien lagen weltanschaulich weit auseinander und die große Frage war, ob es möglich wäre, eine gemeinsame Schnittmenge im Programm mit tragfähigen Inhalten zu finden, die auch ausreichend Zustimmung in den eigenen Reihen finden würde. Auch hier trat Sebastian Kurz als Vermittler und Verbinder auf, immer mit dem Ziel, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Unterstützung bekam er dafür von der neuen Volkspartei aus ganz Österreich. Denn die neue Volkspartei stand nicht mehr für Eitelkeiten oder Dinge, die „immer schon so waren“, sondern für Arbeit für unser Land. Und so entstand die erste türkis-grüne Koalition, die das Beste aus beiden Welten vereint.

Kurz nach der Angelobung überrollte 2020 die COVID-19-Pandemie unsere Welt und stellte die neue junge Koalition auf eine Belastungsprobe. Wieder nimmt Sebastian Kurz seine Verantwortung für die Republik mit größtem persönlichen Einsatz wahr. Er war einer der Ersten, der den Ernst der Lage erkannte und entschlossen handelte. Mit seinem gesamten Regierungsteam arbeitet er seither mit Hochdruck daran, die Gesundheit der Österreicherinnen

und Österreicher zu schützen, Rettungs- und Unterstützungsprogramme in Milliardenhöhe auszurollen und so das ganze Land gut durch diese schwere weltweite Pandemie zu bringen.

Heute kann man nicht sagen, wie lange diese Krise noch andauern wird. Inzwischen wurden Impfstoffe gegen COVID-19 gefunden, mit dem Impfstart in Österreich zeichnet sich ein Licht am Ende des Tunnels ab, aber der Weg dorthin wird noch ein steiniger. ■



# IMMER FÜR ÖSTERREICH

Geschichten und Anekdoten aus 75 Jahren Volkspartei illustrieren, was die Österreichische Volkspartei ausmacht – und was sie unverwechselbar macht: Ihr Selbstverständnis als staatstragende Partei der Zweiten Republik. Ihr Einsatz für Österreich und seine Bevölkerung – ohne Wenn und Aber. Ihre Spitzenpolitiker, die stets pragmatisch Lösungen gesucht und gefunden haben. Und ihre Bereitschaft als Partei, immer wieder neue Wege für wichtige Werte zu gehen. Das war nicht immer einfach. Aber einfach richtig. **Für Österreich.**